

NEUE ZEIT

W O C H E N S C H R I F T

I N H A L T

Die potsdamfeindliche Politik der Westmächte in der deutschen Frage	1
J. SWJAGIN — Rivalität der Imperialisten im Nahen Osten	3
S. TANIN, A. SKOROW — Westdeutschlands Wirtschaft unter der Fesse des Marshallplans	6
Die Westmächte verzögern die Vorbereitung des österreichischen Staatsvertrags	10
I. SOTNIKOW — Ein blutiger Tartüff	12
In den Ländern der Volksdemokratie	14
Internationale Umschau (Notizen)	16
K. ROSHKOW — Die Yankees in Europa (Notizen eines Journalisten)	20
A. BJELSKI — Siam (Notizen eines Journalisten)	23
Gegen Falschmeldungen und Verleumdungen: N. MASLENNIKOW — Tatsachen schlagen die BBC	28
Aus dem Briefkasten der Redaktion: Exzesse der indischen Reaktionäre	30
Brief einer jungen Negerin	31
Chronik der internationalen Ereignisse	32
Beilage: Anklageschrift der ungarischen Staatsanwaltschaft in Sachen Rajk und Komplizen.	

Nr. 38

Jahrgang 1949

VERLAG DER ZEITUNG „TRUD“ — MOSKAU

Schrieffeller: W. BERESIN

Moskau, Arbat, Kalaschni pereulok 12.

Die potsdamfeindliche Politik der Westmächte in der deutschen Frage

DIE ERGEBNISSE der Pariser Tagung des Außenministerrats spielten trotz der ganzen Begrenztheit ihrer praktischen Entscheidungen zur deutschen Frage eine gewisse Rolle bei der Verbesserung der internationalen Beziehungen. Die Ereignisse, die sich in den drei Monaten nach der Veröffentlichung des Pariser Kommuniqués in Westdeutschland abspielten, verwehten in bedeutendem Maße den günstigen Eindruck, den das Versprechen der drei Westmächte auf die Weltöffentlichkeit gemacht hatte, die Bemühungen fortzusetzen, um ein Abkommen über die Wiederherstellung der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands zu erzielen.

Auf der Pariser Tagung mußten die drei westlichen Regierungen unter dem Druck der unerbittlichen realen Tatsachen auf ihren potsdamfeindlichen Kurs verzichten und eine Reihe wichtiger Beschlüsse im Geiste der sowjetischen Vorschläge fassen. Das Einverständnis der USA, Englands und Frankreichs, die Bemühungen zwecks Erzielung einer Wiederherstellung der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands fortzusetzen, die Konsultationen zur Frage Deutschlands auf Viermächtebasis wiederaufzunehmen und deutsche Sachverständige zu diesen Konsultationen heranzuziehen, wurden in der ganzen Welt als ein bestimmter Sieg der Politik der Einheit Deutschlands eingeschätzt, als deren Vorkämpfer die Sowjetunion unablässig auftritt.

Aber gleich nach der Tagung beeilten sich die Westmächte, ihren früheren Weg der Spaltung Deutschlands und der Umwandlung seines westlichen Teils in ein Aufmarschgebiet für antidemokratische und imperialistische Abenteuer fortzusetzen. Die Äußerungen, die von Truman und Acheson im Juni gemacht wurden, sind Versuche, den Rückzug der gescheiterten Westdiplomatie mit Trommelgewirbel zu übertönen, sind ungeschickte Bemühungen zur Wahrung des Prestiges. Das weitere Vorgehen der drei Mächte läßt jedoch keinen Zweifel daran aufkommen, daß diese Mächte den Weg bewußter Verletzung des eigentlichen Geistes des Pariser Kommuniqués gehen.

Anstatt sich um die Wiederherstellung der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands zu bemühen, begannen die USA und England die Vollendung der Spaltung des Landes und die völlige Absonderung seines westlichen Teils zu forcieren. Zu diesem Zweck wurden am 14. August die gefälschten Wahlen zum sogenannten Bundestag abgehalten. Auf dieser Grundlage wird eine westdeutsche Marionetten„regierung“ gebildet. Nachdem die westlichen Besatzungsmächte den deutschen Staat zerrissen und verstümmelt haben, versuchen sie jetzt, den mißgestalteten Stumpf als lebensfähigen Staatsorganismus auszugeben.

Der stürmische Ausbruch offen faschistischer und revanchistischer Stimmungen, von denen der Wahlkampf in den Westzonen begleitet war, ist das natürliche Resultat des gesamten potsdamfeindlichen Kurses der USA und Englands. Vergebens äußerte das regierende Lager der westlichen Länder in seiner Presse heuchlerisch Unzufriedenheit mit der nationalistischen Demagogie der deutschen bürgerlichen Politiker: es wird ihm nicht gelingen, auf diese plumpe Manier die Verantwortung für die Wiedergeburt des Faschismus in den Westzonen Deutschlands von sich abzuwälzen.

Die amerikanischen Militaristen und businessmen, die in den Westzonen schalten und walten, setzen unverhüllt auf die Wiedereinführung hitlerfaschistischer Zustände in diesem Teile Europas. Sie brauchen nicht das demokratische und friedliebende einheitliche Deutschland, dessen Schaffung in Potsdam vorgesehen wurde, denn ein solches Deutschland ließe sich nicht zum blinden Werkzeug der Imperialisten machen. Sie brauchen ein zerrissenes und unruhiges, Revancheträume hegendes Deutschland, das wiederum der Gnade der Großfinanziere und -industriellen überlassen wäre, die bereit sind, es mit einem neuen Hitler zu versuchen.

Kennzeichnenderweise waren die westlichen Besatzungsmächte schon nach der Pariser Tagung des Außenministerrates bestrebt, ihre Pläne zur Wiederherstellung der deutschen Monopole unter

der Kontrolle der Wall Street möglichst rasch durchzupeitschen. Die Treuhändervereinigung für die Stahlindustrie des Ruhrgebiets, die sich aus deutschen Monopolherren und deren Agenten zusammensetzt, hat ihre Tätigkeit bereits aufgenommen. Infolge der letzten Aktionen der USA und Englands sind die größten Ruhrindustriellen, diese Kriegsverbrecher, die Hitler aufgepäppelt haben, wieder in den Besitz der Kommandohöhen der westdeutschen Wirtschaft gelangt. Im Ruhrgebiet schalten und walten wiederum solche Personen wie das Vorstandsmitglied der Vereinigten Stahlwerke, Dinkelbach, einer der Handlanger der Nazis, wie der berühmte Naziindustrielle Dr. Reusch, wie Zangen, der Vorsitzende des Vorstandes der Mannesmannröhren-Werke, Bungeoth, der Direktor der Düsseldorfer Röhrenwerke des gleichen Konzerns, und Rohland, ein früherer hitlerfaschistischer „Wehrwirtschaftsführer“. Es ist ihnen neuerlich ermöglicht worden, die Ruhrkartelle — diese Waffenschmieden des Krieges — wiederherzustellen.

Die Kriegsverbrecher aus der Mitte der deutschen Industriellen haben bereits den Unterhalt der ganzen Bonner Pseudostaatsmaschine übernommen. In Geheimberatungen mit reaktionären Politikern wird unter Leitung amerikanischer Emissäre das Programm der neuen „Regierung“ ausgearbeitet, werden ihr Antlitz und ihre nächsten Aufgaben festgelegt. So wird das Bündnis der Ruhrmagnaten mit den korrupten Politikern aus der CDU und der SPD erneuert.

Braucht man sich nach alldem noch zu wundern, daß schon die erste „Regierung“, die man in Trizonien mit dem Segen der Okkupanten bildet, zu einem Sammelbecken von Erzreaktionären, von getarnten und offenen Nazis wird? Will man eine Parallele zum Deutschland von Weimar ziehen, so hält das Kabinett, mit dessen Bildung Adenauer befaßt ist, nicht einmal einem Vergleich mit dem Kabinett Brüning stand. Es ist eher eine Art Papenregierung, die bekanntlich die Machtübergabe an Hitler vorbereitet hatte.

Es fragt sich, was denn die herausfordernde spalterische und profaschistische Politik der Westmächte mit dem ganzen Geist, der Richtung, den Grundsätzen des Pariser Kommuniqués gemein hat, das die Vertreter der USA, Englands und Frankreichs vor nur drei Monaten unterzeichnet haben? Man gewinnt den Eindruck, daß die englisch-amerikanischen Besatzungsbehörden mit Vorbedacht bestrebt sind, ihren gefährlichen Weg möglichst weit zu gehen, um jegliche Möglichkeit

einer Rückkehr zu Potsdam, zu einer von den vier Verbündeten vereinbarten Politik gegenüber Deutschland auszuschließen.

Es ist kennzeichnend, daß die leitenden englisch-amerikanischen Politiker, die sich mit Erfolgen bei der separaten „Regelung“ in den Westzonen brüsten, es vermeiden, solche Dinge wie den Abschluß des Friedensvertrags, den Abzug der Besatzungstruppen und so weiter auch nur zu erwähnen. Ganz im Gegenteil! Churchills Spießgesellen aus dem sogenannten Europäischen Rat versprechen, Deutschland, und sei es auch heute schon, in diese aggressive Organisation aufzunehmen. General Bradley, der einen Abstecher nach Frankfurt a. M. machte, erklärte ohne alle Umstände, die Besetzung Deutschlands werde noch lange Jahre dauern. Gleichsam zur Bestätigung dieser Drohung arbeitet das USA-Oberkommando in Deutschland Pläne zur Anlegung einer Zone von Stützpunkten der USA am Rhein aus, wobei unzweideutig darauf angespielt wird, daß die Streitkräfte der „Rheinlinie“ im Falle der Notwendigkeit gegen die deutsche Arbeiterklasse eingesetzt werden können, wenn diese ihre Unzufriedenheit mit der heranrückenden Wirtschaftskrise entschlossen zum Ausdruck bringen sollte...

Von allen Mächten, die an der Ausarbeitung des Pariser Kommuniqués teilgenommen haben, verwirklicht nur die Sowjetregierung unablässig die im Kommuniqué niedergelegten Empfehlungen und bekundet einen festen Willen zur Zusammenarbeit, verteidigt mit Wort und Tat die Grundsätze der historischen Potsdamer Beschlüsse. Diese Haltung der Sowjetunion gewährleistet ihr die Unterstützung der gesamten demokratischen Weltöffentlichkeit und die wachsenden Sympathien des deutschen Volkes, das sein Heimatland als einheitlichen, demokratischen, friedliebenden Staat sehen will.

Die drei Westregierungen, die sich immer weiter von Potsdam entfernen und sich zynisch von den Verpflichtungen und Versprechen lossagen, die im Kommuniqué der Pariser Tagung des Außenministerrates fixiert sind, demonstrieren noch einmal ihre Feindseligkeit gegen den Frieden und gegen die Sicherheit der Völker, ihre Verachtung für die nationalen Interessen und Hoffnungen Deutschlands. Es würde den Initiatoren dieses finsternen Werks nicht schaden, sich vor Augen zu halten, daß ihrer unausbleibliche Mißerfolge und ein unausbleibliches Fiasko in dieser längst bankrotten Politik harren.

Rivalität der Imperialisten im Nahen Osten

J. SWJAGIN

NOCH ZU BEGINN dieses Jahres beschrieb die englische Presse die englisch-amerikanische Zusammenarbeit im Nahen Osten als eine wahre Idylle. Als Beispiel kann man folgende Äußerung aus der Märznummer der Zeitschrift „Round Table“ anführen:

„Im Gebiet des“ (Persischen) „Meerbusens brachten die USA während und nach dem Kriege politisches Verständnis für die britischen Ziele und Grundsätze auf, verbunden mit einer gesunden Rivalität auf dem Gebiet der Produktion und des Handels. Es kann dies tatsächlich als Musterbeispiel englisch-amerikanischer Zusammenlegung von Hilfskräften und Erfahrungen dienen, was dem völligen Ineinandergelangen in diesem Raum nahekommt.“

Aber schon wenige Monate später herrschte in der englischen Presse ein ganz anderer Ton. Selbst die Wochenzeitung der Diehards, „Observer“, die stets mit größtem Eifer für die berüchtigte englisch-amerikanische Einheit eintritt, mußte zugeben, daß sich im Hinblick auf die Probleme des Nahen Ostens in den Beziehungen zwischen England und den USA eine „gefährliche Spannung“ bemerkbar macht.

Was hat sich nun in diesem halben Jahr im Nahen Osten ereignet, wenn selbst die englische konservative Presse vom Jubelton zu Trauerklängen übergegangen ist?

* * *

In diesem Frühjahr begann eine neue Phase der USA-Expansionspolitik im Nahen Osten. Die USA eröffneten hier eine großangelegte Offensive auf die Positionen Großbritanniens und ließen selbst die rein äußerliche Loyalität in bezug auf dessen „Empire-Interessen“ in diesem Raum fallen. Der Übergang der Geschäftsherren von der Wall Street zu einer derart ungenierten Handlungsweise wurde zweifellos durch die ersten Schläge der Wirtschaftskrise beschleunigt, die auf die USA und Westeuropa niedergehagelt sind. Der immer offenkundigere Zusammenbruch des Marshallplans sowie das gänzliche Fiasko des amerikanischen Abenteuers in China, in dessen Folge das USA-Kapital einen der größten Märkte verliert, treiben den USA-Imperialismus in einen Feldzug um neue Märkte und intensivieren seine Expansion in allen Gegenden des Erdballs.

Das energische Tempo, in dem die USA ihre Offensive im Nahen Osten betreiben, erhellt aus

der Errichtung der amerikanischen Kontrolle über Saudisch-Arabien und aus der Unterjochung der Türkei. Nach einer Äußerung der ägyptischen Zeitung „Sawt-al-Umma“ „hat der amerikanische Einfluß den englischen in einem solchen Maße verdrängt, daß die Türkei zu einer USA-Kolonie geworden ist“. Gestützt auf diese Positionen, hat das USA-Kapital im Frühjahr und im Sommer 1949 neue Manöver unternommen, um die übrigen Länder des Nahen Ostens unter seine Botmäßigkeit zu bringen.

Im Mai wurde im USA-Kongreß ein Gesetzentwurf eingebracht, der die Bildung von Kommissionen zum „Studium“ von Ländern wie der Türkei, Ägypten, dem Iran, dem Irak, dem Staat Israel, Jemen, dem Libanon, Syrien, Saudisch-Arabien und Transjordanien, ferner die Ausarbeitung eines „Programms zur Entwicklung ihrer Wirtschaft“ vorsieht. In Pressekommentaren zu diesem Gesetzentwurf wurde mitgeteilt, im Staatsdepartement werde ein „kleiner Marshallplan“ für den Nahen Osten vorbereitet.

Anfang Juni traf in Bagdad eine Delegation der von den Amerikanern beherrschten Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung ein, um zu prüfen, wie der Irak den ihm von der genannten Bank gewährten 60-Millionen-Dollar-kredit verwendet hat. Die Delegation bestand aus amerikanischen Finanzleuten und Ingenieuren. Im Zusammenhang mit ihrer Ankunft berichteten die Zeitungen, die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung gewähre Transjordanien einen Kredit, und darin käme die Anwendung des Marshallplans auf den Mittleren Osten konkret zum Ausdruck. (Als Mittleren Osten bezeichnet die englisch-amerikanische Literatur die Länder des Nahen und Mittleren Ostens von Ägypten bis Afghanistan.)

Dann folgten Meldungen, König Ibn Saud und der damalige syrische Diktator, der später ermordete Husni Saim, hätten den Wunsch nach „Unterstützung“ durch die USA geäußert. Im Juli tauchte das Projekt eines „Wirtschaftsabkommens“ zwischen den USA und dem Libanon auf. Im gleichen Monat besuchte USA-Finanzminister Snyder Kairo, wobei die Zeitungen behaupteten, dieser Besuch stehe mit Trumans Plan zur „Unterstützung rückständiger Länder“ im Zusammenhang. Schließlich traf im August in Beirut eine USA-Delegation im Bestande von 30 Politikern,

Wirtschaftsfachleuten, Technikern und Professoren ein, deren Ziel wiederum das „Studium der politischen und wirtschaftlichen Lage im arabischen Osten“ ist.

Zur gleichen Zeit schenken die USA-Kreise Palästina unverminderte Aufmerksamkeit. Der Erdöltrust Standard Oil of New Jersey verhandelt über die Eröffnung einer Zweigstelle im Staate Israel, während sich die Firma Trans-Arabian Pipeline um die Anlage einer neuen Erdölleitung bis Haifa bemüht.

Alle diese Tatsachen zeugen von einer bedeutenden Verstärkung der Offensive des USA-Kapitals in einem Raum, der bis zur jüngsten Vergangenheit Herrschaftssphäre des englischen Imperialismus geblieben war.

Ein empfindlicher Schlag wurde namentlich den englischen Positionen im Iran versetzt. Über ein Jahr lang dauerten die Verhandlungen zwischen der Anglo-Iranian Oil Co. und der iranischen Regierung über die Ausbeutung der südlichen Erdölbezirke. Obwohl die englischen Kreise nach einer Meldung der Zeitung „Dad“ 200 Millionen Toman ausgaben, um die Bestätigung des ausgearbeiteten Erdölabkommens zu erwirken, wurde es vom Medschlis abgelehnt. Die iranische Presse macht kein Hehl daraus, daß dies unter dem Druck der USA geschah.

Die Presse der Länder des Nahen Ostens schreibt ganz offen über den englisch-amerikanischen Kampf um diese Staaten. Die Beirut-er Zeitung „Al-Chark“ erklärt, die USA-Monopole seien

„bestrebt, sich Positionen in jenen arabischen Ländern zu erobern, in denen der englische Einfluß schwächer ist. Gegenwärtig ist die ganze Aufmerksamkeit der USA Ägypten und Syrien zugewendet. Sie sind bestrebt, eine von diesen beiden Ländern geleitete starke Gruppierung zu schaffen, die ein Gegengewicht zu dem unter englischem Einfluß stehenden Haschimitenblock“ (Transjordanien und Irak) „sein könnte.“

Die Tatsachen bestätigen diese Meldung. Die USA unterstützen den ehemaligen syrischen Diktator Husni Saim, der sich mit der Absicht trug, Kriegsbündnisse mit der Türkei, Ägypten und Saudisch-Arabien zu schließen. Husni Saim verhehlte nicht, daß Bündnisse dieser Art gegen die englischen Pläne zur Gründung eines „Groß-Syriens“ und einer „Union des segenspendenden Halbmonds“ gerichtet sind.

* * *

Der Ansturm der USA-Monopole gegen die englischen Kolonialstellungen zwingt London zu Gegenmaßnahmen.

England widersetzt sich höchst energisch dem amerikanischen Plan zur Einschaltung der marshallisierten Türkei in den nordatlantischen Block. Dabei hatte das Staatsdepartement darauf

gerechnet, die Türkei als Teilnehmer des nordatlantischen Blocks zur Ausführung seiner Pläne im Nahen Osten ausnutzen zu können.

Bevin widersetzte sich der Zulassung der Türkei zur nordatlantischen Union und regte statt dessen durch den Athener Außenminister Tsaldaris die Gründung eines Mittelmeer- oder Ostmittelmeerblocs an, in dem die Türkei die erste Rolle mit dem monarchistisch-faschistischen Griechenland zu teilen hätte. England und Frankreich wurden als unerläßliche Teilnehmer dieses Vertrages betrachtet, während die USA von Bevin aus seiner Kombination „ausgeschlossen“ wurden.

Es gelang der USA-Diplomatie ohne große Mühe, dieses Vorhaben zu durchkreuzen. Bald brachen auch die englischen Hoffnungen auf die Schaffung eines „Groß-Syrien“ zusammen.

Nach dem Scheitern ihrer beiden antiamerikanischen Pläne hob die englische Diplomatie das seit dem Saadabadpakt von 1937 vergilbte Projekt der Schaffung eines Bündnisses der mohammedanischen Länder Asiens wieder auf den Schild. Nach Pressemeldungen hat der Ministerpräsident Pakistans, Liaquat Ali Khan, auf der Rückreise von der Londoner Konferenz der Ministerpräsidenten der britischen Dominions im Mai Kairo, Bagdad und Teheran besucht und in den genannten Hauptstädten erstmalig in dieser Richtung vorgeführt.

Der nächste Schritt war der im Juni erfolgte Besuch des Regenten des Iraks, Abdul Illah, in Teheran. Die Verhandlungen wurden streng geheimgehalten, doch ist ihr Inhalt trotzdem kein Geheimnis. So haben, nach einer Meldung der libanesischen Zeitung „Le Soir“,

„die Regierungen des Irans und des Iraks den Mitgliedsstaaten der Liga der arabischen Länder vorgeschlagen, in der Hauptstadt des Iraks zu einer Konferenz zusammenzutreten, um das Fundament für diesen“ (mohammedanischen) „Block zu legen“.

Aber nur König Abdullah von Transjordanien reagierte zustimmend auf den Appell. Im Juli traf er in Teheran ein und erklärte in einem Interview mit iranischen Journalisten:

„Ich schlage vor, eine Union arabischer Länder zu schaffen, sie zu stärken und zu erweitern, und eine Union der mohammedanischen Länder überhaupt zu gründen, die wir durch ein Bündnis der Länder Ostasiens ergänzen werden.“

Die andern arabischen Länder, und zwar Ägypten, Syrien, Saudisch-Arabien und der Libanon, teilten keineswegs die Begeisterung Abdullahs für die vom englischen Außenministerium angeregte Idee einer umfassenden „mohammedanischen“ Union und scheinen, allen Angaben nach zu urteilen, die Teilnahme an ihr abgelehnt zu haben. Auf jeden Fall zählte die gut unterrichtete

ägyptische Zeitung „Sawt-al-Umma“ im Juli unter den eventuellen Teilnehmern des von England inspirierten Pakts nur den Irak, Transjordanien, den Iran, Pakistan, Afghanistan und — England auf. Es ist jedoch zweifelhaft, ob es Großbritannien gelingen wird, seine antiamerikanische Demonstration auch nur in dieser gekürzten Besetzung durchzuführen. Bestenfalls kann es auf die Bildung eines „Dreiecks“ Teheran-Bagdad-Amman rechnen. . .

Es ist kennzeichnend, daß die englischen Behörden in letzter Zeit den Schwerpunkt ihrer mittelöstlichen Intrigen nach Teheran verlegt haben. Diese Tatsache zeigt einerseits, daß die Positionen Großbritanniens im Nahen Osten geschwächt sind. Andererseits zeugt sie von der Absicht Großbritanniens, sich im Iran noch fester zu verschanzen und den USA seine Stellungen in diesem Land nicht ohne ernsthaften Widerstand abzutreten.

* * *

Ende Mai unternahm der ständige Stellvertreter des britischen Außenministers, Sir William Strang, eine Reise durch die Länder des Nahen Ostens, um sich „aus erster Hand“ über die Lage in diesem Raum zu informieren. Zeitungen, die dem Foreign Office nahestehen, behaupteten, die Reise Strangs sei mit dem Wunsche Englands verbunden, das Palästina-Problem zu regeln und den arabischen Flüchtlingen „zu helfen“. In Wirklichkeit ging es um etwas ganz anderes. Ägyptische, libanesische und iranische Blätter teilten mit, der Grund von Strangs Inspektionsreise seien die amerikanische Rivalität in der Frage des nahöstlichen Erdöls, wie auch die beharrlichen Versuche des Staatsdepartements, den Marshallplan auf den Nahen Osten auszudehnen.

Die tatsächlichen Ziele der Reise Strangs wurden besonders offensichtlich, als der hohe Beamte des USA-Statsdepartements Sam Kopper sofort nach Strang eine Reise mit der gleichen Route wie dieser antrat. Bezeichnenderweise zogen es beide Diplomaten trotz der offiziellen „Freundschaft“ ihrer Länder vor, auf dieser Reise nicht zusammenzutreffen.

Zu welchen Schlüssen Strang auf Grund seiner Reise auch immer gekommen sein mag — eins ist nicht zu bezweifeln: der britische Imperialismus hat verstanden, daß er nicht die Kraft besitzt, allein gegen seine amerikanischen Freunde zu kämpfen. Im Zusammenhang damit versuchte die englische Diplomatie, sich mit ihrem alten, aber bedeutend geschwächten Rivalen Frankreich zu verständigen.

Die Frage nach der Koordinierung der Aktionen im Nahen Osten war das Hauptthema einer englisch-französischen Beratung, die Anfang Juli

dieses Jahres in London stattfand. Da aber heutzutage unter Imperialisten keine Vereinbarung zustande kommt, bei der nicht ohne jeden Zusammenhang der Kommunisten Erwähnung getan würde, kehrten die Londoner und Pariser Zeitungen in ihrer Beurteilung der Tagesordnung dieser Beratung geflissentlich vor allem solche Fragen hervor, wie die „Errichtung einer englisch-französischen Einheitsfront zum Kampf gegen den Kommunismus“ im Nahen Osten, sowie die ewige, unerschöpfliche Sorge um die palästinensischen Flüchtlinge. In Wirklichkeit war, wie aus einigen in die nahöstliche Presse durchgesickerten Meldungen ersichtlich ist, auf der Londoner Beratung die Rede von Plänen für einen gemeinsamen Widerstand gegen die amerikanische Expansion, die die Interessen sowohl der englischen als auch der französischen Imperialisten beeinträchtigt. Es wurde sogar ein Abkommen über die Aufteilung der Einflußsphären im Nahen Osten zwischen Frankreich und England erzielt. Nach einer Meldung der Beirut-Zeitung „Al-Hajat“ hat England angeblich in London die „Sondervorrechte“ Frankreichs in dessen früheren Mandatsterritorien, Syrien und dem Libanon, anerkannt. Die englisch-französischen Verhandlungen über die Probleme des Nahen Ostens wurden dann beim Besuch Bevins in Paris fortgesetzt.

Im Einklang mit dem in London erzielten und allem Anschein nach in Paris bekräftigten Abkommen begann die französische Regierung höchst aktiv mit Husni Saim zu liebäugeln. Verteidigungsminister Ramadier machte Husni Saim eine Sammlung alter Waffen zum Geschenk. Zur gleichen Zeit wurde auch eine Partie moderner Waffen, nämlich Panzer und Kanonen, nach Syrien geschickt. Husni Saim erklärte offiziell, seine Beziehungen zu Frankreich seien „ausgezeichnet“. Eine Zeitlang hatte es den Anschein, als eröffne sich Frankreich die verlockende Aussicht, wieder ein ernst zu nehmender Kraftfaktor im Nahen Osten zu werden. Die USA konnten sich nur über die englische „Nachgiebigkeit“ wundern. . .

Aber sehr bald wurde es klar, was hinter der englischen Diplomatie steckte. Die französischen Imperialisten sind in Syrien, das lange Zeit unter der eisernen Ferse des französischen Imperialismus stöhnte, höchst verhaßt. Als es im Lande bekannt wurde, daß sich der ohnehin unpopuläre Husni Saim Frankreich genähert hatte, wandten sich selbst treue Anhänger des unglückseligen Diktators von ihm ab. Dieser Umstand erleichterte es den Agenten der heutigen Lawrence, Husni Saim ins Jenseits zu befördern. So ist, wie die französische Wochenschrift „Action“ schreibt,

„Syrien im Laufe von 90 Minuten von den Amerikanern an die Engländer zurückgefallen“.

Frankreich aber blieb mit leeren Händen stehen. Die Pariser Zeitungen versuchten allerdings zu protestieren und England antifranzösischer Ränke sowie der Verletzung der in London erzielten Abmachungen zu bezichtigen. Wie jedoch die Tel-Aviver Zeitung „Hamischmar“ schreibt, hatte das Foreign Office schon die Antwort parat:

„Der Staatsstreich in Syrien tangiert nicht so sehr die französischen Interessen, wie er den amerikanischen Einfluß in Syrien untergräbt.“

Das ist für die französischen Imperialisten natürlich ein schwacher Trost!

Im Zusammenhang mit dem Sturz des Regimes Husni Saims und dem Machtantritt proenglischer Elemente wurden die Pläne zur Bildung eines „Groß-Syriens“ wieder aufs Tapet gebracht. Diesmal geht die englische Diplomatie mit großer

Vorsicht an die Ausführung ihres Planes. Als ersten Schritt in dieser Richtung schlägt sie vor, eine Art „nahöstliches Benelux“ mit Beteiligung Syriens, des Iraks und Transjordanien zu bilden. In diesen neuen Plan ist schon König Abdullah von Transjordanien eingeweiht, ebenso der Ministerpräsident des Iraks, Nuri Saïd, der durch einen höchst verdächtigen Zufall gerade im Moment der Abrechnung mit Husni Saim in London war...

So hat das Zünglein an der Waage diesmal ein wenig nach der Seite Englands ausgeschlagen. Aber beim jetzigen Kräfteverhältnis im Lager des Imperialismus kündigt dies nur einen noch erbitterteren Kampf unter den imperialistischen Unterdrückern und Ausbeutern der Völker des Nahen Ostens an.

Westdeutschlands Wirtschaft unter der Ferse des Marshallplans

S. TANIN, A. SKOROW

IN LETZTER ZEIT haben die englisch-amerikanischen Behörden eine Reihe neuer Schritte zur Vollendung der Spaltung Deutschlands unternommen. Mit grob gemalten Dekorationen als Hintergrund wird die Geburt des westdeutschen Marionettenstaates in Szene gesetzt.

Aber keinerlei Kniffe der reaktionären deutschen Politikaster und ihrer englisch-amerikanischen Gönner können die Tatsache vertuschen, daß das aufoktroierte Staatswesen der drei Westzonen ein totgeborenes Kind ist. Allzusehr springt ins Auge, daß das ganze politische und wirtschaftliche Leben Trizoniens nach wie vor vom Willen und von den Interessen der Okkupanten gänzlich abhängig bleibt. Das hartnäckige Streben der regierenden Kreise Englands und der USA, den Friedensvertrag mit Deutschland auf unbestimmte lange Zeit hinauszuschieben und das Regime des Besatzungsstatuts ins Unendliche auszudehnen, zeugt beredter denn alle Worte von ihren wahren Absichten.

Der in Bildung befindliche westdeutsche „Staat“ soll nach der Absicht seiner Schöpfer wirtschaftlich wie auch politisch den englisch-amerikanischen Imperialisten nur als Werkzeug,

als Kolonie dienen. Die westlichen Besatzungszonen sind heutzutage ebenso weit von der satt-sam bekannten „Selbsterhaltung“ entfernt wie vor drei, vier Jahren. Ihre Eingliederung in das System des Marshallplans hat nicht nur zu keiner wirtschaftlichen Wiedergeburt der Westzonen beigetragen, sondern im Gegenteil die kolonialen Züge in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung verstärkt.

Kennzeichnend sind schon allein die Methoden, mit denen Westdeutschland die amerikanische „Hilfe“ aufgedrängt wurde. Wenn hinsichtlich der sechzehn westeuropäischen Staaten noch ein gewisser Anstand gemittelt wurde, um den Schein der „Entschlußfreiheit“ zu wahren, so ging man hier viel simpler zu Werke. Die Frage der Eingliederung Bizoniens in den Marshallplan wurde Anfang 1948 auf der Londoner Separatkonferenz der Westmächte beschlossen. Am 16. April desselben Jahres unterzeichneten die Militärgouverneure Robertson und Koenig als Vertreter Bizoniens bzw. der französischen Besatzungszone im Namen Westdeutschlands die sogenannte „Konvention über wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas“. Drei Monate später, am 14. Juli v. J.,

schlossen die Militärgouverneure Bizoniens mit der Regierung der USA ein formelles Abkommen über den Anschluß Bizoniens an den Marshallplan.

Von den Mitteln, die der USA-Kongreß im Finanzjahr 1948/49 für „Hilfe“ an die europäischen Staaten bewilligte, wurden 414 Millionen Dollar für Bizoniens bestimmt. Die französische Besatzungszone erhielt ihrerseits einen Kredit von 94,6 Millionen Dollar. Somit betrug die bewilligte Gesamtsumme 508,6 Millionen Dollar. Es genügt, vergleichsweise anzuführen, daß das Außenhandelsdefizit allein Bizoniens sich in derselben Zeitspanne auf mehr als eine Milliarde Dollar belief. Zudem erreichten die faktischen Lieferungen im verflossenen Finanzjahr nicht die vorgesehene Summe. Offiziellen Angaben nach stellten sie von April 1948 bis April 1949 nur einen Wert von 208,5 Millionen Dollar dar, d. h. sie erreichten etwas mehr als 40 Prozent des veranschlagten Umfangs.

Die Durchführung des Marshallplans in den Westzonen Deutschlands hat jedoch ihre Eigenheiten: sie beschränkt sich nicht auf Lieferungen nach dem „Plan“ selbst. Zusätzliche Lieferungen werden gemäß dem Abkommen über die sogenannte „Wirtschaftsfusion der englischen und der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands“ vorgenommen, das von Bevin und Byrnes am 2. Dezember 1946 geschlossen wurde. Das Ausmaß dieser Lieferungen ist erheblicher: sie beliefen sich im vorigen Jahr auf rund 900 Millionen Dollar.

In der englisch-amerikanischen Propaganda wird versichert, die Hilfe der USA habe den Westzonen Deutschlands die Möglichkeit gegeben, den Weg der Genesung zu betreten, diese Hilfe befähigte die Wirtschaft der Westzonen zur „Selbsterhaltung“, und folglich sei der Moment nicht mehr fern, wo sie keiner Hilfe von auswärts mehr bedürfen werde. In Punkt 5 des Abkommens Bevin-Byrnes wurde verkündet, beide Regierungen setzten sich das Ziel, „bis Ende 1949 die Selbsterhaltung der Wirtschaft dieses Territoriums“ (Bizoniens) zu erzielen.

Jetzt ist das Fazit für das erste Jahr der Durchführung des Marshallplans in den Westzonen Deutschlands gezogen, und man kann feststellen, was es gebracht hat. Das erste Geltungsjahr des Marshallplans zeigt, daß die Wirtschaft Bizoniens in Wirklichkeit das gesteckte Ziel keineswegs erreicht hat, sondern im Gegenteil in noch größere Abhängigkeit von den USA und England geraten ist. Das konnten nicht einmal die englisch-amerikanischen Behörden verhehlen. Die Frist des Übergangs der westdeutschen Wirtschaft zur „Selbsterhaltung“

wurde keineswegs durch Zufall ohne viel Aufhebens von 1949 auf 1952 verschoben.

Das Hauptmittel zur Erzielung der erwünschten „Selbsterhaltung“ sollte die Steigerung der Fertigwarenausfuhr und die Entwicklung der entsprechenden Industriezweige sein. In den Westzonen Deutschlands waren und sind alle Voraussetzungen für eine derartige Entwicklung vorhanden. Bekannt ist z. B., daß Deutschland vor dem Kriege mit seiner Maschinen- und Werkzeugmaschinenausfuhr den USA und England überlegen war. Nach Angaben der englischen Zeitschrift „The Economist“ leistete der deutsche Maschinenbau 1938 das Doppelte des Maschinenbaus Englands und der USA zusammengenommen.

Aber das erste Jahr der Durchführung des Marshallplans brachte keine Entwicklung, sondern eine Schrumpfung dieses Industriezweigs. Im vorigen Jahr ging die Werkzeugmaschinenausfuhr aus den Westzonen, verglichen mit 1936, um 95 Prozent zurück, die Ausfuhr von Maschinen für die Textil- und Lederindustrie um 98 Prozent, von Motoren um 89 Prozent, von landwirtschaftlichen Maschinen um 89 Prozent, von Maschinen für die Papierindustrie und für Druckereien um 93 Prozent, die Ausfuhr von Kraftwagen um 83 Prozent.

Die englischen und die amerikanischen Monopole verabsäumten nicht, die Einschränkung des deutschen Exports zur Festigung ihrer Vormachtstellung auf dem Weltmarkt zu benutzen. Wenn die Werkzeugmaschinenausfuhr Bizoniens 1948 auf fünf Prozent (verglichen mit 1936) zurückging, so ist diejenige Englands (verglichen mit 1938) um 438 Prozent angewachsen!

Die englisch-amerikanischen Behörden, die den Stand der Industrie in den Westzonen Deutschlands durch Separatentscheidung bestimmten, strebten direkt die Drosselung des Maschinenbaus an. Den Westzonen Deutschlands ist gänzlich die Möglichkeit genommen, Maschinen für die Kohlenförderung, die Erdölgewinnung und die Erdölverarbeitung zu erzeugen — das Importprogramm für 1948/49 sah eine Lieferung dieser Maschinen aus dem Ausland vor.

Ein ähnliches Bild bieten die chemische Industrie, die Textil- und die Gummiindustrie sowie andere Industriezweige Westdeutschlands. Vor dem Kriege führte Deutschland jährlich für 750—800 Millionen Mark chemische Erzeugnisse aus. Das entsprach 25 Prozent des Weltexports an chemischen Erzeugnissen und betrug das Dreifache der Ausfuhr Frankreichs, das Doppelte der Ausfuhr Englands und mehr als das Anderthalbfache der Ausfuhr der USA. Im vorigen Jahr war die Chemikalienausfuhr Bizoniens, wo die meisten deutschen Chemiebetriebe konzentriert

sind, verschwindend gering. Die Teerfarbstoffausfuhr z. B. ging (verglichen mit 1936) um 95 Prozent zurück, die Ausfuhr von Lacken und Farben um 71 Prozent, von Pharmaziewaren um 92 Prozent. Zur gleichen Zeit (1948) wurde Trizonien gezwungen, Chemikalien für 334 000 Dollar laut Marshallplan und für 15,8 Millionen Dollar laut Abkommen Bevin-Byrnes einzuführen.

Während die englisch-amerikanischen Monopolen die Produktionsmöglichkeiten der Westzonen künstlich einschränken, überschwemmen sie deren Märkte mit Importwaren. Nach Deutschland werden Textil- und Wirkwaren aus England, Belgien, Italien und der Schweiz eingeführt, während die Textilindustrie der Westzonen aus Absatzmangel am Ersticken ist. In diesem Frühjahr wurde mit Belgien ein Lieferungsvertrag über belgische Textilien in Höhe von 3 Millionen Dollar abgeschlossen. Es ist vorgesehen, den Textilimport später auf 14 Millionen Dollar zu bringen.

Um die Industrie der Westzonen zu drosseln, greifen die englischen und die amerikanischen Monopole zum Dumping. Die amerikanischen Geschäftsherren haben in der letzten Zeit eine solche Menge Autoreifen in die Westzonen eingeführt, daß der Halbjahresbedarf des Binnenmarkts dadurch gedeckt ist. Die Reifen werden zu Dumpingpreisen, um 20 Prozent billiger als die deutschen, verkauft. Die westdeutschen Autoreifenwerke können dieser Konkurrenz nicht standhalten, sie schränken die Produktion ein und entlassen Arbeiter. Kennzeichnend ist, daß im Vorjahr für mehr als 10 Millionen Dollar Gummiwaren nach Bizonien eingeführt, dagegen entsprechende Waren deutschen Fabrikats im Werte von nur 733 000 Dollar ausgeführt wurden.

Diese Beispiele zeigen deutlich den Charakter der Wirtschaftspolitik der englisch-amerikanischen Besatzungsbehörden: sie gehen darauf aus, Westdeutschland als Fertigwarenexporteur auszuschaufen und es zu einem Lieferanten von Rohstoffen zu machen, die in Riesenmengen von dort herausgepumpt werden. Im vorigen Jahr machten Steinkohle, Holz, Schrott und andere Rohstoffe 65 Prozent der Gesamtausfuhr Trizoniens aus. Der industriell hochentwickelte Westen Deutschlands wird zum Fertigwarenimporteur reduziert, er wird aus einem Rohstoffkonsumenten zum Rohstofflieferanten gemacht. Die westdeutsche Wirtschaft verwandelt sich in ein Kolonialanhängsel der USA und Englands. Das ist eins der ersten Ergebnisse ihrer Marshallisierung.

Trizonien schloß das erste Geltungsjahr des Marshallplans mit einem riesigen Außenhandels-

defizit ab. Dies Defizit beträgt etwa 1,1 Milliarde Dollar. Laut Meldung der französischen Zeitung „La Tribune des Nations“ vom 8. Juli schuldet Westdeutschland den USA 3,15 Milliarden Dollar.

Neben diesen Zahlen und Tatsachen nehmen sich alle Erklärungen, der Tag sei nicht mehr fern, an dem sich die Wirtschaft der Westzonen „selbst erhalten“ werde, wie leeres Geschwätz aus. „Selbsterhaltung“ haben nur die Initiatoren der amerikanischen „Hilfe“ erzielt. Die amerikanischen Unternehmer, die Trizonien mit ihren Waren überschwemmen, streichen doppelten und dreifachen Gewinn ein. Sie stellen sich in Westdeutschland Absatzmärkte sicher. Was die westdeutsche Wirtschaft betrifft, so ist sie unter den jetzigen Verhältnissen zum Verkümmern verurteilt.

Die praktischen Resultate der Anwendung des Marshallplans auf Trizonien enthüllen endgültig die innere Haltlosigkeit und Abenteuerlichkeit der Politik der Westmächte in der deutschen Frage. Diese Politik treibt die westlichen Besatzungszonen in eine Sackgasse.

Noch vor ganz kurzer Zeit protzten die Besatzungsbehörden mit dem sogenannten „Vierjahresplan zur Wiederherstellung und Fortentwicklung der Wirtschaft der Westzonen“. Dieses fingierte Dokument enthielt hoffnungserweckende Zahlen über ein Anwachsen der deutschen Ausfuhr bis 1952 und über eine entsprechende Einschränkung der Einfuhr aus den USA. Die Generale Clay und Robertson behaupteten, der von ihnen empfohlene „Plan“ sei durchaus real, er sei angetan, die westdeutsche Wirtschaft zu sanieren.

Kaum aber zeigten sich die Gewitterwolken der heraufziehenden Wirtschaftskrise am Horizont, als die Leiter der amerikanischen Politik in Deutschland ein ganz anderes Liedchen anstimmten. N. H. Collisson, der Leiter der Sondermission für die Durchführung des Marshallplans in Deutschland, schreibt in der von den Amerikanern herausgegebenen „Neuen Zeitung“ ausdrücklich, die amerikanischen Industriellen sähen den Marshallplan lediglich als ein Hilfsmittel zum „Auffinden neuer Marktgebiete und neuer Verbraucherkreise“ an. Von jetzt ab würden die neuen Bemühungen

„nicht mehr so sehr auf die Wiederingangsetzung der Produktionsanlagen abgestellt sein, als vielmehr auf die weit kompliziertere und schwierigere Verbesserung des Absatzes und der Verteilung“.

Collisson nimmt sich nicht erst die Mühe, Tiraden über das „gesamteuropäische Wohl“, über „Prosperität“ u. a. m. von sich zu geben. Er fordert beharrlich nur eines: Märkte! Für

die Westzonen Deutschlands, die sich gänzlich in den Händen der englischen und der amerikanischen Monopole befinden, bedeutet dies, daß sie in Zukunft auch weiter hauptsächlich als Absatzmarkt für amerikanische Waren benutzt werden sollen. Damit werden automatisch alle „glänzenden“ Perspektiven für die Entwicklung der deutschen Produktion, die in dem sogenannten „Vierjahresplan“ Clays und Robertsons aufgezeichnet waren, null und nichtig gemacht.

In der Tat, das zweite Geltungsjahr des Marshallplans zeigt einen weiteren Rückgang der Industrieproduktion Trizoniens. Laut Meldung des „Tagesspiegels“ vom 30. Juli ging die Industrieproduktion Bizoniens im Juni, verglichen mit Mai, um 3,4 Prozent zurück, die Produktion von Gebrauchsgütern um 6,7 Prozent. Im Juli sank die Industrieproduktion, verglichen mit dem Vormonat, um 3 Prozent. Wie auch „Die Neue Zeitung“ ausführte, sinkt die Produktion von Gebrauchsgütern. Die Schrumpfung der Industrieproduktion brachte eine Einschränkung des Außenhandels der Westzonen mit sich. So sank die Einfuhr im Juni, verglichen mit Mai, um 48 Millionen Mark, die Ausfuhr um 35 Millionen Mark.

Eine unmittelbare Folge der Produktionsschrumpfung ist die von Monat zu Monat zunehmende Arbeitslosigkeit, die gegenwärtig selbst nach den zu niedrigen offiziellen Angaben 1 300 000 Personen erfaßt, wobei die Kurzarbeiter nicht mitgerechnet sind. Die Überschwemmung des Marktes mit amerikanischen Gummiwaren nimmt 50 000 Arbeitern der Autoreifenwerke die Beschäftigung. Die Einfuhr von Eisenbahnwaggons verurteilt Tausende deutscher Waggonbauer zur Erwerbslosigkeit. Vor kurzem gab die bizonale Eisenbahnverwaltung die bevorstehende Entlassung von 12 000 Arbeitern der Eisenbahnwerkstätten bekannt. Berücksichtigt man, daß die englisch-amerikanischen Behörden zugleich die innerdeutschen Handelsbeziehungen liquidieren, so wird die Krise verständlich, in die die Wirtschaft Bizoniens durch Verschulden der englisch-amerikanischen Vermönder geraten ist.

Selbst die berühmten Lebensmittellieferungen laut Marshallplan, die von der westlichen Presse als Wohltätigkeit der USA-Monopole hingestellt werden, sind den überseeischen Geschäftsherren ein Mittel zur eigenen Bereicherung. Im ersten Geltungsjahr des Marshallplans machte die Lebensmittelleinfuhr 77 Prozent des gesamten westdeutschen Imports aus und betrug das Zweieinhalbfache der Lebensmittelleinfuhr der Vorkriegszeit. Dabei ist die Versorgung der breiten Massen nicht im geringsten besser

geworden. Erstens bestehen diese Lieferungen zum großen Teil aus Waren wie Bananen, Ananas, Wein usw. Laut Meldung des Londoner Rundfunks machte z. B. Tabak den größten Teil der im Februar d. J. eingeführten Waren aus. Zweitens sind die amerikanischen Lebensmittel derart minderwertig, daß man sie zuweilen den Verbrauchern nicht anbieten kann. So mußten infolge völliger Unbrauchbarkeit hunderttausend Tonnen amerikanischer Sojabohnen aus dem Verkauf gezogen werden.

Die amerikanischen Behörden erhalten auf dem Markt der Westzonen äußerst hohe Preise aufrecht. Schon Mitte des ersten Jahres der Durchführung des Marshallplans stiegen die Preise für eine Reihe von Gebrauchsgütern in Westdeutschland um 33—50 Prozent; fast im gleichen Verhältnis stiegen auch die Preise für eine Reihe der wichtigsten Lebensmittel. Die Verteuerung der Lebenshaltung in Trizonien erklärt sich in hohem Maße damit, daß die Wiederherstellung und Fortentwicklung der Landwirtschaft absichtlich aufgehalten wird. Im vorigen Jahr wurden die Anbauflächen, besonders die für Getreide, bedeutend eingeschränkt. In diesem Jahr ist die Kartoffelernte um mehr als 20 Prozent zurückgegangen. Die Anbauflächen für Getreide sind noch immer bedeutend kleiner als die des Jahres 1938, für einzelne Pflanzensorten (z. B. Gerste) sind sie fast auf die Hälfte zurückgegangen.

Die weiteren Aussichten der westdeutschen Landwirtschaft sind unerquicklich. „Die Neue Zeitung“ schrieb Ende Mai d. J. offen, nach Ansicht englisch-amerikanischer Kreise müßte in Westdeutschland dem Futtergetreide der Vorzug vor dem Brotgetreide gegeben werden. Hieraus geht hervor, daß die Westmächte die Absicht haben, die Abhängigkeit Trizoniens von den Lebensmittellieferungen aus den USA und England auf lange Jahre auszudehnen, wenn nicht gar zu einer bleibenden Erscheinung zu machen.

Die Einfuhr von Lebensmitteln zu übermäßigen Preisen macht den Werktätigen Westdeutschlands das Leben noch schwerer. Selbst das Sprachrohr der englischen Besatzungsbehörden, „Die Welt“, muß zugeben, daß

„bei den zur Zeit in Westdeutschland bestehenden Löhnen und Gehältern der allergrößte Teil der Arbeitnehmer nicht mehr imstande ist, seinen normalen Lebensbedarf zu decken“.

Auf diese Weise war die Durchführung des Marshallplans in Trizonien von einer Verschlechterung der Lage der breiten Bevölkerungsmassen begleitet.

* * *

Die oben angeführten Tatsachen widerlegen restlos die Behauptungen der englischen und der amerikanischen Politiker über den „Fortschritt“, der angeblich im Zusammenhang mit der Eingliederung der Westzonen Deutschlands in den Marshallplan erzielt worden ist. Unmittelbar vor den „Wahlen“ vom August verbreiteten sich die Lenker der englisch-amerikanischen Politik in Trizonen ausgiebig darüber, daß sie alles für ein selbständiges Bestehen Westdeutschlands und für eine Übergabe der Macht an die Deutschen vorbereitet hätten. Wir haben oben gezeigt, worin diese Vorbereitung bestand.

Das Scheitern des Marshallplans in Trizonen können selbst seine Propagandisten aus dem Lager der Besatzungsbehörden nicht verschweigen. Vor kurzem hielt es das englische Organ in Deutschland, „Die Welt“, für angebracht, in einem Leitartikel diejenigen zu widerlegen, die „im

Marshallplan ein Zaubermittel“ sahen, „das uns in kurzer Zeit in den glücklichen Zustand reiner Friedenszeitwirtschaft versetzen werde“. Das Blatt schrieb ohne Umschweife, „nur Phantasten“ könnten dies vom Marshallplan erwarten...

Man muß aber schon ein ganz hoffnungsloser Phantast sein, um zu erwarten, die Ausrufung des Marionettenstaats werde die westdeutsche Wirtschaft vor der weiteren Kolonialverklavung durch die englischen und die amerikanischen Monopole retten. Das Scheitern des Marshallplans in den Westzonen Deutschlands ist ein Vorbote des unausbleiblichen Fehlschlagens des ganzen potsdamfeindlichen Kurses der Westmächte, eines Kurses auf Zerstückelung Deutschlands und Umwandlung seines westlichen Teils in ein Aufmarschgebiet für aggressive Abenteuer in Europa.

Die Westmächte verzögern die Vorbereitung des österreichischen Staatsvertrags

DER AUFTRAG der Pariser Tagung des Außenministerrats, an die Sonderbeauftragten der Außenminister, zum 1. September ein Übereinkommen über den Entwurf des österreichischen Staatsvertrags zu erzielen, ist nicht erfüllt. Die Sonderbeauftragten arbeiteten in London den ganzen Juli und August, sichteteten 22 Artikel des Entwurfs, vereinbarten 9 von ihnen, schlossen einige Artikel aus und konnten in bezug auf 9 Artikel keine Einhelligkeit erzielen. Insbesondere haben die Teilnehmer der Londoner Beratungen die Artikel über die deutschen Aktiva und über das Eigentum der vereinten Nationen auf österreichischem Boden nicht vereinbart — d. h. eben diejenigen Probleme, über die sich der Ministerrat auf der Pariser Tagung einig geworden war, was gerade die Möglichkeit bot, die Vorbereitung des Vertrags wiederaufzunehmen. Wenn aber die Sonderbeauftragten ihre Aufgabe nicht erfüllt haben, und der Vertragsentwurf wiederum unvereinbart geblieben ist, so ist dies eine direkte Folge dessen, daß die Vertreter der Westmächte nicht den Wunsch hatten, die Beschlüsse des Ministerrats einzuhalten. Sie

brachten unbegründete Anträge ein, die diese Beschlüsse verletzten. Vergebens appellierte die Sowjetdelegation, sich an die Pariser Beschlüsse zu halten, ohne was das Werk ja nicht zu Ende gebracht werden kann.

Es lohnt z. B. daran zu erinnern, daß die amerikanischen, englischen und französischen Vertreter die von der Sowjetdelegation vorgeschlagene Liste der Erdölschürfflächen nicht angenommen haben, obwohl alle in diese Liste aufgenommenen Flächen frühere deutsche Aktiva bilden und das Recht der Sowjetunion, Konzessionen auf diese Flächen zu erhalten, unbestreitbar ist, was auch durch den Beschluß der Pariser Ministerratstagung bekräftigt wird. Die Belange der Erdöltruste übten ihren unsichtbaren Einfluß auf die Londoner Beratung aus. Das ist offensichtlich der Grund, weswegen die Vertreter der Westmächte nicht den Wunsch hatten, den Beschluß des Ministerrats einzuhalten, laut dem der Sowjetunion Erdölraffinerien mit einer Gesamtkapazität von 420 000 Tonnen Rohöl zu übergeben sind. Sie schlugen statt dessen vor, Raffinerien mit einer Kapazität von nur 250 000

Tonnen zu übergeben. Die Vertreter der USA, Englands und Frankreichs versuchten auch, Kompensationen für Investitionen zu erlangen, die amerikanischen und englischen Firmen in den Kriegsjahren in deutschen Unternehmen vornahmen, obwohl diese Firmen faktisch schon von den Deutschen Kompensationen erhalten hatten. Es ließen sich auch andere Beispiele von unnötigen Hindernissen anführen, die die amerikanischen, englischen und französischen Teilnehmer der Londoner Beratungen schufen.

Gegen Ende der Arbeit der Sonderbeauftragten wurde es ganz klar, daß die Westmächte gar nicht nach Erzielung eines Abkommens über den Entwurf des österreichischen Staatsvertrages streben, sondern den Abschluß dieses Vertrages verzögern und auf unbestimmte Zeit hinausschieben wollen. In völligem Einklang mit dieser Taktik weigerten sich die Vertreter Großbritanniens, der USA und Frankreichs am 1. September, die Arbeit fortzusetzen, und beantragten eine Unterbrechung der Sitzung.

Die Sowjetunion hat sowohl während der Pariser Tagung als auch während der Arbeit der Sonderbeauftragten in London bewiesen, daß sie zu vernünftigen Zugeständnissen bereit ist. Die Sowjetvorschläge bilden eine gesunde und annehmbare Grundlage für den Vertragsentwurf. Alle weiteren Einwände zeigen der Öffentlichkeit nur die geheimen Absichten der imperialistischen Politiker, das Fehlen ihres Wunsches, zu einem Abkommen zu gelangen.

Die englische und die amerikanische Presse machen kein Hehl daraus, daß England und die USA mit dem österreichischen Staatsvertrag keine Eile haben und ganz im Gegenteil die Besetzung Österreichs gern in die Länge ziehen möchten.

Einige österreichische Zeitungen, und zwar nicht nur demokratische Organe, sondern auch amerikanischen und englischen diplomatischen Kreisen nahestehende Blätter, haben sehr eingehend die Taktik der Westmächte enthüllt, die den „österreichischen Staatsvertrag torpedierten“. Die Wochenausgabe der „Presse“ erklärte z. B. auf Grund Londoner und New Yorker Pressestimmen ohne Umschweife, die Regierungen der USA und Englands hielten die Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrags unter den jetzigen Umständen nicht für zweckmäßig und wollten die Besetzung hinauszögern. Die „Österreichische Volksstimme“ teilt ihrerseits mit, die Westmächte hätten die Absicht, den Aufenthalt ihrer Truppen in Österreich auch in die Länge zu ziehen, weil sie die in der Regierung sitzenden österreichischen Marionettenparteien stützen wollen. Es ist ja kein Geheimnis, daß unter den Fittichen der

Besatzungsbehörden die Kräfte der österreichischen Reaktion wiederauferstehen, die das österreichische Volk hindern, sein Land auf dem demokratischen Entwicklungsweg vorwärtszubringen.

In den allerletzten Tagen ist bereits eine neue Seite der Angelegenheit in Erscheinung getreten. Nach Angaben, die der österreichische Minister Krausland verlautbarte, haben die Westmächte, die seinerzeit so pompös und feierlich den Verzicht auf Reparationen inszenierten, in aller Stille ihre Forderung nach leicht getarnten Reparationen vorbereitet, die Österreich in einer Höhe von ungefähr 700 Millionen Dollar zu entrichten hätte.

Die Westmächte wollen diese Reparationen unter dem Deckmantel von „Kompensationen für Vermögensschäden“ und der Begleichung der Vorkriegsschulden verlangen. Die österreichische Presse hob hervor, daß die Westmächte die Höhe ihrer Forderungen absichtlich geheimhalten, denn diese Ansprüche seien viermal höher als die Summe, die die Sowjetunion zu erhalten hat.

Derart ist der Appetit der englischen und amerikanischen Monopole, die wirtschaftlich und politisch daran interessiert sind, Österreich möglichst lange in der Lage eines okkupierten Landes zu halten, seine Industrie und sein Finanzwesen ganz einzustecken und es in ihre Kolonie zu verwandeln.

Der Londoner Berichterstatter der mit amerikanischer Lizenz erscheinenden „Salzburger Nachrichten“ teilt mit, die englischen regierenden Kreise seien gegenwärtig nicht an einem schnellen Abschluß des österreichischen Staatsvertrags interessiert. ... Man gewinne den festen Eindruck, daß die Großmächte den Abschluß des Vertrags hinauszögern wollen, bis der Ausgang der Wahlen in Österreich klar sein werde, da sie (die Westmächte) entweder der politischen Reife der österreichischen Wähler Mißtrauen entgegenbrächten oder die Absicht hätten, im Falle einer Radikalisierung des österreichischen politischen Lebens ihre Kontrolle und die Besetzung des Landes aufrechtzuerhalten.

Tatsächlich treiben die amerikanischen und die englischen Agenten in Österreich schamlos mit dem Problem des Vertrags Schindluder. Die Vorbereitung seines Entwurfs dient ihnen als Anlaß zu einer zügellosen sowjetfeindlichen Kampagne und zu einer Hetze gegen die demokratischen Kräfte. Die amerikanischen und die englischen Imperialisten bedienen sich des Besatzungsregimes zu einer völlig ungenierten Einmischung in die inneren Angelegenheiten Österreichs, zur Ausübung eines Drucks auf die Wähler, zur Desorientierung der öffentlichen Meinung

Das ist die doppelzünglerische Taktik der Westmächte. Öffentlich erklären die amerikanischen und die englischen Politiker, sie seien um die möglichst schnelle Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrags bemüht, und versuchen sogar, die Verantwortung für die Verzögerung auf die Sowjetunion abzuwälzen. In Wirklichkeit

aber lassen sie mit Vorbedacht die Vorbereitung des Vertragsentwurfs scheitern und ziehen die Friedensregelung in die Länge, wobei sie sich von tückischen Absichten leiten lassen, die nicht das geringste gemein haben mit den Interessen des Friedens und des Wohlergehens der Völker.

Ein blutiger Tartüff

I. SOTNIKOW

IN DER ZUSAMMENROTTUNG, die unter dem prunkvollen Namen „Europäische Konsultativversammlung“ am 8. September in Straßburg zum Abschluß gelangt ist, spielte Winston Churchill unstreitig die erste Geige. Schon am 17. August ist er auf dieser operettenhaften Assemblée mit einer Programmrede aufgetreten. Das von ihm dargelegte Programm der „Vereinigten Staaten von Europa“ ist unkompliziert und vielsagend: Hauptziel ist der Krieg gegen den Kommunismus, gegen die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie; Hauptmittel zur Erreichung dieses Ziels: die Ausnutzung der Nachbrut Hitlers in Deutschland als Stoßtrupp in diesem Krieg. Ohne Umschweife erklärte Churchill seinen Gesinnungskumpanen in Straßburg, die Einbeziehung Deutschlands in diesen Kampf sei „die größte und wichtigste aller Fragen, die uns gestellt sind“, und das von ihm geplante „Vereinigte Europa“ könne „ohne die Hilfe Deutschlands und ohne dessen Macht nicht bestehen“.

An und für sich ist in Churchills Mund dies Programm jetzt, 1949, nichts Neues. Wie alle Welt weiß, ist schon seit dreieinhalb Jahren, angefangen mit der Fultoner Rede, die Entfaltung eines neuen Weltkriegs die Hauptbeschäftigung dieses politischen Bankrotteurs. Jedoch im weiteren Verlauf der Straßburger Versammlung trat ein Umstand zutage, der auf Churchill selber wie auf seine „Vereinigten Staaten von Europa“ ein ergänzendes Schlaglicht wirft und für die Öffentlichkeit von einem gewissen Interesse ist.

Harold Macmillan, ein Diehard, der für unverzügliche Eingliederung Deutschlands in den aggressiven Block der „Vereinigten Staaten von Europa“ eintritt, hat mit Churchills persönlichem

Segen zu einem sensationellen Verfahren gegriffen. Er verlaubarte in Straßburg eine Stelle aus einer geheimen Denkschrift, die Churchill im Oktober 1942 verfaßt und damals dem britischen Kabinett, dem auch Attlee und Bevin angehörten, sowie in Abschrift dem USA-Präsidenten zugestellt hat. Vor sieben Jahren, also in einem der für die freiheitliebenden Völker der Welt aller schwersten Zeitabschnitte des Kampfes gegen die faschistischen Landräuber, schrieb Churchill folgendes in dieser geheimen Denkschrift:

„Ich muß gestehen, daß meine Gedanken hauptsächlich in Europa weilen, daß ich an die Wiedergeburt der Glorie Europas, dieses Mutterkontinents der Nationen unserer Zeit und der Zivilisation, denke. Es wäre eine schreckliche Katastrophe, wenn die russische Barbarei die Kultur und die Unabhängigkeit der alten Staaten Europas erwürgte. Ich glaube, daß die europäische Völkerfamilie, so schwer sich dies jetzt auch vorstellen läßt, unter Führung eines Europäischen Rates gemeinsam, als einheitliches Ganzes, vorgehen kann. Ich sehe die Schaffung Vereinigter Staaten von Europa voraus.“

Diese Zeilen wurden von Churchill im Oktober 1942 geschrieben, zu der Zeit, da ein großer Teil der Staaten Europas in ein gewaltiges hitlerfaschistisches Konzentrationslager umgewandelt war: mit Gaswagen, mit den Verbrennungsöfen von Majdanek und Auschwitz, mit den Kasematzen von Buchenwald und mit Unmengen von Galgen. Das war zu der Zeit, da auch in englischen Städten von deutschen Bomben Häuser zerstört wurden, während an der Nordküste des von Hitler eroberten Frankreich schon Apparate zum Abflug der Geschosse „V-2“ aufgestellt wurden, durch die später viele tausende Londoner getötet wurden. Das war zu der Zeit, da die Blicke und die Hoffnungen der ganzen Menschheit auf die

Sowjetunion gerichtet waren; zu der Zeit, da die schweren Kämpfe in Stalingrad vor sich gingen, wo die Sowjetarmee unter Einsatz des eigenen Lebens das Leben und die Freiheit aller Völker Europas gegen die faschistische deutsche Barbarei verteidigte und behauptete, von der ihnen der Untergang drohte.

Damals, im Sommer und Herbst 1942, hat Churchill mehrmals auch öffentlich über die Sowjetunion gesprochen. Dies waren selbstverständlich ganz andere Reden. Churchill hatte seine schuftige geheime Denkschrift kaum abgeschickt, als er öffentlich im Unterhaus sagte:

„Die Sowjets... haben einen unschätzbaren Dienst geleistet, indem sie weit mehr Millionen Menschen... außer Gefecht gesetzt haben, als Deutschland während des ganzen letzten Krieges verlor... Mein Herz blutete für Rußland, Ich fühlte, was alle... fühlen mußten: den stärksten Drang, mit ihm zu leiden und ihm einen Teil seiner Last abzunehmen.“

Öffentlich beteuerte er seine Liebe und Treue zum Sowjetvolk, wobei er versprach, „Hand in Hand den Kampf fortzusetzen, welche Leiden, welche Schwierigkeiten uns auch erwarten mögen, Hand in Hand als Kameraden und Brüder“, und gleichzeitig suchte er krampfhaft nach einer Gelegenheit und Möglichkeit, der Sowjetunion einen Dolchstoß in den Rücken zu versetzen. Vernehmlich sagte Churchill, in Europa sei eine zweite Front zur Unterstützung des Sowjetvolks und seines Zweikampfs gegen Hitlerdeutschland erwünscht. Ingeheim jedoch bereitete er die Einheitsfront mit den faschistischen deutschen Räubern gegen die Sowjetunion vor. Englische Arbeiter schmiedeten ein Dankesschwert für Stalingrad — ein leuchtendes Symbol des Sieges über die faschistischen Barbaren. Churchill indes traf insgeheim Anstalten zu einer Abmachung mit den deutschen Monopolherren und Generalen über einen gemeinsamen Krieg gegen die Helden von Stalingrad. Diesen Plänen war keine Verwirklichung beschieden, aber das hing nicht mehr von Churchill ab.

Die Kette der von Churchill verübten und weltbekannt gewordenen Verrätereien wird immer länger. Im Frühjahr 1949 wurde es ruchbar und durch Dokumente erhärtet, daß er während der Kriegsjahre auch Frankreich, einen Alliierten Englands, verraten und verschachert hat, indem er dem spanischen Caudillo, der Hitlerkreatur Franco, die französischen Besitzungen in Nordafrika versprach. Die von Macmillan in Straßburg

veröffentlichte geheime Denkschrift ist der Gipfel politischer Doppelzüngigkeit und Wortbrüchigkeit: sie veranschaulicht den niederträchtigsten Verrat Churchills nicht nur an der Sowjetunion, sondern auch an dem englischen Volk, das Churchill schon damals in einen Bruderkrieg gegen das Sowjetvolk verstricken wollte.

Der in Straßburg ersichtlich gewordene neue Gipfel der Verräterei Churchills ist auch darum besonders beachtlich, weil der alte politische Bankrotteur auf diesem Gipfel durchaus nicht allein steht. Seine Programmrede über die „Vereinigten Staaten von Europa“ fand in Straßburg lärmvollen Beifall bei Paul Reynaud, Paul-Henri Spaak, Bidault und Guy Mollet, Camon de Valera und Ferruccio Parri, ferner bei ein paar Dutzend anderen rechtssozialistischen, konservativen und liberalen „alleuropäischen Parlamentariern“ aus England und Frankreich, Holland und Dänemark, Belgien und Schweden, Norwegen und Luxemburg sowie natürlich aus Griechenland und der Türkei. Niemand von ihnen noch von den hochgestellten Politikern und approbierten Strauchrittern der Feder in Churchills Heimat und anderen westeuropäischen Ländern fand auch nur ein Wort der Verurteilung für den Verfasser der „Denkschrift“, diesen blutigen Tartüff unserer Tage, vor dessen finsternen Machenschaften die von Molière so plastisch konterfeite Figur verblaßt.

Wie könnten die Politiker des modernen Imperialismus auch Worte der Verurteilung für Churchill finden, wenn er damals, 1942, ihren eigenen Gedanken, ihrer Raubsucht und ihrer Blutgier Ausdruck verlieh, wie er dies auch jetzt, 1949, tut?! Und deshalb spendet das Diehard-Blatt „Yorkshire Post“ Churchill dafür Beifall, daß er „schon vor sieben Jahren mit Recht im Europäischen Rat ein taugliches Instrument“ zum Kampf gegen die Sowjetunion „gesehen hat“. Deshalb solidarisiert sich mit Churchill nicht nur der konservative „Spectator“, sondern auch die links-labouristische Zeitschrift „Tribune“, die unisono mit diesem Kriegsbrandstifter über „russische Barbarei“ brüllt.

Schon allein aus diesen Beispielen erhellt, daß Tartüffs Blut- und Schmutzmetier keineswegs ein Monopol Winston Churchills bildet; er hat es in diesem Metier nur zu besonderer Kunstfertigkeit gebracht. Je sympathischer und lieber er den Herren der kapitalistischen Welt ist, desto abstoßender und verächtlicher ist er den hunderten Millionen von Werktätigen in allen Ländern der Welt.

In den Ländern der Volksdemokratie

Erfolge und Schwierigkeiten der ungarischen Demokratie

In Ungarn wurden Angaben über die Erfüllung des Volkswirtschaftsplans während der ersten sechs Monate dieses Jahres veröffentlicht. Die Industrie hat das Halbjahressoll zu 103,5 Prozent erfüllt, wobei der Produktionsumfang gegenüber der ersten Hälfte des Jahres 1948 um 27,1 Prozent zugenommen hat. Die Anzahl der Arbeiter sowie der in der Industrie und bei Bauarbeiten beschäftigten Angestellten hat sich binnen sechs Monaten um 100 000 erhöht.

Seit dem 1. September sind die Brotmarken abgeschafft, während der frühere Brotpreis beibehalten wurde. Somit ist der Lebensmittellrationierung in der Republik ein Ende gesetzt.

Das sind einige Tatsachen und Zahlen, die die ernst zu nehmenden Erfolge der ungarischen Demokratie auf dem Gebiet der Volkswirtschaft veranschaulichen. Diese Erfolge waren ein Ergebnis des Arbeitseinsatzes im Lande sowie der Hingabe der werktätigen Massen und vor allem der Arbeiterklasse an die neue Staatsordnung der Volksdemokratie. Es genügt festzustellen, daß allein binnen 7—8 Monaten dieses Jahres von ungarischen Arbeitern über 11 000 Rationalisierungs- und Neuerungsvorschläge gemacht worden sind, deren bereits 6265 in die Tat umgesetzt wurden, wodurch der Staat 130 Millionen Forint erspart.

Bedeutet dies, daß die Entwicklung der Volkswirtschaft in Ungarn ohne jegliche Schwierigkeiten verläuft? Selbstverständlich nicht. Hiervon zeugen Tatsachen, über die István Kovács, Sekretär des Großbudapester Komitees der Ungarischen Partei der Werktätigen, am 31. August in einer Vollversammlung des Parteikomitees berichtete.

Kovács sprach über Fälle von Schlendrian und Verstößen gegen die Arbeitsdisziplin, über die nicht immer wohldurchdachte Aufstellung des Arbeitssolls, über die Mängel der Aufklärungsarbeit in manchen Betrieben und über Fehler, die bei der Arbeitsorganisierung bisweilen begangen werden.

Kovács' Bericht wurde in der ungarischen Presse veröffentlicht. Die Partei der Werktätigen scheut sich nicht, über die bei jeder Vorwärtsbewegung unvermeidlichen Schwierigkeiten zu sprechen. Gerade weil sie das Vertrauen des Volks genießt und selber an dessen Kräfte glaubt, fürchtet sie weder Kritik noch Selbstkritik.

Offene Erörterung der Schwierigkeiten und der dem Lande gestellten Aufgaben ist ein Kennzeichen der Stärke der Volksdemokratie. Auf der diesjährigen Konferenz der Ungarischen Partei der Werktätigen hat deren Generalsekretär Mathias Rákosi mit gutem Grund erklärt, daß die Partei die ihr von der Geschichte gestellten Aufgaben erfolgreich gelöst hat. Man braucht nicht daran zu zweifeln, daß sie auch jetzt den Willen und die Kräfte des Volks zu jener Steigerung der Arbeitsproduktivität, von der Ungarns weitere Erfolge abhängen, aufzubieten imstande sein wird.

Hierbei die entscheidende Rolle zu spielen, sind die kommunistisch organisierten Arbeiter berufen, die die Plenartagung des Großbudapester Parteikomitees ermahnt hat, durch Stoßarbeit und Produktionserrungen im Kampf und in der Arbeit mit gutem Beispiel voranzugehen. Die Praxis hat schon bewiesen, daß die Kräfte der ungarischen Arbeiterklasse groß sind. Dank ihr hat das neue Ungarn, dem Tempo seiner Industrieentwicklung nach, die marshallisierten Länder Europas schon weit überholt. Der Vorkriegsstand der Industrieproduktion wurde Mitte 1949 um 24,4 Prozent überschritten. Der Lebensstandard der Werktätigen ist erheblich gestiegen.

Die ungarischen Pressestimmen zu den Beschlüssen des Großbudapester Parteikomitees geben den festen Zuversicht Ausdruck, daß das Land, den boshaften Prophezeiungen der imperialistischen Kassandren zum Trotz, den ihm gestellten Aufgaben des sozialistischen Aufbaus gewachsen sein wird.

Die provisorischen Ausschüsse der Volksräte in Rumänien

Nach der Gründung erster provisorischer Ausschüsse der Volksräte in Rumänien ist fast ein halbes Jahr vergangen.

Bis zu den bevorstehenden Volksrätewahlen üben diese Körperschaften zeitweilig die lokale Staatsgewalt in der Stadt, im Kreis, im Amtsbezirk und im Dorf aus. Gebildet aus den besten Vertretern des Volks — Arbeitern, werktätigen Bauern und vorgeschrittenen Geistesschaffenden —, gewinnen sie durch ihre Tätigkeit stets größeres Ansehen und werden für die breiten Massen der Werktätigen zu einer wirklichen Schule der Staatsverwaltung.

Teohari Georgescu, Sekretär des Zentralkomitees der rumänischen Arbeiterpartei, gab folgende charakteristische Beschreibung der Zustände des alten Rumänien:

„Die gesamte lokale Staatsmacht lag in den Händen der von der Regierung und den Ministern ernannten Beamten. Präfekten, Primare, Prätores — all das waren Beamte, die, unabhängig vom Volk und ohne dem Volk für ihre Maßnahmen Rechenschaft abzulegen, das Volk regierten... Das war ein äußerst bürokratischer Apparat. Selbst mit den elementarsten Fragen wie Schule und Wasserleitung mußten sich die Bauern nach Bukarest wenden. Die Landwirtschafts-, Finanz-, Sanitäts- und sonstigen Kreisinstanzen ihrerseits waren von den Präfekten oder Prätores unabhängig. Sie alle regierten das Volk, aber niemand legte diesem Rechenschaft ab, niemand brachte dessen Willen zum Ausdruck...“

Im Lichte dieser Tatsachen der unfernen Vergangenheit ist es klar, welch gewaltige revolutionäre Bedeutung die Organisierung der Volksräte bzw. (vor den allgemeinen Wahlen) die der provisorischen Ausschüsse hat.

Die fast halbjährige Praxis dieser Ausschüsse zeugt von der ungewöhnlichen Mannigfaltigkeit ihrer Funktionen, von dem großen Ausmaß ihrer Tätigkeit, von ihrer engen Verbundenheit mit den Massen und ihrem Wissen um deren Bedürfnisse und Ansprüche.

Der provisorische städtische Ausschuß des Volksrats in dem Kohlengrubenzentrum Petrosani, der um die Versorgung der Kumpel bemüht ist, hat bewirkt, daß Obst, Gemüse, Fleisch und Brot aus entlegenen Bezirken herangeschafft und jetzt in der Stadt zu ermäßigten Preisen verkauft werden. In der Stadt Vatra Dornei wurden auf Anregung des provisorischen Ausschusses

Staatsläden und -restaurants eröffnet. Elf neue Gesundheitsfürsorgestellen und Entbindungsheime sind in dem Kreis Satu Mare entstanden.

Eine Geißel der Bevölkerung des am Nordufer der Donau gelegenen Kreises Vlaşca war die Malaria. Jetzt hat der provisorische Kreisausschuß einen erfolgreichen Kampf für die Beseitigung der Malaria Brutstätten entfaltet. Mit Hilfe des Staats haben bäuerliche Arbeitsbrigaden binnen kurzem 4400 Hektar Boden trockengelegt. In einem Kurort im Kreise Sibiu werden vom provisorischen Ausschuß Erholungsheime geschaffen. Auf Vorschlag des provisorischen Kreisausschusses wurde in der Stadt Vaslui eine Seifensiederei gebaut. In den Kreisen Dolj, Gorj, Neamţu und Caraş wurden Schulen, Kulturheime und Badeanstalten errichtet. In der Stadt Dorohoi wurde eine Ziegelei gebaut und Material zum Bau von Grundschulen und einer Gesundheitsfürsorgestelle des Kreises beschafft.

Als Körperschaften der Volksmacht entlarven die provisorischen Ausschüsse die reaktionären Elemente und helfen dem Staat, die Wühltätigkeit des Großbauerntums zu unterbinden. So hat der provisorische Ausschuß im Kreis Brăila die Entlassung der Finanzbeamten durchgesetzt, von denen die Großbauern begünstigt wurden; so hat der Bezirksausschuß in Băceşti-Roman Maßnahmen gegen die Großbauern ergriffen, von denen die Landarbeiten sabotiert worden waren.

Die Tätigkeit der provisorischen Ausschüsse der Volksräte ist ein ernstlicher Faktor im Kampf der rumänischen Demokratie um die Schaffung der Grundlagen des Sozialismus.

Internationale Umschau

(Notizen)

DIE VÖLKER AMERIKAS SIND GEGEN DEN KRIEG

Dem Amerikanischen Kontinentalkongreß zum Schutz des Friedens, der vom 5. bis 11. September in Mexico City tagte, wohnten mehr als 1000 Delegierte aus 19 Ländern bei.

In Brasilien, Argentinien und anderen Ländern wurden vor Eröffnung des Kongresses Dutzende fortschrittlicher Persönlichkeiten verhaftet. Viele kanadische Kongreßdelegierte konnten nicht kommen, da die USA-Regierung ihnen kein Transitvisum ausstellte. Ein Teil der Delegierten erreichte den Kongreß auf dem Umweg über Westindien. Einige hervorragende Wissenschaftler und Künstler aus den USA mußten dem Kongreß fernbleiben. Den einen gestattete man die Ausreise nicht, die anderen bedrohte man mit Repressalien.

Aber den Ränken der Imperialisten zum Trotz trat der Kongreß in Mexico City zum festgesetzten Termin zusammen und verlief unter großer Begeisterung. Nur drei Länder von 22 — Haiti, Honduras und die Dominikanische Republik — waren nicht vertreten. Beim Kongreß lief eine Unmenge von Begrüßungsschreiben und -telegrammen ein — von fortschrittlichen Persönlichkeiten Amerikas und Europas, von internationalen und nationalen, gewerkschaftlichen und öffentlichen Organisationen aller Länder.

Die Ströme von Lüge und Verleumdung an die Adresse des Kongresses und seiner Teilnehmer, die sich aus der Presse und Agentur der Kriegsbrandstifter ergießen, verraten das Unvermögen der Wall Street und ihrer Helfershelfer, die Kämpfer für die Sache des Friedens mundtot zu machen.

Die Reden der Kongreßdelegierten — des mexikanischen Dichters Enrique Gonzales Martinez; der Vorsitzenden der Argentinischen Frauenföderation, Margarita L. De Ponce; des Vorsitzenden der Konföderation der Werktätigen Lateinamerikas, Lombardo Toledano; des kanadischen Delegierten Dr. Endicott; des Leiters der guatemalischen Delegation, Jose Fortuny; des Vorsitzenden des Hollywooder Ausschusses für Kunst und Wissenschaft, David Robison; des chilenischen Dichters Pablo Neruda und vieler anderer — waren durchdrungen von dem Bestreben, ein neues blutiges Gemetzel zum Nutzen der amerikanischen Bankiers und Industriellen nicht zuzulassen. Aus den Worten der Delegierten sprach der Wille der einfachen Menschen, die heutzutage an allen

Ecken und Enden der Erde mit lauter Stimme verlangen, daß die Bemühungen der Männer und der Frauen, der Weißen und Farbigen, der Arbeiter und Bauern, der Gelehrten und Dichter im Kampf gegen die verbrecherischen Pläne der englisch-amerikanischen Kriegsbrandstifter vereint werden.

Der Kongreß verurteilte den Nordatlantischen Vertrag und den in Rio de Janeiro unterzeichneten Panamerikanischen Pakt als Werkzeuge zur Entfesselung eines Krieges. Er brandmarkte in seinen Beschlüssen die Raubpolitik, die die Wall Street in den Ländern Lateinamerikas betreibt.

Der Amerikanische Kontinentalkongreß und seine Beschlüsse zeugen von der Aktivierung und Stärkung des Lagers der Friedenskämpfer, von der Isolierung der Kriegsbrandstifter.

EINE JUBILAUMSREDE UND DIE WIRKLICHKEIT

Am vierten Jahrestag der Unterzeichnung des Aktes über die Kapitulation Japans gab General MacArthur die nächstfällige Jubiläumserklärung ab. Diesmal tat MacArthur kund und zu wissen, daß Japan durch die amerikanische Okkupation „neu geboren“ sei: die Industrie sei wiederhergestellt; das Problem der Arbeitslosigkeit existiere nicht; in der Demokratisierung seien unglaubliche Erfolge erzielt worden...

Alle diese Behauptungen stimmen mit der Wirklichkeit ebensowenig überein wie sie neu sind. Sie kommen in den von Selbstreklame strotzenden Erklärungen, Aufrufen und Reden MacArthurs immer und immer wieder. In seiner letzten Erklärung klang jedoch auch ein etwas neuer Ton mit.

MacArthur erklärte heuchlerisch, er halte es nicht für notwendig, die kommunistische Bewegung im Lande durch Polizeimaßnahmen zu unterdrücken. Dies ist ein erzwungener Tribut an die öffentliche Meinung, die über den zügellosen Polizeiterror gegen die demokratischen Kräfte Japans entrüstet ist.

Nur zwei Tage bevor MacArthur die Jubiläumserklärung veröffentlichte, wurden die Leiter der demokratischen Agenturen Rengo Tsushin und Shinya in Tokio ergriffen und ins Gefängnis geworfen, und zwar nur deshalb, weil ihre Agenturen Meldungen über die Friedensbewegung in

ANKLAGESCHRIFT
der
UNGARISCHEN STAATSANWALTSCHAFT
in Sachen
RAJK UND KOMPLICEN

BEILAGE ZUR „NEUEN ZEIT“
Nr. 38 vom 14. September 1949

Anklageschrift der ungarischen Staatsanwaltschaft in Sachen Rajk und Komplizen

Budapest, den 11. September. (TASS.) Die ungarischen Zeitungen bringen heute die Anklageschrift in Sachen des ehemaligen ungarischen Außenministers László Rajk und seiner Komplizen, denen Verbrechen zum Sturz der demokratischen Staatsordnung in Ungarn sowie eine Reihe anderer staatsfeindlicher Verbrechen zur Last gelegt werden.

Die Anklageschrift der Staatsanwaltschaft in Budapest (Akte Nr. 851 661/2 — 1949), die vom Vorsitzenden der Staatsanwaltschaft, Dr. Gyula Alapi, unterzeichnet ist und das Datum des 6. September 1949 trägt, ist an das Budapester Volksgericht adressiert. Die Anklageschrift lautet:

An das Volksgericht

Budapest

Bei Bekanntgabe der Anklageschrift in Sachen Rajk und Komplizen, denen Verbrechen zum Sturz der demokratischen Staatsordnung sowie andere Verbrechen zur Last gelegt werden, stelle ich folgende Angaben, die die Untersuchung ergeben hat, zur Verfügung. Ich klage an:

1. László Rajk

a) des Kriegsverbrechens und des Verbrechens am Volke auf Grund von Punkt 4, § 13 der Verfügung der ungarischen Regierung Nr. 81/1945 sowie auf Grund von Punkt 5, § 10 der Verfügung der ungarischen Regierung Nr. 1440/1945, die durch Gesetz 1945. VII Gesetzeskraft erhielten;

b) des Hochverrats auf Grund von Punkt 2, § 60 des Gesetzes 1930. III und auf Grund von § 2, Absatz (3) des Gesetzes 1934. XVIII;

c) der Leitung einer den Sturz der demokratischen Staatsordnung bezweckenden Organisation auf Grund von § 1, Absatz (1) des Gesetzes 1946. VII.

2. György Pálffy

a) der Leitung einer den Sturz der demokratischen Staatsordnung bezweckenden Organisation

auf Grund von § 1, Absatz (1) des Gesetzes 1946. VII;

b) des Hochverrats auf Grund von Punkt 2, § 60, Gesetz 1930. III sowie auf Grund von § 2, Absatz (3) des Gesetzes 1934. XVIII.

3. Lazar Brankov

a) der Leitung einer den Sturz der demokratischen Staatsordnung bezweckenden Organisation auf Grund von § 1, Absatz (1) des Gesetzes 1946. VII;

b) der Beteiligung an der Anstiftung zum Mord, die auf Grund von § 1, Artikel 69 des Strafgesetzbuches und auf Grund von Artikel 278 des Strafgesetzbuches bestraft wird.

4. Dr. Tibor Szönyi

a) des Hochverrats auf Grund von Punkt 2, § 60 des Gesetzes 1930. III und auf Grund von § 2, Absatz (3) des Gesetzes 1934. XVIII;

b) der Leitung einer den Sturz der demokratischen Staatsordnung bezweckenden Organisation auf Grund von § 1, Absatz (1) des Gesetzes 1946. VII;

5. András Szalai

a) des Kriegsverbrechens auf Grund von Punkt 5, § 11 der Verfügung der ungarischen Regierung Nr. 81/1945, die durch Gesetz 1945. VII Gesetzeskraft erhielt;

b) des Hochverrats auf Grund von Punkt 3, § 60 des Gesetzes 1930. III und auf Grund von § 2, Absatz (2) des Gesetzes 1934. XVIII;

c) der Leitung einer den Sturz der demokratischen Staatsordnung bezweckenden Organisation auf Grund von § 1, Absatz (1) des Gesetzes 1946. VII.

6. Milán Ognenovics

des Hochverrats auf Grund von Punkt 3, § 60 des Gesetzes 1930. III sowie auf Grund von § 2, Absatz (2) des Gesetzes 1934. XVIII.

7. Béla Korondi

der Leitung einer den Sturz der demokratischen Staatsordnung bezweckenden Organisation auf Grund von § 1, Absatz (1) des Gesetzes 1946. VII.

8. Pál Juszusz

a) des Verbrechens, das auf Grund von Punkt 5, § 10 der Verfügung der ungarischen Regierung Nr. 1440/1945 bestraft wird und durch Gesetz 1945. VII Gesetzeskraft erhielt;

b) des Hochverrats auf Grund von Punkt 2, § 60 des Gesetzes 1930. III und auf Grund von § 2, Absatz (3) des Gesetzes 1934. XVIII;

c) ferner der Leitung einer den Sturz der demokratischen Staatsordnung bezweckenden Organisation auf Grund von § 1, Absatz (1) des Gesetzes 1946. VII, da er zusammen mit László Rajk und seinen Helfershelfern eine Organisation schuf und leitete, deren Ziel es war, die demokratische Staatsordnung zu stürzen, was auf Grund von Gesetz 1946. I bestraft wird.

I

a) László Rajk wurde 1909 in Székelyudvarhely geboren. Im Jahre 1931 wurde er wegen Verbreitung kommunistischer Flugblätter in Budapest von der Polizei verhaftet. Da Rajk sich unterschriftlich verpflichtete, ein Zuträger zu werden, wurde er mit Dazutun seines Schwagers, des Polizeihauptmanns Lajos Bokor, freigelassen. Seit jener Zeit betätigte sich Rajk, der die Universität besuchte, als Polizeizuträger und Provokateur; 1932 lieferte er Gyula Söpfli, Károly Olt und ihre Genossen an die Polizei aus, 1933 verriet er Agnes Berki, Jenő Szél und ihre Gruppen an die Polizei. Im Jahre 1934 schickte die Polizei Rajk zur Arbeit unter den Bauarbeitern. Damals bestand unter den Bauarbeitern eine starke kommunistische Organisation. Im Jahre 1935 wurden infolge der Provokation von Rajk während eines Bauarbeiterstreiks 200 Personen verhaftet.

Hiernach verschwand Rajk für einige Zeit: die Polizei hatte ihn nach der Tschechoslowakei geschickt, damit er die Auslandsverbindungen der ungarischen Kommunisten aufdecke. Als dann der Bürgerkrieg in Spanien ausbrach, erhielt Rajk von der Geheimpolizei den Auftrag, nach Spanien zu fahren und zu melden, wer von den ungarischen Kommunisten an dem Befreiungskrieg teilnehme, und nebenbei zu versuchen, in dem Rákosi-Bataillon Wühlarbeit zu leisten. Diese provokatorische Betätigung Rajks in Spanien wurde bemerkt. Eine Untersuchung wurde gegen ihn eingeleitet: es wurde ihm verboten, irgendwelche

Posten zu bekleiden, und dann wurde er aus der Partei ausgeschlossen. Vor der Niederlage im Befreiungskampf in Spanien floh Rajk nach Frankreich, wo er in den internationalen Konzentrationslagern von Saint-Cyprien, Gurs und Vernet mit jugoslawischen Auslandsspionageagenten bekannt wurde, die, wie z. B. Bebler, Kosta Nadj, Gošnjak, Maslarić, Mrazović u. a., ähnlich wie Rajk eine provokatorische Spionage- und Provokationsarbeit in Spanien und dann im Konzentrationslager leisteten.

In diesen Lagern hatten sich eine französische und eine amerikanische Spionageorganisation sowie die Gestapo festgesetzt. Bei Rajk erschien Noel H. Field, einer der Leiter der amerikanischen Spionageorganisation Office of Strategic Services (OSS) in der Schweiz, und teilte ihm mit, daß er ihm auf besondere Anweisung seiner Vorgesetzten zur Rückkehr in die Heimat verhelfen möchte. Im Konzentrationslager von Vernet langte auch eine deutsche Delegation an, deren Leiter, ein Gestapomajor, Rajk rufen ließ und ihm mitteilte, er schicke ihn zur „Arbeit“ nach Ungarn.

Nach Ungarn zurückgekehrt, meldete sich Rajk sofort bei dem früheren Chef der Politischen Polizei, Péter Hein, der unter Szállasi Polizeihauptmann geworden war. Rajk hat hierüber folgendes ausgesagt:

„Ich berichtete ihm alles, was ich in Spanien und Frankreich erfahren hatte. Hein teilte mir mit, der Gestapooffizier habe mir auf seine Bitte hin geholfen.“

Auf Heins Anweisung schickte Rajk, über dessen Geheimbetätigung in Ungarn nichts bekannt war, den Provokateur Imre Gajer in die illegale kommunistische Bewegung. Auf Grund der Informationen Gajers wurde Zoltán Schönherz, der Sekretär der Kommunistischen Partei, verhaftet und hingerichtet und Ferenc Rózsa ermordet. Um Rajk nicht der Entlarvung auszusetzen, verhaftete die Polizei auch ihn, er wurde aber nur zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Im Oktober 1944 verhafteten die pfeilkreuzlerischen Militärorgane Rajk zusammen mit anderen, und im Januar 1945 stand er vor dem Militärgericht in Sopronköhida. Der gerichtliche Ankläger, Dr. Ferenc Jánosi, sagte hierüber folgendes aus:

„Vor Gericht erzählte László Rajk, um sich zu verteidigen, daß er schon lange in Verbindung zur Polizei stehe, der er in einer Anzahl von Fällen ernstliche Dienste geleistet habe.“

In einer geschlossenen Gerichtssitzung trat László Rajks älterer Bruder, Endre Rajk, Staatssekretär der pfeilkreuzlerischen Regierung, zu seiner Verteidigung auf. Rajk wurde freigelassen, seine Sache wurde an das Zivilgericht überwiesen, das später, schon in Bayern, Rajk freisprach,

während die anderen vier in dieser Sache Angeklagten hingerichtet wurden.

Folglich war László Rajk Zuträger und Provokateur der Horthypolizei und der Gestapo: damit hat er ein Kriegsverbrechen und ein Verbrechen am Volke begangen.

b) Ende Mai 1945 kehrte László Rajk nach Ungarn zurück. Es gelang ihm, seine Vergangenheit zu verhehlen, und er begann die Rolle eines verfolgten Kommunisten zu spielen, der an den Kämpfen in Spanien teilgenommen hat. Er wurde Sekretär der Budapester Organisation der Kommunistischen Partei Ungarns, Parlamentsabgeordneter, Innenminister und später Außenminister. Selbstverständlich setzte er seine frühere Tätigkeit fort. Über diese seine Tätigkeit hat Rajk ausgesagt:

„Ich informierte amerikanische Kundschafter ständig und systematisch über alle Fragen des Innenministeriums und später des Außenministeriums.“

Der amerikanische Spionagedienst in Ungarn rückte die jugoslawischen Spione des Auslands-spähdienstes, Emissäre Titos, immer mehr in den Vordergrund. Unter niederträchtiger Ausnutzung der aufrichtigen brüderlichen Gefühle, die die ungarische Demokratie für das jugoslawische werktätige Volk hegte, schufen die diplomatischen Vertreter Titos und andere offizielle Abgesandte ab Anfang 1945, als sie in Ungarn eintrangen, auf das Unverschämteste ihr Spionagenez.

In erster Linie benutzten sie László Rajk, von dessen Arbeit in der Polizei und von dessen Vergangenheit als Spion sie Kenntnis hatten. Bereitwillig übergab Rajk dem Leiter der jugoslawischen Militärmission, Oberst Cicmil, dem jugoslawischen Gesandten Mrazović, dem zeitweiligen Geschäftsträger Jugoslawiens in Ungarn, Brankov, und vielen anderen jugoslawischen Spionen, die sich an ihn wandten, die verschiedenartigsten Informationen. Rajk übergab den jugoslawischen Spionen Geheiminformationen über die Lage in Ungarn, über die Sowjetarmee, über die Sowjetdiplomaten, über die Angaben, die ihm als Innenminister zur Verfügung standen. Er übermittelte z. B. Spionageangaben in Sachen des Komplotts von Ferenc Nagy an die jugoslawischen Spione, die sie sofort an die amerikanische Mission weiterleiteten. Er wies seinen Staatssekretär, Dr. Endre Szebenyi, an, den jugoslawischen Spionen alle Geheimangaben zur Verfügung zu stellen, die sie anfordern sollten. Auf Anweisung des jugoslawischen Spionagedienstes nahm er den Spion Sándor Cseresznyés, von dem er wußte, daß er bis dahin im englischen Spionagedienst gearbeitet hatte, als Leiter der Presseabteilung zu sich ins

Innenministerium. Cseresznyés erleichterte das Funktionieren der Verbindung zwischen Rajk und den Spionen, die in der jugoslawischen Mission tätig waren.

László Rajk als Minister und Parlamentsmitglied, d. h. als Staatsbeamter, übermittelte den ausländischen Spionen unter Mißbrauch seiner Dienstvollmachten Geheiminformationen, womit er gröblich gegen die Interessen des ungarischen Staates verstieß, er verübte Spionage und Hochverrat.

c) Die jugoslawischen Spione wurden im Zusammenhang damit in den Vordergrund gerückt, daß in dem befreiten Jugoslawien amerikanische Spione vom Schlage Rajks, jugoslawische Provokateure und Trotzlisten zur Macht gekommen waren. Unter ihnen waren rund 150 Spione, die 1941 zugleich mit Rajk von Vertretern der Gestapo aus französischen Lagern zur Spionagearbeit nach Jugoslawien geschickt wurden. Diese Spione bildeten den Hauptteil der unmittelbaren Umgebung Titos und verdrängten die ehrlichen, treuen, dem Volk ergebenen Personen — jugoslawische Partisanen — systematisch von der Macht.

Von diesem Erfolg ermutigt, stellten sich die USA-Imperialisten die Aufgabe, nicht weniger zu erreichen, als mit Hilfe der Titoleute die Länder der Volksdemokratie auf ihre Seite herüberzuziehen. Hierüber sagt Rajk aus:

„Der jugoslawische Innenminister Ranković erklärte mir ausdrücklich, daß die Länder der Volksdemokratie sich unter Jugoslawien und Tito zusammenschließen mußten.“

Zur Erreichung dieses Ziels unterstützten die jugoslawischen, amerikanischen und andere Spionageorgane Rajk mit allen Kräften. Im November 1946 unterstellte man ihm Dr. Tibor Szönyi, der auf Anweisung Allen Dulles', des Leiters der amerikanischen Spionageorganisation OSS, eine Spionagegruppe aus ungarischen trotzkistischen Emigranten in der Schweiz organisierte. Im Winter 1944/45 schickte Dulles mit Hilfe von Agenten Titos in der Schweiz und in Frankreich diese Gruppe von Spionen als jugoslawische Militärkommission auf einem amerikanischen Flugzeug über Belgrad nach Ungarn, ins Hinterland der Sowjetarmee. Die jugoslawischen Kundschafter stellten im Sommer 1946 György Pálffy, einen faschistischen Offizier aus der Horthyarmee, an Rajks Seite. Pálffy, der nach eigener Aussage im Sommer 1945 geworbener jugoslawischer Spion war, spielte den Kommunisten: nacheinander wurde er General, Chef der Grenztruppen und später stellvertretender Verteidigungsminister. Mit Hilfe dieser Komplizen schuf Rajk eine weitverzweigte Organisation. Er setzte Agenten

der Imperialisten, wo er nur konnte, auf hohe Posten, in erster Linie ehemalige Trotzlisten, Provokateure und Spione. So gelangten Béla Szász, ein aus Südafrika in die Heimat entsandter Spion des englischen Intelligence Service, und Major Frigyes, ein Agent der amerikanischen Spionageorganisation CIC, auf leitende Posten in der Polizei und im Außenministerium. László Marchall, ein Spion des französischen „2. Büros“, wurde mit der politischen Erziehung der Polizei beauftragt; die Trotzlisten Gyula Oszkó und László Mátyás wurden Polizeioberste. Rajk brachte Dr. János Beck, Károly Ráth, Ferenc Kovács, József Kalcics und andere seiner alten Spionagekumpane in die Politische Polizei. Der ehemalige Gendarmeriehauptmann Béla Korondi erhielt als Polizeioberst den Auftrag, aus ehemaligen Gendarmen und Horthyoffizieren ein Sonderbataillon beim Innenministerium zu bilden.

Zu gleicher Zeit füllte Pálffy die Honvedschaft mit Faschisten und Horthyoffizieren, Szönyi aber suchte seine Agenten im Staatsapparat, auf Wirtschaftsposten, in der Kommunistischen Partei unterzubringen. Rajk und seine Bande verdrängten systematisch die Anhänger der Demokratie, besonders Arbeiter und Bauern, aus Polizei, Armee und Staatsapparat; zu gleicher Zeit ließen sie aus den Lagern für Internierte in Ungarn eingedrungene Spione und Provokateure frei.

Auf politischem Gebiet entfalteten sie ebenfalls eine große Betriebsamkeit. Rajks Frau wurde Generalsekretärin des Ungarischen Bunds demokratischer Frauen. Durch den Staatsrat der Volkskollegien, den Rajk durch das Innenministerium weitgehend unterstützte, verbreiteten sie ihren Einfluß auf einen Teil der Studentenschaft, der Jugend. Rajk als „Ehrenbauarbeiter“ suchte seinen Einfluß durch den Bauarbeiterverband auch auf die Gewerkschaften auszudehnen. Rajk wurde Vorsitzender der Ungarisch-Jugoslawischen Gesellschaft (Magyar-Jugoszláv Társaság) usw.

Neben der Organisation Rajks schufen die Jugoslawen ihre eigene Spionageorganisation. Unter Mißbrauch des Vertrauens der ungarischen Volksdemokratie drangen sie nicht nur in die Staatsorgane, sondern auch in die politischen Parteien, Wirtschaftsinstitutionen und öffentlichen Organisationen ein. Ihre Organisationen schienen so weitverzweigt und so bedeutend, daß schon im Herbst 1947, gestützt auf Rajk und seine Bande, Kurs auf den Sturz der ungarischen Volksdemokratie genommen wurde.

Lazar Brankov, der ehemalige Geschäftsträger der jugoslawischen Mission, sagt hierüber folgendes aus:

„Unsere Spionageorganisation erfaßte allmählich alle Zweige des Staatsapparats, die Armee

und die Polizei. Dasselbe Spionagenetz dehnte sich ab 1945 auch auf die Leitung der Kommunistischen Partei Ungarns und der Sozialdemokratischen Partei sowie auf die Leitung zahlreicher öffentlicher Organisationen aus. Mit Hilfe des Spionagenetzes entfaltete die jugoslawische Regierung im Staatsapparat und in der Armee eine umfangreiche Wühlarbeit gegen die ungarische Regierung. Infolgedessen konnte der jugoslawische Innenminister Ranković gemäß Titos Plänen über das Spionagenetz konkrete Verfügungen bezüglich des Sturzes der ungarischen Regierung und des Wechsels der Staatsordnung in Ungarn geben.“

Der Vorbereitung zur Ausführung dieses Plans diente auch Titos Besuch vom Dezember 1947 in Ungarn. Dieser Besuch, der in vieler Beziehung an das Eindringen eines Eroberers in Budapest erinnerte, erfolgte nach sorgfältig vorbereiteten Plänen der jugoslawischen Führer; sein Zweck war, Titos sowie Jugoslawiens Autorität in Ungarn zu heben, da die Gruppe Rajks und ihre jugoslawischen Helfershelfer ständig versuchten, Tito künstlich zu popularisieren und die große Autorität der Sowjetunion herabzusetzen. Aus Budapest zurückkehrend, brachte Tito unter dem Vorwand eines Jagdausflugs einen Tag in Kelebić unweit der jugoslawischen Grenze zu. In seinem Zug fuhr auch Innenminister Rajk mit, der bereits vorher wiederholt mit Tito und den jugoslawischen Führern gesprochen hatte. Auf der Station Kelebić lud der jugoslawische Innenminister Ranković Rajk im Zuge Titos zu sich ein. Mit Hilfe Brankovs als Dolmetscher machte er ihm ausführliche Mitteilung über das Geleistete. Laut Rajks Aussagen sagte Ranković:

„Der Plan besteht darin, die Wachsamkeit der Regierungen der Nachbarländer unbemerkt einzuschläfern und die Länder der Volksdemokratie in den Bannkreis Jugoslawiens mit Belgrad als Zentrum einzubeziehen.“

Zur Vorbereitung hierfür dienten der sogenannte Bund der Balkangewerkschaften, Balkansportverband, Balkanverband der Jungarbeiter, Balkanfrauenverband usw., deren Zentralen sämtlich ebenfalls in Belgrad waren. Hinsichtlich der Innenpolitik in Ungarn gab Ranković Rajk folgende Anweisung:

„Orientieren Sie sich auf die nationalistischen, chauvinistischen Elemente in Armee, Polizei und Staatsapparat, auf die kleinbürgerlichen Kräfte in der Stadt und besonders im Dorf.“

Ranković übermittelte die Anweisung Titos, der zufolge Rajk Kurs auf eine Liquidierung der gegenwärtigen Führer des ungarischen Staats und der Kommunistischen Partei einschlagen und darauf die Leitung Ungarns selbst in die Hand

nehmen sollte. Rajk nahm diesen Auftrag entgegen und verstärkte seine Tätigkeit.

Ab März v. J. lagen immer mehr und mehr Tatsachen vor, die erkennen ließen, daß die jugoslawisch-amerikanischen Pläne enthüllt zu werden beginnen. Als Mitglied des Politischen Büros der Kommunistischen Partei wurde Rajk davon in Kenntnis gesetzt, daß das Informationsbüro die Absicht habe, den Verrat Titos zu enthüllen. Über diese Vorbereitungen informierte Rajk die Titoleute systematisch.

Die Veröffentlichung der Resolution der Kominform stellte die Pläne der Titoleute bloß und machte ihre Ausführung unmöglich, deshalb teilten die Titoleute mit, daß es zur Ausarbeitung einer Taktik im Zusammenhang mit der veränderten Situation notwendig sei, ein geheimes Treffen Rajks mit dem jugoslawischen Innenminister Ranković in die Wege zu leiten. Dies geheime Treffen fand Anfang Oktober v. J. bei Paks, auf den Jagdgründen des horthystischen Grundbesitzers Antal Klein, statt. Mit Hilfe Pálfiys, des Chefs der Grenztruppen, überschritt Ranković mit zwei Begleitern illegal die Grenze und traf mit Rajk zusammen, den der jugoslawische Gesandte in Budapest, Mrazović, und dessen Geliebte, die Lehrerin Tarisznyás Györgyi aus Paks, zur Stelle der Zusammenkunft geleitet hatten.

Ranković teilte Rajk einen neuen Plan mit und betonte, er sei von Tito persönlich ausgearbeitet worden, und außer ihm wüßten nur Djilas und Kardelj davon. Er sagte ihm, daß es nach dem Beschluß des Informationsbüros zur Erreichung der früheren Ziele notwendig sei, einen neuen Weg einzuschlagen. Er legte den „genialen“ Plan Titos darüber dar, wie er das jugoslawische Volk allmählich gegen die Sowjetunion aufbringen und es ins Lager der westlichen Imperialisten überführen werde und wie er gleichzeitig beabsichtige, die reaktionären Kräfte in den Ländern der Volksdemokratie zu verstärken und ihren organisatorischen Zusammenschluß sicherzustellen, ferner, wie er diese Länder auf die Seite der Imperialisten hinüberziehen und sie der Sowjetunion entgegensetzen wolle.

„Tito“, so erklärte Ranković, „stellte zur Erreichung dieses Ziels in der neuen Situation drei Aufgaben. Erstens Mobilisierung der Völker Jugoslawiens gegen die UdSSR; zweitens Verstärkung und Organisation der antisowjetischen Kräfte in den Ländern der Volksdemokratie, und drittens Ausnutzung der Meinungsverschiedenheiten zwischen der UdSSR und den Engländern und Amerikanern in internationalen Fragen. Im letztgenannten Fall sollten wir uns im Kampf gegen die Kolonialpolitik der UdSSR auf die Großmächte stützen. ... Tito löste dies Problem genial, indem

er einen Plan ausarbeitete, demzufolge es möglich sein soll, allmählich die sowjetfreundlichen Stimmungen des jugoslawischen Volkes zu liquidieren.“

Diesen Plan darlegend, sagte Rajk aus:

„Die Hauptprinzipien dieses genialen Plans waren, wie mir Ranković mitteilte, folgende: Erst werde man die Beschlüsse der Kominform kritisieren, dann werde man diese Beschlüsse als Verleumdung qualifizieren, zu dieser Zeit aber werde man sich noch keine Kritik an der UdSSR und ihren Führern erlauben. Im Gegenteil, in dieser Zeit werde man Freundschaft zur Sowjetunion proklamieren. ... „Dann“, so fuhr er fort, „werden wir allmählich, aber immer entschiedener davon zu sprechen beginnen, daß die UdSSR die Verantwortung dafür trägt, daß es unmöglich ist, den Fünfjahrplan in Jugoslawien und in diesem Zusammenhang auch die Pläne für den sozialistischen Aufbau zu erfüllen, besonders aber die Verantwortung dafür, daß es unmöglich ist, unser gegebenes Versprechen einzulösen, den Wohlstand der Volksmassen zu heben. ... Diese Propaganda wird unbedingt sehr wirkungsvoll sein“, so erklärte Ranković. „Mit ihrer Hilfe werden sich die freundschaftlichen Gefühle unseres Volkes für die UdSSR in Haß verwandeln. ... Nach Titos Berechnungen“, so sagte Ranković, „soll diese Propaganda den Weg zur Rechtfertigung der Orientierung Titos auf die Westmächte statt einer Orientierung auf die UdSSR ebnen.“

Im Hinblick auf Ungarn erklärte Ranković Rajk, Tito werde

„in allernächster Zeit eine scharfe Kampagne gegen die Führer der ungarischen Regierung und des ungarischen Staates beginnen. Rákosi werde des Revisionismus sowie dessen beschuldigt werden, daß unter seiner Leitung die ungarische Regierung beabsichtige, Territorien mit ungarischer Bevölkerung von Jugoslawien loszureißen. Nachdem hierdurch Gegensätze zwischen dem jugoslawischen und dem ungarischen Volk entstanden sein würden, werde diese Frage im entsprechenden Moment im Parlament zur Sprache gebracht werden. Diese Operation werde von Grenzzwischenfällen begleitet sein, für die Jugoslawien die Verantwortung Ungarn auferlegen werde.“

Diese Grenzzwischenfälle sollten, laut dem von Ranković dargelegten Plan, Jugoslawien als formaler Vorwand für eine militärische Intervention gegen Ungarn, für eine bewaffnete Okkupation eines Teils des ungarischen Gebiets dienen. Diese Intervention sollte in dem Augenblick erfolgen, wo die Sowjetunion von irgendeiner internationalen Komplikation in Anspruch genommen sein würde. Ein Teil dieser militärischen Operation

sollte die Überschreitung der Grenze durch jugoslawische Truppen in ungarischer Uniform sowie der Übergang der in den englischen und amerikanischen Besatzungszonen gesammelten Gendarmen, Szállasi- und Horthyleute, ebenfalls in ungarischer Uniform, aus Jugoslawien nach Ungarn sein.

Zum Plan gehörte die „physische Austilgung“ einzelner Mitglieder der ungarischen Regierung, in erster Linie Mathias Rákosis, Mihály Farkas' und Ernő Gerős.

Den beunruhigten Rajk beschwichtigte Ranković damit, daß sie auf diesem Gebiet ja große Praxis hätten:

„Manche Feinde Titos könnten von den Methoden erzählen, mit denen Tito und er (Ranković) sich ihrer Feinde entledigt haben.“

Ranković schlug Rajk vor, mit dem Mord an führenden Ministern der ungarischen Regierung Pálffy und seine Leute in der Armee zu beauftragen.

„Sorgen Sie dafür“, so erklärte Ranković, „daß diese Morde verschieden aussehen, z. B. daß dem einen ein Unglücksfall zustößt, daß ein anderer Selbstmord begeht, daß ein dritter plötzlich einer Krankheit erliegt, oder aber erschießen Sie sie in ihren Wohnungen und geben Sie später entsprechende Erklärungen ab, z. B. sie seien bei einem Fluchtversuch erschossen worden.“

Zum Schluß teilte Ranković Titos Anweisungen und Bedingungen mit:

„Die jugoslawische Hilfe erlegt der neuen ungarischen Regierung natürliche Verpflichtungen Jugoslawien gegenüber auf, die nicht zu erörtern sind. Fragen der Außen- und Innenpolitik, für die ich und Anton Rob zuständig sind, sowie Fragen der Honvedschaft — alles ist mit den Interessen Jugoslawiens zu vereinbaren. Zweitens: die ungarische Industrie muß Opfer bringen zwecks Erfüllung der jugoslawischen Wirtschaftspläne.“

Ranković gab seine Pläne hinsichtlich der neuen Regierung bekannt. Ministerpräsident der neuen Regierung: László Rajk, Innenminister: Anton Rob (einer der Führer der JOBA, des jugoslawischen Spionagedienstes in Ungarn), Kriegsminister: György Pálffy, ein jugoslawischer Spion. Ranković fügte hinzu:

„Tito wird keine Einwände machen, wenn nach dem Westen geflohene Führer der Sozialdemokratischen Partei und einige Personen aus Ferenc Nagys Umgebung an der zukünftigen Regierung teilnehmen werden.“

Unter den politischen Anweisungen figurierte auch die Forderung, Rajk solle sich auf Anhänger Horthys und Szállasis, auf die katholische Reaktion und auf die Großbauern stützen, und er

solle im Zusammenhang mit den Letztgenannten das Beispiel Jugoslawiens hervorheben, „wo Tito keinen Kampf gegen die Großbauernschaft führt“. Schließlich sagte Ranković, er werde für den bewaffneten Sturz der Regierung Rajk eigene Militärsachverständige zur Verfügung stellen.

László Rajk übernahm Titos Anweisungen zur Ausführung. Bei seiner Ankunft in Budapest beauftragte er György Pálffy, eine entsprechende bewaffnete Vorbereitung innerhalb der Armee zum Sturz der Republik durchzuführen. Pálffy, der auf eigener, besonderer Linie schon von den durch Ranković übermittelten Plänen informiert war, teilte Rajk mit, er habe die Vorbereitung bereits begonnen, und machte ihm mit den Einzelheiten des Plans für die bewaffnete Aktion bekannt.

László Rajk gab auch Tibor Szönyi Anweisung, seinerseits eine Vorbereitungsarbeit durchzuführen, eine Konferenz vorzubereiten, deren Aufgabe es sein sollte, die Leitung der Ungarischen Partei der Werktätigen Rajk zu übergeben. Ranković seinerseits schickte als Diplomaten zwei gewiegte politische Mörder, zwei Henker — Jovanović und Jojkić — nach Ungarn. Er stellte ihnen die Aufgabe, die Ermordung des Staatsministers Mathias Rákosi vorzubereiten.

Alle diese Pläne wurden durch die Maßnahmen gegen die reaktionären Elemente und Spione durchkreuzt. Infolge dieser Maßnahmen wurde ein bedeutender Teil von Rajks Anhängern aus Armee, Polizei und Staatsapparat entfernt. Mitte Mai begannen die Verhaftungen der Verschwörer.

Die oben aufgezählten Tatsachen zeugen davon, daß László Rajk als Initiator einer Organisation aufgetreten ist, die den gewaltsamen Sturz des durch Gesetz I vom Jahre 1946 errichteten demokratischen Staats sowie den Sturz der Regierung der Republik bezweckte, und daß er durch Leitung dieser Organisation ein Verbrechen beging.

II

a) György Pálffy wurde 1909 geboren. Er stammt aus wohlhabender Bourgeoisfamilie. Er absolvierte die Ludwigsakademie (Académia Ludovika) und diente vor dem zweiten Weltkrieg ein Jahr in der italienischen faschistischen Armee, aus der er als überzeugter Faschist zurückkehrte. Als Offizier der Horthyarmee beteiligte er sich an der Okkupation der Ukraine, wofür ihm vom Verteidigungsministerium eine Belobigungsurkunde überreicht wurde. Wegen der Herkunft seiner Frau mußte er den Heeresdienst quittieren, und dies diente ihm als Vorwand, um Anfang 1945 als „antideutscher“ Offizier in die neue Armee

einzutreten. Im Sommer 1945 war er bereits Agent der jugoslawischen Spionageorganisation. Ebenfalls 1945 stellte er Verbindung zu László Rajk her. Bei wiederholten Unterredungen mit Rajk machte sich Pálffy mit den Zielen der staatsfeindlichen und volksfeindlichen Organisation bekannt und erklärte sich mit ihnen einverstanden. Zu Pálffys Aufgaben gehörte die militärische Leitung der Organisation. Im Einklang mit Rajk trat er in der Armee für reaktionäre, horthystische und faschistische Offiziere ein und ließ sie auf der Dienstleiter aufrücken; er setzte Leute, von denen er wußte, daß sie blind seinen niederträchtigen Zielen und Anweisungen folgten, auf wichtige leitende Posten. Im Jahre 1947 verstärkte Pálffy auf Rajks Anweisung seine Tätigkeit, er organisierte militärische Treffen und Manöver im Zusammenhang mit der Vorbereitung zum bewaffneten Komplott usw.

Durch den jugoslawischen Militärattaché in Budapest, Oberst Lozić, stellte Pálffy Verbindung mit dem jugoslawischen Oberst Nedeljković her. Die Zusammenkunft fand im November 1947 in Rom auf dem Partisanenkongreß statt, wo Nedeljković Pálffy direkte Anweisungen Titos überbrachte. Er versicherte Pálffy, Titos Ziele würden erreicht werden, da sie von den USA unterstützt würden.

Im Oktober 1948, nach der geheimen Zusammenkunft Rajks mit dem jugoslawischen Innenminister Ranković in Paks, beschleunigte Pálffy die bewaffnete Vorbereitung zum Sturz der Republik. Er arbeitete einen Plan aus, den er mit Hilfe von zehn Bataillonen für realisierbar hielt, und legte ihn schriftlich dar. Diese Bataillone sollten nach Pálffys Bestimmung die wichtigsten öffentlichen Gebäude, die Post, den Rundfunk, das Zentralkomitee der Partei sowie die Industriezentren in der Provinz besetzen. Pálffy arbeitete einen Plan zur Ermordung der Regierungsmitglieder Mathias Rákosi, Mihály Farkas und Ernő Gerő aus. Diese Aufgabe übertrug er dem ehemaligen Gendarmeriehauptmann, Polizeioberst Béla Korondi, dem er außer dem bereits von Korondi organisierten Sonderbataillon einen aus Horthyoffizieren aufgestellten Sondertruppenteil zur Verfügung zu stellen beabsichtigte. Der Plan wurde auf der Stadtkarte Großbudapests dargelegt. Dieser Plan wurde in Pálffys Dienstsafes aufbewahrt, bis Pálffy von der Verhaftung seiner Komplizen erfuhr. Mit Hilfe seiner Sekretärin Edit Rozenfeld vernichtete er die Pläne.

Somit hat György Pálffy ein Verbrechen begangen, indem er organisatorische Arbeit leistete, die auf einen gewaltsamen Sturz des durch Gesetz I von 1946 errichteten demokratischen Staates und der Republik abzielte.

b) György Pálffy war seit 1945 Agent des jugoslawischen Spionagedienstes. Dem Leiter der jugoslawischen Spionageorganisation in Ungarn, dem jugoslawischen Gesandtschaftsrat Lazar Brankov, übergab er regelmäßig Geheimdokumente und Informationen über die Armee. Beamten der militärisch-politischen Abteilung erteilte er Auftrag, Brankov auf Wunsch Angaben zu machen. Diese Spionagearbeit leistete György Pálffy für den jugoslawischen Militärattaché Oberst Lozić und nach dessen Abreise für den jugoslawischen Gesandtschaftsrat Oberst Zokajil.

György Pálffy mißbrauchte als Generalleutnant und Inspektor der Armee seine Dienststellung und übergab Vertretern eines fremden Staates Geheiminformationen über die militärische und wirtschaftliche Lage des ungarischen Staates. Damit hat er ein ernstes Verbrechen begangen und den Interessen des Landes Abbruch getan.

III

a) Lazar Brankov war der Hauptagent des jugoslawischen Innenministers Ranković in Ungarn. Anfangs war er Leiter der jugoslawischen Militärmission, dann jugoslawischer Gesandtschaftsrat, und später wurde er jugoslawischer Geschäftsträger. Vor seiner Entsendung nach Ungarn Anfang 1945 setzte der Leiter der jugoslawischen Militärmission, Oberst Obrad Cicmil, unter Berufung auf Anweisungen Titos die Aufgaben der Missionsmitglieder, wie Brankov sagte, folgendermaßen fest:

„Tito, Kardelj und Ranković rechnen damit, daß die Beamten der Mission ihren Aufenthalt in Ungarn benutzen werden, um Spionagematerial über die politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen der ungarischen Regierung zu beschaffen, und daß sie auch eine Spionagearbeit hinsichtlich der sowjetischen Truppenteile in Ungarn leisten werden. Er teilte uns mit, daß wir enge Beziehungen zu den englischen und den amerikanischen Bevollmächtigten anknüpfen und uns nicht dem Einfluß des sowjetischen Teils der Alliierten Kontrollkommission, besonders Marschall Woroschilows, aussetzen sollen.“

Im Einklang hiermit unterhielt Brankov mehrere Jahre lang Beziehungen zu Rajk, Pálffy und anderen Elementen, die gegen den ungarischen demokratischen Staat vorgingen. Er stellte die Verbindung György Pálffys mit Rajk her. Er koordinierte die Maßnahmen der Organisationen László Rajks, György Pálffys u. a. Er leitete die Spionagearbeit Anton Robs, den man auf seine Forderung hin zum Sekretär des Demokratischen Verbandes der Südslawen in Ungarn wählte und der Parlamentsabgeordneter wurde.

Brankov fungierte bei den Unterredungen Rajks mit Ranković vom Dezember 1947 in Kelebić als Dolmetscher. Ihm fiel als Vertrauensperson Titos und Ranković die Aufgabe zu, die Erfüllung der auf den Sturz der Ungarischen Republik abzielenden Pläne zu beschleunigen und die Kontrolle hierüber auszuüben. Als er nach der Veröffentlichung der Resolution der Kominform in dieser seiner Rolle auf Schwierigkeiten stieß, trat er auf direkte Anweisung Ranković gegen Tito auf, blieb, nachdem er zu dieser Frage eine öffentliche Erklärung abgegeben hatte, in Ungarn und weigerte sich, nach Jugoslawien zurückzukehren. In Wirklichkeit aber setzte er insgeheim seine Tätigkeit zum Sturz der Ungarischen Republik fort.

Auf diese Weise hat Brankov ein Verbrechen begangen, indem er die organisatorische Arbeit leitete, die auf den gewaltsamen Sturz des durch Gesetz I von 1946 errichteten demokratischen Staats und der Regierung der demokratischen Republik abzielte.

b) Lazar Brankov war in Ungarn der Leiter der offiziellen jugoslawischen Spionageorganisation. Mehr als vier Jahre erhielt er regelmäßig von László Rajk, Pálfi und einer ganzen Reihe geworbener Agenten Geheiminformationen. Die Anweisung, diese Tätigkeit auszuüben, erhielt er unmittelbar von Tito. Er war der aktivste Agent Titos.

Lazar Brankov befaßte sich während seines Aufenthalts in Ungarn ständig mit Spionage.

c) Im Sommer 1948 bestellte Lazar Brankov einen Funktionär der jugoslawischen Spionageorganisation, den Presseattaché der jugoslawischen Mission in Budapest, Živko Boarov, zu sich und teilte ihm mit, daß einer der Leiter der Jugoslawen in Ungarn, Miloš Moić, sich für die Resolution des Informationsbüros ausgesprochen habe, weshalb zu befürchten sei, daß er die Tätigkeit der Anhänger Titos in Ungarn enthüllen werde. Brankov wies Boarov an, Miloš Moić zum Verzicht auf diese Absicht zu überreden und, falls Miloš Moić auf dieser Absicht bestehen sollte, ihn zu ermorden. Danach übergab Brankov Boarov den Revolver des jugoslawischen Gesandten Mrazović, und Boarov erschoss Miloš Moić am 10. Juni 1948 nachts in seiner Wohnung durch mehrere Revolverschüsse.

Somit hat Lazar Brankov Boarov zur Ermordung Miloš Moić überredet, d. h. er hat ein Verbrechen — Anstiftung zum Mord — begangen.

IV

a) Dr. Tibor Szönyi ist 1903 geboren. Von 1930 bis 1945, d. h. bis zu seiner Rückkehr nach Ungarn als amerikanischer Spion, lebte er nur im Ausland. Im Jahre 1938 tauchte er in der Schweiz auf,

wo er während des Krieges aus dort lebenden ungarischen Emigranten eine trotzkistische Gruppe aufzog. Bald darauf stellte er Verbindungen mit Noel H. Field, einem der Führer der amerikanischen Spionageorganisation, her, dann mit dessen Vorgesetzten Allen Dulles, der europäischer Leiter der amerikanischen Spionageorganisation Office of Strategic Services war. Field spezialisierte sich auf Verbindungen mit sogenannten linken Elementen. Er stand in Beziehung zu Spionagegruppen von Emigranten verschiedener Nationalität, die sich in der Schweiz aufhielten. Auf Anweisung von Dulles stellte Tibor Szönyi Verbindung mit dem gegenwärtigen ersten jugoslawischen Gesandtschaftsrat in Bukarest, Mišo Lopar, her, der während des Krieges ein Spion Titos und der USA in der Schweiz war und ähnlich wie Szönyi für eine materielle Vergütung Spionage für Dulles betrieb. Szönyi sagt aus, daß Mišo Lopar ihm und den Mitgliedern seiner Gruppe im Dezember 1944 gefälschte Papiere ausgehändigt habe, in denen Szönyi und die Mitglieder seiner Gruppe als nach Jugoslawien fahrende Offiziere fungierten. Die jugoslawische und die amerikanische Spionageorganisation schickten Tibor Szönyi und seine Spionagegruppe aus der Schweiz nach Marseille, wo der jugoslawische Konsul in Marseille, Latinović (gegenwärtig jugoslawischer Gesandter in der Schweiz), beim Leiter der amerikanischen Spionageorganisation in Marseille vortrat und erreichte, daß der Spionagegruppe ein amerikanisches Militärflugzeug zur Verfügung gestellt wurde. Da damals der Krieg noch seinen Fortgang nahm, wurde Erlaubnis zur Verwendung eines speziellen Militärflugzeugs vom amerikanischen Oberkommando erteilt. Szönyi sagte aus, daß sie in Belgrad das Innenministerium aufsuchten, wo sie dem jugoslawischen Major Kovačević ihre Papiere vorzeigten. Der Major schickte sie in die jugoslawische Politische Polizei — Odeljenje Zaštite Naroda (OZNA) —, wo sie im Laufe mehrerer Tage Instruktionen erhielten, dann wurden sie in entsprechender Begleitung über Novi Sad und Subotica als jugoslawische Militärmission nach Szeged geschickt. In Szeged vernichtete Szönyis Gruppe auf Anweisung eines OZNA-Offiziers, des Majors Kalafatić, die jugoslawischen Papiere.

Szönyi und seine Spionenbande besetzten mit der Zeit bedeutende Positionen. Szönyi selbst wurde Leiter der Kaderabteilung der Kommunistischen Partei, was ihm die Möglichkeit gab, die mit ihm zusammen eingetroffenen amerikanischen Spione oder Personen, die Rajk zu ihm schickte, auf die entsprechenden Posten zu dirigieren. Szönyi und die von ihm untergebrachten Spione übermittelten einen Teil der Geheiminformationen

über die innerpolitische und wirtschaftliche Lage unmittelbar durch ihre Verbindungen in Budapest, ein Teil wurde durch Boten nach der Schweiz, der Spionageorganisation der USA übermittelt. Im Februar 1947 erhielt Szönyi Spezialanweisung, die amerikanischen Spione Béla Szász, György Adam und Iván Máthé auf wichtige Verwaltungsarbeit zu schicken. Im Herbst 1946 wurde Szönyi auf Allen Dulles' Anweisung hin in seiner Tätigkeit Rajk untergeordnet, dem auch seine Spionagegruppe zur Verfügung gestellt wurde.

Tibor Szönyi, der Parlamentsabgeordneter war, übergab unter Mißbrauch seiner Amtsstellung Geheiminformationen über die internationale und die wirtschaftliche Lage des ungarischen Staates Vertretern eines fremden Staates, er befaßte sich mit Spionage, d. h. er beging Verrat.

b) Tibor Szönyi wies Mitgliedern seiner Gruppe nach ihrer Rückkehr ins Heimatland im Januar 1945 verschiedene wichtigste Staats-, Verwaltungs- und Wirtschaftsposten an. So brachte er Ferenc Vági in der Presseabteilung des Premierministeriums unter, István Földi in dem Ungarisch-Sowjetischen Erdölunternehmen und später im Industrieministerium, Péter Balabán in der Redaktion des Rundfunks, György Hodos in der Planverwaltung, Dr. András Kálmán im Ministerium für Sozialversicherung, Dr. Gyula Kuti in der Medizinergewerkschaft. Bis Februar 1947 berief Szönyi alle zwei Monate regelmäßig seine Spionagegruppe zu Beratungen zusammen. Nach dem Februar 1947 sprach er aus Gründen der Konspiration mit ihnen nur unter vier Augen. Auf einer Konferenz gab er den Mitgliedern seiner Spionageorganisation Anweisung, neue Leute, solche, die Feinde der Volksdemokratie seien, in die Spionageorganisation aufzunehmen. Szönyi informierte Rajk ständig über die Arbeitsstellen der von ihm geworbenen Spione und stellte seine Organisation Rajk zur Verfügung. Rajk wiederum informierte Szönyi über seine Ziele sowie über die Direktiven, die er von Tito und Ranković erhielt. Im Frühjahr 1949 hatte Tibor Szönyi wiederholt Unterredungen mit László Rajk über den Sturz der Republik und über den gewaltsamen Machtantritt.

Somit hat Tibor Szönyi ein Verbrechen begangen, indem er organisatorische Arbeit leitete, deren Ziel der Sturz des durch Gesetz 1 von 1946 errichteten Staates und der Regierung der demokratischen Republik Ungarn war.

V

a) András Szalai wurde 1918 geboren. Im Jahre 1935 wurde er Polizeizuträger. Seither war er Provokateur bald in Jugoslawien, bald in Ungarn. Als Polizeizuträger lieferte er 1942 Mitglieder

der Leitung des Kommunistischen Jugendverbands — Endre Ságvári, László Orbán, Eva Lakos und Péter Erdős — dem Polizeispitzel Antal Juhász aus. Um seiner Entlarvung vorzubeugen, wurde er zu einer kleinen Strafe verurteilt, die er 1944 im Gefängnis von Sátorajauhely verbüßte, wo er seine Arbeit für die Polizei fortsetzte. Zu jener Zeit bereiteten ungarische und jugoslawische politische Gefangene in Sátorajauhely ihre Flucht durch Grabung eines Stollens vor. András Szalai erstattete über diesen Stollen sowie über die Einzelheiten des Fluchtplans dem Gefängnisdirektor Lindberg Anzeige. Da der Gefängnisdirektor durch den Verrat von dem Fluchtplan wußte, traf er seine Gegenmaßnahmen. Vierundsechzig Gefangene wurden ermordet oder später hingerichtet. András Szalai wurde zum Lohn für seine Meldung freigelassen.

Somit hat András Szalai ein Kriegsverbrechen begangen, indem er Komplize beim Mord oder der gesetzwidrigen Hinrichtung von 64 politischen Gefangenen war.

b) András Szalai befaßte sich längere Zeit in Ungarn mit Spionage zugunsten der jugoslawischen Spionageorganisation. Brankov hat ausgesagt:

„Szalai war für sein ganzes Leben mit Ranković und mit der UDBA (Verwaltung für Staatssicherheit) verbunden, die ihn in der Hand hatte, da sie von seinem Verrat im Gefängnis von Sátorajauhely wußte.“

András Szalai befaßte sich anfangs mit Spionage im Auftrag des jugoslawischen Majors Smiljanić, der Leiter der jugoslawischen Reparationsverwaltung war und in Ungarn arbeitete. Später wurde er an den Gesandtschaftsrat Brankov und dann an den jugoslawischen Spion Sedjanić verwiesen. Im Verlauf seiner Spionagetätigkeit beschaffte er im Auftrag Brankovs das Projekt zum Plan der Vorbereitungsarbeiten für den Grenzschutz sowie die Bemerkungen zu diesem Plan. Er übermittelte Geheiminformationen über vertrauliche Beschlüsse des Ministerrats auch zu anderen Fragen. Szalai unterhielt ebenfalls Verbindung mit dem jugoslawischen Spion Anton Rob, dem er die Vorbereitung des Gesetzes über die Nationalisierung der Werke noch vor dessen Veröffentlichung in der Presse verriet. Somit hat András Szalai Geheiminformationen über die wirtschaftliche und militärische Lage des ungarischen Staates Ausländern übergeben und damit die Interessen des Staates ernstlich gefährdet, d. h. er hat sich der Spionage und des Hochverrats schuldig gemacht.

c) András Szalai setzte als Agent der jugoslawischen Spionageorganisation Personen auf wichtige Posten im Staatsapparat, die von der Spio-

nageorganisation bestimmt waren. Im Einklang mit den Weisungen der jugoslawischen Spionageorganisation faßte er diese Leute zusammen und leitete ihre Tätigkeit. So entsandte András Szalai József Rex ins Außenministerium, und auf Anweisung Brankovs erreichte er, daß Rex im Außenministerium bleiben konnte, obwohl er stark der Spionage zugunsten Jugoslawiens verdächtigt wurde. So entsandte er den ehemaligen Polizeihauptmann und jugoslawischen Spion József Hegedüs in die Reparationsverwaltung. Szalai setzte durch, daß ein Kundschafter der jugoslawischen Spionageorganisation in Ungarn, Anton Rob, als Abgeordneter aufgestellt wurde. Im September v. J. entsandte er auf Anweisung Anton Robs den jugoslawischen Spion Milenko Kovačević in die Parteischule. Er leitete diese Spione ständig.

Somit war András Szalai einer der Leiter einer Organisation, deren Tätigkeit auf den Sturz der demokratischen Staatsordnung abzielte, die laut Gesetz 1 von 1946 errichtet wurde.

VI

Milán Ognenovics, ungarischer Staatsbürger, war seit 1945 geworbener Spion Anton Robs, des Leiters der jugoslawischen Spionageorganisation. Auf Anweisung Anton Robs stellte er Verbindung mit einem anderen Agenten der jugoslawischen Spionageorganisation — dem Sekretär der jugoslawischen Mission in Budapest, Jožef Blažic — her. Auf Anweisung Blažic' unterzeichnete Milán Ognenovics die Verpflichtung, als jugoslawischer Spion zu arbeiten. Auf Verfügung von Blažic warb er als jugoslawischer Agent Metija Kovačević, Miloš Hratikov, Jovan Gromčić und Milan Šuput an. Durch sie erhielt er Geheiminformationen innerpolitischen und anderen Charakters. Diese Angaben faßte er allmonatlich in einer Meldung zusammen und stellte sie der jugoslawischen Spionageorganisation zur Verfügung. Hierfür zahlte ihm die Spionageorganisation regelmäßige Barvergütung.

Durch seine Tätigkeit hat Ognenovics sich des Verbrechens der Spionage und des Hochverrats schuldig gemacht.

VII

Béla Korondi ist 1914 geboren. Während der Herrschaftsdauer des Horthyfaschismus diente er in der Gendarmerie im Range eines Hauptmanns. Vor der Sowjetarmee floh er nach Deutschland, von wo er auf besondere Einladung György Pálffy zurückkehrte. György Pálffy stellte ihm einen Personalausweis aus und schickte ihn im Range eines Majors in die Demokratische Armee. Da-

nach versetzte Pálffy zwecks Stärkung der Spionageorganisation László Rajk's Korondi ins Innenministerium, wo Rajk ihn zum Polizeiobersten machte. Rajk stellte Korondi die Aufgabe, aus ehemaligen Gendarmen, Offizieren der Horthyarmee, Unteroffizieren und anderem faschistischen Gesindel ein für ihn so zuverlässiges Bataillon zu organisieren, das er unbedingt für Aktionen gegen die Republik zu seiner Verfügung halten konnte. Nachdem László Rajk ihm mitgeteilt hatte, daß es sich um ein gegen die Regierung gerichtetes bewaffnetes Komplott handle, erhielt Korondi von György Pálffy Direktiven zur Ausführung des Komplottplans. Im Juli v. J. erklärte Pálffy ihm, wie Korondi aussagt, folgendes:

„Er kenne die Direktiven, die ich von Rajk erhalten habe. Er hat erklärt, daß ich die Besetzung der wichtigsten Objekte Budapests organisieren soll. Weiter hat er erklärt, daß ich auf ein Sonderregiment rechnen kann, das er organisiert hat und das aus zuverlässigen Horthyoffizieren besteht. Pálffy hat mir gesagt, daß ich den Aufenthaltsort der Regierungsmitglieder Mathias Rákosi, Mihály Farkas und Ernő Gerő feststellen und sie verhaften solle. Er hat erklärt, daß ich im Fall eines beliebigen Widerstandes von der Waffe Gebrauch machen solle.“

Am Schluß der Unterredung teilte Pálffy Korondi mit, daß die gewaltsame Beseitigung der Regierung unbedingt gelingen werde, da er die Unterstützung von Straforganen der jugoslawischen Streitkräfte erhalte.

Somit hat Béla Korondi sich eines Verbrechens schuldig gemacht, indem er Leiter einer Organisation war, deren Tätigkeit auf einen gewaltsamen Sturz der durch Gesetz 1 von 1946 aufgerichteten demokratischen Staatsordnung und der Regierung der demokratischen Republik abzielte.

VIII

Pál Jusztusz ist 1905 geboren. Seit 1932 war er Zuträger der ungarischen Politischen Polizei. Der Leiter der jugoslawischen Militärmission in Budapest, Oberst Obrad Cicmil, und Missionsbeamter Major Javorskij, die Jusztusz' Rolle als Polizeizuträger kannten, stellten Jusztusz in den Dienst der jugoslawischen Spionageorganisation. Als Abgeordneter der Nationalversammlung und Mitglied der Leitung der Sozialdemokratischen Partei sowie Direktor des ungarischen Rundfunks sammelte Jusztusz Geheiminformationen und übergab sie der jugoslawischen Spionageorganisation. Pál Jusztusz, der ein alter Trotzkist ist und persönliche Verbindung mit zahlreichen interna-

tionalen Trotzlisten unterhielt, übergab der jugoslawischen Spionageorganisation Geheiminformationen, hauptsächlich über die Lage in der Sozialdemokratischen Partei, in der Kommunistischen Partei und später in der Ungarischen Partei der Werktätigen. Diese Angaben übergab er einem jugoslawischen Agenten sowohl schriftlich wie mündlich.

Die Leute Titos hielten die Spionagedienste Jusstusz' für derart wichtig, daß sie in letzter Zeit den Spionen, die in der jugoslawischen Mission in Budapest arbeiten, verboten, Verbindung mit ihm aufrechtzuerhalten. Das Informationsmaterial von Jusstusz nahm stets ein Sonderbevollmächtigter Ranković in Empfang. Pál Jusstusz befaßte sich außer mit Spionage zugunsten Jugoslawiens auch mit Spionage für den Kulturattaché der französischen Mission in Budapest, Franc Gachaut. Er übermittelte Gachaut einen bedeutenden Teil des für die Jugoslawen gesammelten Materials. Besonders ausführlich gab er ihm Geheiminformationen, die er in den Sitzungen des Zentralvorstands der Sozialdemokratischen Partei und später der Ungarischen Partei der Werktätigen erhielt, sowie Geheiminformationen zu organisatorischen, verwaltungstechnischen und technischen Fragen des ungarischen Rundfunks.

Pál Jusstusz hat als Abgeordneter der Nationalversammlung und Direktor des Rundfunks Vertretern ausländischer Staaten Geheiminformationen über die internationale und die wirtschaftliche Lage des ungarischen Staates übergeben. Diese seine Handlungsweise beeinträchtigte ernstlich die Interessen des Staates. Er hat deshalb das Verbrechen der Spionage, des Hochverrats begangen.

Begründung

László Rajk und seine Komplizen schufen eine Organisation, die den Sturz der durch Verfassungsgesetz garantierten ungarischen Volksdemokratie, die Liquidierung der Unabhängigkeit Ungarns, die Versklavung des Landes durch Ausländer bezweckte. Rajk und seine Bande steckten sich das Ziel, Ungarn von dem Lager loszureißen, das den Frieden schützt, die einzige Garantie der Freiheit und des Glückes unseres Volkes, sie wollten unser Land an die imperialistische Front fesseln und es damit zu einem Satel-

iten, zu einer Marionette der Imperialisten herabwürdigen. Dieses Ziel wollten sie mit bewaffneter Unterstützung der Führer des jugoslawischen Staates, Tito, Ranković, Kardelj und Djilas, erreichen. Rajk und seine Bande wollten alle großen Errungenschaften der ungarischen Volksdemokratie vernichten, den an die Bauern verteilten Grund und Boden den Gutsbesitzern sowie die Bergwerke und Fabriken den Kapitalisten zurückgeben, die Hände des schaffenden Volkes in Ketten schmieden und die Feinde des ungarischen Volkes, die nach dem Westen geflohen sind, wieder zur Macht bringen. Die Verschwörer wollten Ungarn zu einer jugoslawischen Kolonie, zu einer Kolonie Titos machen, der mit seiner Bande aus dem Lager des Sozialismus und der Demokratie ins Lager des Auslandskapitals und der Reaktion desertiert ist und somit Jugoslawien zu einem Vasallen der Imperialisten gemacht hat. Hinter den Plänen Rajks und seiner Komplizen stand der amerikanische Imperialismus, der in den Besatzungszonen Deutschlands und Österreichs schon seine Kettenhunde — ehemalige pfeilkreuzlerische, faschistische und horthystische Offiziere sowie ehemalige Gendarmen — zusammengeholt hat, die darauf rechnen, wieder wie 1944 das schaffende Volk Ungarns in Blut zu ertränken und — diesmal nicht im Interesse des deutschen Faschismus, sondern des amerikanischen Imperialismus — Ungarn erneut zu verkaufen und damit alle Errungenschaften unserer Befreiung und Wiedergeburt zunichte zu machen.

László Rajk und seine Helfershelfer fürchteten sich nicht, zwecks Erreichung dieser verbrecherischen, niederträchtigen Ziele zu beliebigen Gemeinheiten zu greifen. Die Anklage ist durch das Geständnis der Angeklagten, durch die den Akten beigefügten Materialien, die auf dem Prozeß zur Kenntnis gelangen werden, sowie durch Bemerkungen bewiesen. Die Anklage stützt sich in allem auf die Aussagen von Zeugen, über deren Verhör ich in der Anklageschrift Vorschlag gemacht habe. Es liegen keinerlei Angaben vor, die darauf schließen lassen, daß die Angeklagten ihre Verbrechen in unzurechnungsfähigem Zustand begangen hätten, ebensowenig wie Gründe, die die Möglichkeit einer Prozeßführung und einer Bestrafung der Angeklagten ausschließen. Deshalb hat die gegen sie erhobene Anklage Gesetzeskraft.

verschiedenen Ländern verbreitet hatten. Kurz vorher verhaftete die Polizei in Osaka etwa 200 Personen, da sie es gewagt hatten, ihre Unzufriedenheit über den Terror der Behörden zu äußern. Am 1. August verübten Polizisten in Tokio einen bewaffneten Überfall auf die Redaktion der kommunistischen Zeitung „Akahata“. Nach wie vor sind demokratische Persönlichkeiten in Japan Verhaftungen, Mißhandlungen und grausamen Folterungen ausgesetzt.

Die japanische Reaktion weiß, was von den demagogischen Reden MacArthurs zu halten ist. Schon am 3. September sprach Masagi Kageyama, ein Rädelsführer der japanischen Faschisten, die Hoffnung aus, MacArthur werde etwa 500 in Japan bestehenden ultranationalistischen Gruppen und Grüppchen die Möglichkeit geben, „ihre Kräfte in einer mächtigen Organisation zusammenzuschließen“.

Kageyama, ein Kriegsverbrecher, der dank der Gnade MacArthurs der Anklagebank entgangen ist, steht einer der aktivsten faschistischen Organisationen, Fuji Tankakai, vor. Diese Organisation gibt eine Zeitschrift heraus und betreibt offen faschistische Propaganda. Hiermit nicht zufrieden, verlangt Kageyama „Rede-, Koalitions- und Aktionsfreiheit“, d. h. nicht nur de facto, sondern auch de jure die Zuerkennung der vollen Handlungsfreiheit für die Faschisten.

In völligem Einvernehmen mit den faschistischen Banden geht auch die liebevoll von MacArthur bevormundete japanische Polizei vor. Die englische Zeitung „Sunday Times“ schreibt:

„Polizeibrutalität, Massenentlassung von Angestellten wegen ihrer politischen Auffassungen, das Sinken der Löhne und die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen unter Androhung der Arbeitslosigkeit sind Kennzeichen der faktischen japanischen ‚Demokratie‘ im vierten Jahr der Okkupation.“

Die Industrie Japans, die nach MacArthurs Worten bereits wiederhergestellt ist, hat in Wirklichkeit nicht einmal die Hälfte ihres Vorkriegsumfanges erreicht. Die Arbeitslosigkeit wächst unaufhörlich an.

Die Zeitung „Kobe Shimbun“ schreibt:

„Mengen von Menschen, die infolge der Entlassungen ihre Arbeit verloren haben, belagern die Arbeitsämter mit Rufen: ‚Gebt uns Arbeit!‘“

So widerlegen die unerbittlichen Tatsachen in allen Punkten die prahlerischen Jubiläumserklärungen des amerikanischen Herrschers von Japan.

DIE DRITTE SPEZIALITÄT OBERST CROCKETTS

Der Leib der Schlange wird bekanntlich in drei Teile eingeteilt: in den Kopf, den Rumpf und den Schwanz. Einem Laien aber fällt es recht

schwer festzustellen, wo der Kopf der Schlange in den Rumpf übergeht, oder an welcher Stelle der Rumpf aufhört und der Schwanz anfängt. Das fällt wohl ebenso schwer wie zu bestimmen, wo die diplomatische Tätigkeit mancher westlicher Diplomaten in die Spionagetätigkeit übergeht, wo der Spion aufhört und wo der Wegelagerer der Feder anfängt.

Als Beispiel kann der amerikanische Oberst James Crockett dienen.

Bis zum vorigen Jahr suchte Crockett, der als Gehilfe des amerikanischen Militärattachés in Moskau sein Wesen trieb, die dunklen Geschäfte zu fingern, die zum Handwerk eines Spions gehören. Im April 1948 trollte er sich heimwärts, und jetzt hat sich dem kreischenden Chor von Zeitungsköttern, die die Sowjetunion anklaffen, auch noch Oberst Crockett mit seinem heiseren Gebell zugesellt.

Wir wollen kein Rätselraten darüber anstellen, was den Obersten veranlaßt hat, zur Feder zu greifen: ob die Aussicht auf leichten Gewinn, ob der bestialische Haß gegen die Sowjetunion oder der Befehl der hohen Vorgesetzten. Wahrscheinlich waren es alle drei Faktoren. Wie dem auch sei, Crockett hat in seinem Verleumdungseifer seine Kumpane weit in den Schatten gestellt. Er macht nicht einmal den Versuch, seinem Geschreibsel auch nur halbwegs den Anstrich der Wahrscheinlichkeit zu geben. Seine Artikel sind durchweg eine Sammlung von Schimpfereien an die Adresse des Sowjetvolks. Diese Schimpfereien werden von lyrischen Seufzern unterbrochen, sobald der amerikanische Oberst Crockett auf Hitler zu sprechen kommt.

Das Gewäsch des Spions und Verleumders wird aus Amerika in ferne Länder exportiert: durch die Agentur „North American Newspaper Alliance“ geht es nach Japan, wo es in den unter Vormundschaft von MacArthurs Stab stehenden Zeitungen als Material serviert wird, das berufen sei, das japanische Volk „umzuerziehen“. In MacArthurs Laden hält Crockett verfaulte Antisowjetware feil, vor deren Geruch sich selbst die am allerwenigsten verwöhnten Kunden die Nase zuhalten.

EIN ÖKONOMISCHES MÜNCHEN DER FRANZÖSISCHEN REGIERUNG

Das französische Blatt „Ce Soir“ nennt die Beschlüsse der Regierung Queuille über die Abschaffung der Zölle und Lizenzen für manche aus dem Ausland eingeführte Waren und die Förderung ausländischer Kapitalinvestitionen in Frankreich und dessen Überseegebieten ein „ökonomisches München“.

Am Vorabend der Annahme dieser Beschlüsse drohte Paul Hoffman den marshallisierten Ländern, Amerika könne ihnen die „Hilfe“ versagen, wenn sie sich nicht zu weiteren Zugeständnissen bequemen.

Was bedeutet die nach dem Beschluß in erster Linie vorzunehmende Abschaffung der Zölle auf Waren wie Textilien, landwirtschaftliche Geräte und Maschinenanlagen für Frankreich? Sie bedeutet, daß die USA-Monopole und die von Amerikanern kontrollierten westdeutschen Kartelle auf dem französischen Markt die Herrschaft antreten werden. Infolge des „offiziellen Dumpings“ erwartet Frankreich, wie die Zeitung „Combat“ zugibt, eine Einschränkung der einheimischen Industrie, ein Zunehmen der Arbeitslosigkeit und des Elends.

Noch verhängnisvollere Folgen für die französische Wirtschaft wird der Beschluß haben, der ausländische Kapitalinvestitionen fördert. Im Einklang mit diesem Beschluß können amerikanische Kapitalisten ihre Gewinne frei in Dollars einwechseln; für den Fall einer Verstaatlichung oder für den Fall von Zerstörungen während eines Krieges werden ihnen Entschädigungen garantiert. Im Grunde hat die französische Regierung die Politik der „offenen Türen“ für die USA-Monopole angenommen.

Schon kaufen amerikanische Banken Wertpapiere auf der Pariser Börse an. Fünf amerikanische Großbanken, darunter die Chase National Bank, stehen, wie die Agentur France Presse meldet, in Verhandlungen mit acht französischen Banken über die Gründung einer französisch-amerikanischen Korporation zur gemeinsamen Auswertung der Überseeterritorien Frankreichs.

Das französische Volk hat Gelegenheit, sich nochmals davon zu überzeugen, wie leicht es ist, die Zustimmung seiner Machthaber zur Kolonisierung Frankreichs durch die Wall Street zu kaufen.

VATIKAN GEGEN GEWERKSCHAFTEN

Neulich äußerte der Papst in Rom seine Einstellung zu den Gewerkschaften. Die arbeiterfeindlichen amerikanischen Gesetzgeber vom Schlage Tafts und Hartleys könnten Pius XII. um die verblüffende Einfachheit beneiden, mit der er dieses Problem abtat. In einem Sendschreiben an die deutschen Katholiken, das im halbamtlichen Blatt des Vatikans, „Osservatore Romano“, am 5. September veröffentlicht war, schlug der patentierte Sachwalter der Mühseligen und Beladenen vor, die Gewerkschaften als Organisationen, die der Natur und den göttlichen Vorkehrungen zuwiderliefen, überhaupt aufzulösen.

Obwohl es heißt, durch den Mund des Papstes spreche der Himmel selbst, hat der Vatikan dennoch versucht, Argumente für seinen Vorschlag anzubringen. Diese Argumente sind höchst simpel: der Klassenkampf beruhe auf einem Mißverständnis, zwischen den Interessen der kapitalistischen Blutsauger und denen ihrer Lohnsklaven bestehe keinerlei nennenswerter Gegensatz. Deshalb sei es erforderlich, den „scheinbaren (!) Kontrast zwischen Arbeit und Kapital, zwischen Unternehmern und Arbeitern“ aufzuheben, damit sich dieser scheinbare Kontrast verwandle

„in eine höhere Eintracht, d. h. in ein organisches Zusammenwirken beider Partner, das von der Natur selbst diktiert ist, in eine Einheit, die eine Zusammenarbeit dieser beiden Partner bei der Koordinierung der Berufe im Rahmen eines bestimmten Wirtschaftszweigs bedeutet“.

Nachdem Pius XII. also den „Beruf“ des kapitalistischen Ausbeuters für ebenso gottgefällig wie den des Opfers dieser Ausbeutung erklärt hat, betet er scheinheilig, es möge

„möglichst bald der Tag anbrechen, wo die Organisationen des Selbstschutzes“ (lies: die Gewerkschaften), „die bisher infolge von Unzulänglichkeiten des bestehenden Wirtschaftssystems, hauptsächlich aber infolge des Mangels an christlicher Denkungsweise, notwendig gewesen waren, zu funktionieren aufhören“.

Bekanntlich haben die Drahtzieher der kapitalistischen Welt keinerlei Ursache, mit den „Unzulänglichkeiten des bestehenden Wirtschaftssystems“ unzufrieden zu sein, da diese es ihnen gestatten, sich an dem Elend und den Leiden von Millionen ehrlicher Arbeitsmenschen märchenhaft zu bereichern. Was den „Mangel an christlicher Denkungsweise“ betrifft, mit dem der Papst den anwachsenden Kampf der Arbeiterklasse für menschenwürdige Lebensbedingungen erklärt, so suchen die Kapitalisten diesem Mangel nicht so sehr mit Gotteshilfe, wie vielmehr mit Hilfe von Polizeiknüppeln und Blutbädern abzuwehren. Man kann sich vorstellen, wie sich der Eifer der Buben Jules Moch und Scelbas steigern wird, wenn sie erst erfahren, daß der Vatikan sie als Vollstrecker der „christlichen Denkungsweise“ ansieht!

Früher pflegte man zu sagen: Man soll nicht päpstlicher sein als der Papst. Jetzt haben sich die Zeiten geändert, und der Vatikan, der Mussolinis faschistisch-korporatives Gefasel aus der Mottenkiste hervorgeholt hat, richtet sich in allen Dingen nach dem amerikanischen Kapital, bemüht, ihm in seinem Kampf gegen die Arbeiterbewegung zu helfen.

WETTRENNEN UM DEN FRANCOPREIS

Am 5. September langte König Abdullah von Transjordanien zu einer Zusammenkunft mit Franco in Spanien an. Das Zusammentreffen von

Hitlers früherem Statthalter in Madrid mit dem heutigen Statthalter der englischen Labourregierung in Amman war von beiderseitigen lyrischen Ergüssen begleitet.

In London stellen sich die offiziellen Persönlichkeiten, als hätten sie mit Abdullahs Reise nicht das geringste zu schaffen. Der „Manchester Guardian“ versichert, Bevins Amt habe erfolglos versucht, Abdullah von der Reise zu Franco abzubringen, der arabische König aber sei ungehorsam gewesen.

Diesem Märchen wird wohl kaum jemand Glauben schenken. Die Zeiten ungehorsamer Könige sind längst vorbei. Was Abdullah betrifft, so ist wohl bekannt, daß er gänzlich von der englischen Regierung ausgehalten wird und ohne ihr Wissen und Wollen keinen Schritt tun kann.

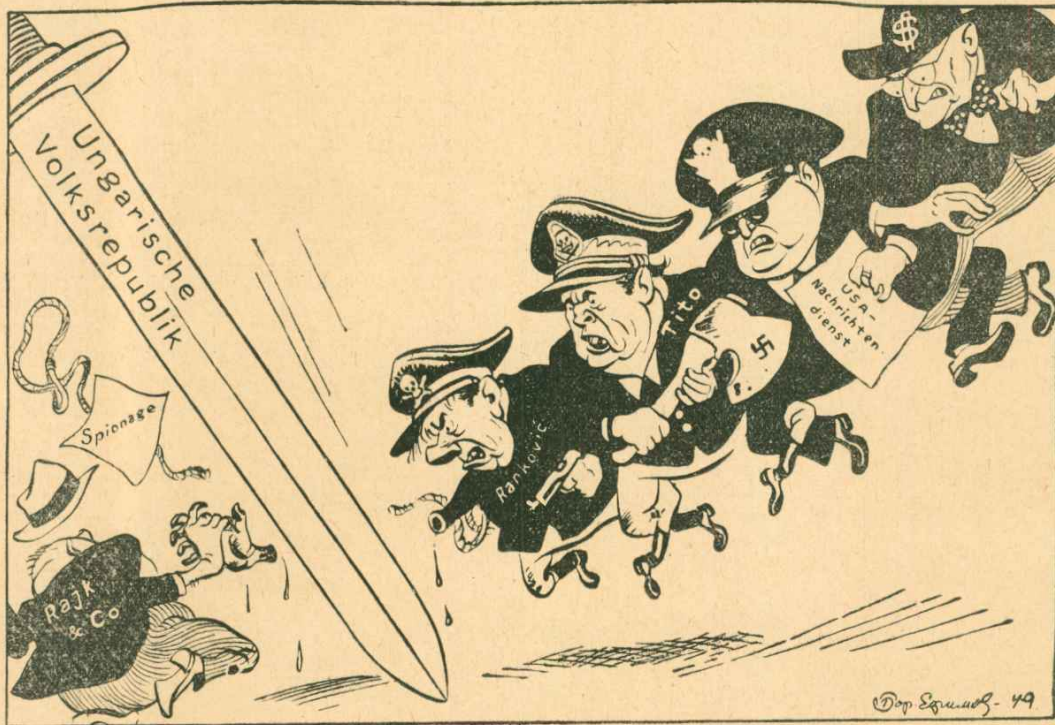
Der Londoner Korrespondent der ägyptischen Zeitung „Saut-al-Umma“ entlarvt diese plumpe

diplomatische Mache, er teilt mit, Abdullah sei „auf Wunsch der englischen Regierung“ nach Spanien gefahren. Der Korrespondent fährt fort:

„England bezweckt folgendes: erstens wünscht es den Abschluß eines antikommunistischen Pakts zwischen Abdullah und Franco. Zweitens wünscht es mit Hilfe dieses Pakts und durch Verbesserung der Beziehungen zwischen Francospanien und den arabischen Ländern dem amerikanischen Einfluß, der sich rasch im Nahen Osten und in Spanien ausbreitet, Widerstand zu leisten.“

In Francos Umgebung macht man kein Hehl daraus, daß er bereit ist, in die ihm von den Labourleuten hingestreckte Hand einzuschlagen, jedoch unter der Bedingung, daß England und die arabischen Länder ihm helfen, in die UNO einzudringen. Laut Meldung des Madrider Korrespondenten der Agentur France Presse ist Abdullah bevollmächtigt, mit Franco auch diese heikle Frage zu erörtern.

EINE DURCHHAUENE KETTE



Zeichnung von BORIS JEFIMOW.

Franco macht sich nicht von ungefähr dem Labouremissär gegenüber kostbar. In letzter Zeit sind Francos Aktien an der Börse der Kriegsbrandstifter merklich gestiegen. Ihm eilt man nicht nur aus London, sondern auch aus Washington zu. Fast gleichzeitig mit Abdullah traf Admiral Conolly, der Befehlshaber der USA-Flotte im östlichen Atlantik und Mittelmeer, in Spanien ein.

Nach ihm machte sich eine Gruppe amerikanischer Kongreßleute eiligst nach Madrid auf.

Einer von ihnen, Murphy, erklärte Pressevertretern, die Reise hänge mit der Erörterung der Frage einer Anleihe an Franco zusammen „in Anbetracht der strategischen Lage Spaniens im Falle eines Krieges“.

Wen London seinem Emissär Abdullah zu Hilfe schicken wird, ist vorläufig noch unbekannt. Man kann aber schon jetzt sagen, daß das englisch-amerikanische Wettrennen um das Recht, die Tore der UNO vor Franco aufzutun, recht lebhaft zu werden verspricht.

Die Yankees in Europa

(Notizen eines Journalisten)

K. ROSHKOW

DAS AUGUSTWETTER in London war dieses Jahr herrlich. Sonnig und doch nicht heiß, hob es mit seinen hellen Wölkchen und den leichten Morgennebeln das Grau auf, das die Stadt sonst in den verschiedensten Tönungen umhüllt, und tauchte sie in ein liches Rosa, wie man es von den Landschaftsbildern der englischen Maler her kennt.

An einem dieser Tage standen wir an der Ecke der Victoria Street unmittelbar gegenüber der Westminsterabtei und wollten gerade die Straße überqueren. Neben uns waren zwei Amerikaner stehengeblieben. Man konnte sie leicht erkennen: an ihrer Art zu sprechen, an den hellblauen Hosen, den orangefarbenen Schuhen und den bunten Krawatten mit ihrem Muster aus Pferdeköpfen, Hufeisen und durch Reifen springenden Hunden. Bei ihrem Anblick fiel uns der in London verbreitete Scherz über zwei Amerikaner ein, die einmal vor die Westminsterabtei kamen.

„Ganz nettes Ding“, sagte der eine und deutete auf die Abtei.

„Nicht übel“, erwiderte der andere. „Wenn die Engländer endgültig Pleite machen, tauschen wir's gegen irgendwas ein und schaffen's in die Staaten.“

Wir bezogen diesen Scherz natürlich nicht unmittelbar auf die beiden amerikanischen Burschen, denen wir hier an der Ecke der Victoria Street begegnet waren. Zuzugeben ist jedoch, daß die Londoner in letzter Zeit die Möglichkeit hatten, Sitten und Geschmack der Gäste aus Übersee gut

kennenzulernen, so daß der Scherz wohl kein Zufall ist.

In den letzten Jahren vollzog sich eine in ihrem Maßstab nie dagewesene, sozusagen ideologische Expansion der USA nach Europa. Neben Fleischkonserven und Eipulver ergoß sich aus den USA ein Strom von pseudowissenschaftlichen Ideen, von reaktionärer Schundliteratur und obszönen Gangsterfilmen in die westeuropäischen Länder. Diese psychologische Attacke wird vom Hexentanz der sowjetfeindlichen Kriegshysterie begleitet. In England ist die ideologische „Invasion“ der Amerikaner besonders deutlich zu bemerken. Dazu trägt in starkem Maße die Gemeinsamkeit der Sprache bei.

Der Schwerpunkt des Angriffs ist gegen die Literatur gerichtet. Ein beliebiger Buchladen in London erinnert an die Filiale eines amerikanischen Verlags.

Auf der Suche nach einem bestimmten Buch betreten wir einmal einen Buchladen auf der Charing Cross Road. Diese Straße ist in London eine Art Mittelpunkt des Buchhandels. Im Laden waren wenig Leute, und so kamen wir mit dem Verkäufer ins Gespräch. Als er hörte, daß wir uns für englische Autoren interessieren, war er erfreut. Wir fragten ihn, was jetzt am meisten gekauft werde, und als Antwort deutete er auf einen Schaukasten, in dem die sogenannten „bestsellers“ prangten, d. h. die zugkräftigsten Bücher oder vielmehr Bücher, die am meisten angepriesen und dem Leser am eindringlichsten empfohlen

werden. Ausgestellt waren nur Bücher amerikanischer Verleger. Schutzumschläge in knalligen Farben. Schreiende Titel. An erster Stelle sah man den historisch-pornographischen Roman von Kathleen Winsor „Stets Deine Amber“.

Daneben standen „Rendezvous heute abend“, „Mister Adam“, „Küsse, die gelten“, „Wie mache ich die Bekanntschaft einer Frau“, „Die Liebe, eine Kunst“, „Wie gewinne ich Freunde und Einfluß auf andere“, „Liebe zu dritt“ und — ein vielbändiger Wälzer von Upton Sinclair.

Die Bücherausfuhr der USA nach England ist im Vergleich mit der Vorkriegszeit auf das Fünffache gestiegen und erreicht das hübsche Sümmchen von rund 25 Millionen Dollar im Jahr. Die Spalten der englischen Zeitschriften für Literatur und Kunst sind zu 80 Prozent mit Belletristik aus Übersee gefüllt.

Pornographie und Kriminalgeschichten sind aber nicht mehr der Hauptinhalt des amerikanischen Leseraßes, der dem Leser angeboten wird. Jetzt ist das Leitmotiv die Unvermeidlichkeit des Krieges. Dieses Thema wird in Erzählungen und Romanen, in Novellen und Essays, in der Publizistik und in der Dichtung in allen Tonarten abgewandelt. Mehrere Bücher dieser Art, darunter das Machwerk „Welt in Flammen. Der Russisch-Amerikanische Krieg von 1950“, das so viel Aufsehen erregte, sahen wir im Salon des Besitzers unserer Pension, Mr. Kirkham, auf dem Tisch liegen. Mr. Kirkham ist ein Mann ohne alle militaristischen Neigungen. Er dankt dem Schicksal, daß sein Haus nicht von deutschen Bomben zerstört wurde, interessiert sich vor allem für Lebensmittelpreise und ist begeisterter Besucher von Hunderennen. . .

„Ich mußte das kaufen“, sagte er mit einem Seufzer. „Vier Bücher — drei Pfund sechs Schilling. Aber lesen kann ich sie nicht. Mit einem hatte ich's versucht, da wurde ich die ganze Nacht das Alpdrücken nicht los. Am Morgen stand ich ganz zerschlagen auf. Aber wissen Sie, man hat doch öfters Besuch. Jetzt haben alle solche Bücher. Sie müssen einfach auf dem Regal stehen. Das fordert der Anstand. . .“

Der Labourabgeordnete Skeffington-Lodge äußerte seine ernste Besorgnis über die Literaturinvasion aus den USA einmal sogar im Parlament. Er sagte:

„Das ist ein richtiger Niagara an Blödsinn, Sentimentalität, billigen Zynismus und Pornographie, der dem Leser das wirkliche Amerika verbirgt. Der Hintergrund für die Fabel dieser Bücher ist Luxus, das treibende Moment für die Handlungen der Helden und Heldinnen . . . nackte Berechnung. Der Held ist der Typus eines reichen Wegelagerers, die Heldin aber trachtet fast immer danach, um jeden Preis einen Mann zu angeln.“

Die ehrenwerten Parlamentarier waren über diese Rede etwas schokiert. Wie Augenzeugen berichten, sollen sich aber einige von ihnen die pikantesten von den amerikanischen Romantiteln notiert haben.

Je mehr sich die Wirtschaftslage verschlechtert und die Abhängigkeit Englands von den USA verstärkt, um so weniger ist von einem Widerstand gegen die ideologische Expansion aus Übersee die Rede.

Allmählich werden selbst die Witzecken in den englischen Tageszeitungen amerikanisiert. Was die Kinos anbelangt, so braucht man über sie erst gar nicht zu reden. Die Geschäftsleute aus den USA haben diesen ganzen Geschäftszweig an sich gerissen. Die englische Filmkunst verliert mehr und mehr ihr Gesicht. Britische Filme wie „Schlag in der Nacht“, „Keine Orchideen für Miß Blandish“ imitieren durchaus die Produktion von Hollywood. Wie weit der Amerikanisierungsprozeß im englischen Filmwesen schon fortgeschritten ist, zeigt insbesondere der bei den Festspielen in Venedig vorgeführte Film „Blaue Lagune“, von dem es in der Presse hieß, seine englische Herkunft sei nur aus der Besetzung ersichtlich.

Die Politik der „offenen Tür“ für die amerikanischen Filme hat zum Abbau der eigenen britischen Produktion geführt. Gegen 30 Prozent aller hochqualifizierten Fachleute, die der Assoziation der Filmschaffenden angehören, sind „wegen mangelnder Beschäftigungsmöglichkeit“ entlassen worden.

In einem Gespräch mit einem englischen Regisseur, der vor dem Kriege einige gute Filme hergestellt hat, kam man auf den Film „Oliver Twist“ zu sprechen. Dieser Film hat die Besonderheit, daß er außer der Grundlinie des Sujets mit dem Roman von Dickens nichts gemein hat und dazu noch einen antisemitischen Charakter trägt. Dem Film ist der Teil des Romans zugrunde gelegt, in welchem Twist von der Räuberbande entführt wird. Hier werden alle Methoden von Hollywood angewendet: Morde, Hetzjagen, halbsbrecherische Sprünge von Dächern und so weiter und so fort. Wir wunderten uns, wie die englischen Spielleiter ein klassisches Werk der englischen Literatur zu einer so minderwertigen Kriminalgeschichte verhurzen konnten. Als Antwort sagte unser Gesprächspartner, man müsse sich eben nach dem „Geschmack des Publikums“ richten. Es war höchst bemerkenswert, welche Argumente er dabei anführte:

„Ein Film muß sich bezahlt machen. Er muß sein Publikum haben. Jetzt sind die Kinos mit amerikanischen Filmen überschwemmt, und deswegen heißt es, sich anpassen. Englische Lieder in amerikanischer Tonart. . .“

Und nicht nur englische. Ein französischer Korrespondent in London sagte uns, die französischen Schriftsteller hätten sich amerikanische Pseudonyme angeschafft, um ihre Bücher als Übersetzungen aus dem Amerikanischen erscheinen zu lassen. Die französische Literatur ist noch mehr als die englische in den Malstrom der amerikanischen Übersetzungen geraten. Allein im Jahre 1948 kam ihre Zahl an die Tausend heran. Im Konkurrenzkampf mit den amerikanischen Publikationen behaupten sich nur solche französischen Verfasser, die amerikanische Muster imitieren. Die Buchläden von Paris sind mit übelster Kitschliteratur überfüllt. Auf dem Ehrenplatz stehen hier die Bücher des Existenzialisten Boris Vian „Ich spucke auf eure Gräber“, „Alle Leichen haben die gleiche Haut“ und andere mehr. Allein die Titel dieser Bücher sagen genug. Von je 100 neuen Romanen, die in Paris erscheinen, sind 25 unverhohlene Pornographie, während 30 der sogenannten „schwarzen Literatur“ angehören, d. h. von Tod, Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit handeln. Dabei sind ungefähr ein Drittel all dieser Romane Übersetzungen aus dem Amerikanischen. Die gesamte amerikanisierte Literaturschmiererei hat einen gemeinsamen Wesenszug: erstaunliche geistige Armut der handelnden Personen und aufdringlichste Propaganda für die „amerikanische Lebensweise“, die in der Regel als ein Mischmasch von Saufgelagen, Ausschweifungen der „Jeunesse dorée“ und Verbrechen der Lynchbanden hingestellt wird.

Jedem, der eben erst nach Frankreich gekommen ist, fällt ins Auge, daß die Buchläden mit französischen Ausgaben verschiedener amerikanischer Zeitschriften vollgestopft sind. Die Franzosen sagen, jede Nummer dieser Zeitschriften sei „ein Versuch, das Bewußtsein der Franzosen zu amerikanisieren“.

Fortschrittliche Journalisten und Schriftsteller Frankreichs beklagen sich mit Bitternis und Kummer:

„In Paris kann man nicht atmen vor dem Rauch der amerikanischen Zigaretten und vor dem Gestank der amerikanischen Literatur, und nirgends kann man den Subjekten aus dem USA-Stab in Fontainebleau ausweichen...“

Besonders eifrig ist die amerikanische Propaganda bemüht, die europäische Jugend in ihren Netzen einzufangen. Kürzlich kam es zu folgendem höchst bezeichnenden Vorfall. Bei der Verteilung von Preisen „für beste Erfolge im Englischen“ an Schüler des Lyzeums „Henri IV“ erhielt

jeder Schüler mehrere Nummern der amerikanischen Boulevardzeitschrift „Omnibook“, die von einem gewissen Klub „Die Brücke“ zur Verfügung gestellt worden waren. Das geschah mit Billigung des Volksbildungsministers und des Generalinspektors. Die Zeitschrift „Pensée“ schrieb aus diesem Anlaß:

„In so frecher Weise werden die Kinder Frankreichs gezwungen, sich mit den Abfällen der amerikanischen ‚Kultur‘ zu nähren. Daß dies mit Billigung der französischen Behörden geschieht, ist ein Skandal.“

Die französische Filmindustrie ist von den Hollywooder Geschäftemachern völlig erdrosselt worden. Die Zeitungen schreiben, sie stände „am Rande des Abgrundes“ und habe faktisch „schon aufgehört zu existieren“. Ein Blick auf den Annoncenteil der französischen Zeitungen genügt, um sich davon zu überzeugen, in welchem Maße der französische Markt mit amerikanischen Filmen überschwemmt ist, und zwar vorwiegend mit alten Filmen. Ein Punkt des bekannten Abkommens Blum-Byrnes sieht vor, daß in neun von je dreizehn Wochen in den französischen Kinos USA-Filme vorgeführt werden müssen. Hollywood hat den französischen Filmmarkt mit alten Spielfilmen zu Schleuderpreisen überschwemmt und so die französischen Filme verdrängt, die da nicht mit können. So werden die USA-Filme schließlich nicht nur neun Wochen lang vorgeführt, sondern auch im Laufe der vier Wochen, die für französische Filme reserviert worden waren. Ein großer Teil der französischen Filmstudios ist außer Betrieb. Unter den Filmleuten wütet die Arbeitslosigkeit. Hollywood macht sich die Lage zunutze und holt sich die besten französischen Regisseure sowie die begabtesten Schauspieler und Schauspielerinnen hinüber. Weggefahren sind bereits die bekannten Regisseure René Clair, Jean Renoir u. a.

* * *

Das sind die äußeren Anzeichen der USA-Invasion nach Westeuropa. Die Bosse von der Wall Street haben ihre Klauen nicht nur auf die Wirtschaft, sondern auch auf das Kulturleben der westeuropäischen Länder gelegt, deren regierende Kreise die nationale Kultur aufopfern im Austausch gegen den trüben Strom der reaktionären Propaganda, die das Bewußtsein der Menschen vernebelt und bestrebt ist, die menschlichen Empfindungen in ihnen abzutöten, die Europäer in sture und gehorsame Diener des USA-Imperialismus zu verwandeln.

London—Paris, im September 1949

Siam

(Notizen eines Journalisten)

A. BJELSKI

DIE URAHNEN der jetzigen Siamesen, die Lao-Thai, lebten im 7. und 8. Jahrhundert in Südchina, in der Provinz Jünnan. Unter dem Druck chinesischer Stämme aus dem Norden begannen sich die Lao-Thai ihrerseits in südlicher Richtung zu verbreiten und siedelten sich im 14. Jahrhundert im Flußtal des Menam, dem Gebiet des jetzigen Siam, an. Die Ruinen von Ayuthia, bis 1767 die Hauptstadt Siams, legen von der ehemaligen Macht dieses monarchischen Feudalstaates Zeugnis ab. Seine Macht beruhte auf der erbarmungslosen Ausbeutung der Bevölkerung, von der man einen großen Teil bis zu den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts offiziell als Sklaven bezeichnete. Von jeher spielte in Siam die buddhistische Kirche eine große Rolle, sie ist auch bis jetzt noch im Besitz wesentlicher Positionen. So gab es 1938 in Siam 18 000 buddhistische Tempel und nahezu 200 000 Mönche. Auf je 1000 Landesbewohner kommen ein Tempel und 10 Mönche. Da es weder Ärzte noch Lehrer gibt, ist das Schul- und Gesundheitswesen bis zum heutigen Tage eine Domäne der Mönche.

Die natürlichen Hilfsquellen Siams sind reich, aber noch wenig erforscht: Zinn, Wolfram, Gold, Silber, Eisen und andere Metalle, Kautschuk, große Waldflächen mit einer selten vorkommenden Edelholzart, dem Tiekbaum, der beim Schiffsbau Verwendung findet, große Reisplantagen — all das zieht seit langem den Blick und die Gier der imperialistischen Räuber an.

Die ersten Europäer, die im 16. Jahrhundert nach Siam vordrangen, waren portugiesische Kaufleute. Im Jahre 1618, als Siam mit Birma in Fehde lag, belehrte der König von Portugal einen seiner Botschafter vor dessen Einschiffung nach Siam folgendermaßen: „Mach es beiden sich befehdenden Parteien recht, versprich einer jeden Hilfe und nimm bei jeder alles, was man nach Portugal schaffen kann.“ Die europäischen Gäste schleppten tatsächlich alles aus dem Lande, was sie nur konnten.

Einige Zeit später verschafften sich holländische und französische Missionare Eingang nach Siam. Dann entsandte Frankreich, angeblich zur „Unterstützung“ Siams, seine Expeditionstruppen dorthin. Es gelang den französischen Offizieren, die Kommandoposten in der Armee an sich zu

reißen, darunter auch den Posten des Oberbefehls. habers. Das siamesische Volk erhob sich jedoch bald gegen die Fremdlinge und vertrieb sie aus dem Lande. Das geschah in den Jahren 1688 und 1689. Seit diesem Aufstand war den Europäern der Zutritt nach Siam bis 1820 verwehrt.

Die richtige Invasion des englischen und des französischen Kapitals in dieses Land setzte Mitte des 19. Jahrhunderts ein und endete damit, daß Siam einer Reihe von Provinzen verlustig ging. Die erste englische Expedition nach Bangkok wurde 1822 ausgerüstet. Sie stand unter dem Befehl des Generalgouverneurs von Bengalen. Dieser Expedition wurde eine höchst energische Abfuhr erteilt.

Erst im Jahre 1855 gelang es England, Siam gewaltsam einen „Freundschafts- und Handelsvertrag“ aufzuzwingen. Dieser Vertrag gab den britischen Untertanen das Recht des freien Handels, des ungehinderten Verkehrs im Lande und das Recht der Konsulargerichtsbarkeit. Der Vertrag mit England leitete eine ganze Serie von ungleichen Verträgen Siams mit andern Staaten ein. Im Jahre 1856 wurden ähnliche Verträge mit Frankreich und den USA abgeschlossen, 1868 mit den Niederlanden, 1898 mit Japan und 1899 mit dem zaristischen Rußland.

Nachdem England in Singapur festen Fuß gefaßt hatte, unterwarf es sich den südlichen Teil der Halbinsel Malakka, deren Bevölkerung zu jener Zeit in Vasallenabhängigkeit vom siamesischen Königreich stand. Im Jahre 1855 kamen vier malaiische Fürstentümer, nämlich Negri Sembilan, Selangor, Perak und Pahang unter englische Kontrolle. Zwecks größerer Bequemlichkeit wurden diese Fürstentümer zu einer „Föderation“ zusammengeschlossen. Ihre Sultane erkannten das englische Protektorat an und nahmen bei sich englische Residenten auf. Später, nach dem Vertrag von 1909, mußte Siam England weitere vier malaiische Grenzfürstentümer abtreten, und zwar Trengganu, Kelantan, Kedah und Perlis, wichtigste Zentren der Zinn- und Kautschukgewinnung.

Die französischen Kolonisatoren rückten von Osten her gegen Siam vor. Im Jahre 1867 gliederte Frankreich — unter dem Vorwand der Verteidigung „geschichtlich begründeter Rechte“ des

ihm untergeordneten Annams — diesem Kolonialbesitz den östlichen Teil des Königreichs Kambodscha an, das von alters her unter dem souveränen Schutz von Siam stand.

Im Jahre 1893 zwang Frankreich Siam mit Waffengewalt zum Verzicht auf die Gebiete am rechten Ufer des Mekong sowie auf das Recht, im westlichen Teil von Kambodscha und in einer 25-Kilometer-Zone entlang der ganzen Grenze mit Französisch-Indochina Truppen und militärische Befestigungen zu haben. „Der Mekong ist auf einer Strecke von 2500 km ein französischer Fluß geworden“, erklärten die Kolonialherren mit Triumph.

England betrachtete jedoch ein weiteres französisches Vordringen in westlicher Richtung als unerwünscht und zwang Frankreich 1896, die „Unabhängigkeit Siams“ anzuerkennen. Das Königreich Siam sollte als Pufferstaat zwischen Französisch-Indochina und dem englischen Birma dienen. Die Kolonialmächte verpflichteten sich gegenseitig, nach keinen besonderen Vorrechten im Menambecken zu trachten.

Später teilten England und Frankreich, gemäß dem Abkommen von 1904, das siamesische Staatsgebiet in Einflußsphären auf: westlich vom Menam schaltete und waltete Frankreich, östlich von ihm England; Frankreich verletzte dieses Abkommen zweimal. In den Jahren 1904 und 1907 bemächtigte es sich neuer Gebiete von Siam: des am rechten Ufer liegenden östlichen Teils von Laos (Luang-Prabang) und der Westprovinzen von Kambodscha — Siemreap und Battambang sowie der Provinz Sisophon. England mußte sich damit abfinden. Was es dazu, wie auch zu einer Annäherung an Frankreich überhaupt veranlaßte, war das Auftauchen eines neuen Konkurrenten, des imperialistischen Deutschland, das die englische Einflußsphäre im Nahen Osten ernstlich bedrohte.

So kamen die Grenzen des jetzigen Siam zustande, das den Zentralteil der Halbinsel Indochina einnimmt. Eingepreßt zwischen den Kolonialbesitzungen der imperialistischen Mächte, ist Siam flächenmäßig — 518 300 qkm — fast Frankreich gleich, doch hat es nicht mehr als 18 Millionen Einwohner. Ein schmaler Streifen, nicht breiter als 150 km, erstreckt sich 1000 km weit nach Süden, bis an die Grenze von Britisch-Malaya. Der südliche Teil dieses Streifens wird im Westen von den Wellen des Indischen Ozeans bespült, im Osten von denen des Südchinesischen Meeres. Die Südküste, an der die Landeshauptstadt Bangkok liegt, bildet den Golf von Siam.

Bis zu den dreißiger Jahren unseres Jahrhunderts verfügte England in Siam über feste wirtschaftliche und politische Positionen. Es erhielt

reiche Forst- und Zinnkonzessionen und riß den Außenhandel des Landes an sich. Nahezu 80 Prozent des siamesischen Exports gingen nach England und seinen Kolonien, der Export der britischen Territorien nach Siam erreichte 67 Prozent der gesamten siamesischen Einfuhr. Der im Jahre 1895 gebildete Gesetzgebende Rat (seine Mitglieder wurden vom siamesischen König aus Vertretern des Landesadels ernannt) war eine Marionette in englischen Händen.

In den dreißiger Jahren dringen die imperialistischen Konkurrenten Großbritanniens, die USA und Japan, in Siam ein. In der gleichen Zeitspanne beginnt sich in Siam die nationale Bourgeoisie zu formieren und entsteht das Proletariat. Es bildete sich die bürgerlich-nationalistische „Volkspartei“. Ihre Führer organisierten 1932 einen Staatsstreich, der dazu führte, daß die absolute Monarchie durch eine konstitutionelle ersetzt wurde. Die Abdankung des Strohmanns der Engländer, des Königs Prajadhipok, bildete den Wendepunkt in den siamesisch-japanischen Beziehungen.

Japan, das zu jener Zeit mit der Losung des „Kampfes gegen die europäische Vorherrschaft in Asien“ spekulierte, vermochte es, viele Persönlichkeiten aus der damals eben erst organisierten Nationalistischen Partei Siams auf seine Seite zu bringen, darunter auch Pibul Songgram, den derzeitigen Ministerpräsidenten. Zu jener Zeit wurden viele englische und französische Ratgeber durch japanische ersetzt. Die Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern wurden lebhafter. Japans Anteil am siamesischen Import stieg von 3,5 Prozent im Jahre 1925 auf 30 Prozent im Jahre 1937. Japan deckte z. B. 80 Prozent des siamesischen Bedarfs an Baumwollstoffen. Dagegen tätigte es in Siam, nach einer Äußerung der siamesischen Presse, „nur rein diplomatische Einkäufe“. Die Festigung der Beziehungen zu Siam war ein Bestandteil der japanischen aggressiven Pläne zur Schaffung einer „großen ostasiatischen Sphäre gemeinsamer Prosperität“. Die Machthaber in Tokio betrachteten Siam als das Einfallstor Britisch-Malayas, Britisch-Birmas und Indiens. Im Dezember 1941, nach dem japanischen Überfall auf Pearl Harbor, schloß die siamesische Regierung ein Angriffs- und Verteidigungsbündnis mit Japan, worauf sie im Januar 1942 den USA und Großbritannien den Krieg erklärte.

Was das Verhältnis zu Siam wegen seiner Teilnahme am Krieg auf seiten Japans angeht, so ist die Einstellung Englands grundverschieden von der der USA. Darin äußern sich die englisch-amerikanischen Gegensätze in diesem Lande. England bezeichnete Siam als Feindstaat, um ihm härtere Kapitulationsbedingungen diktieren zu können, wohingegen die USA mit Siam liebäugelten und

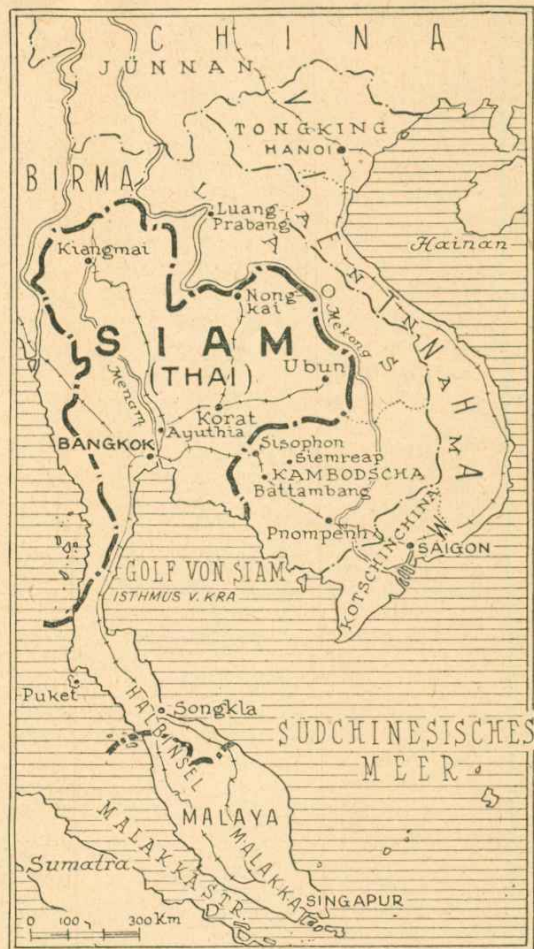
selbst die Tatsache, daß es ihnen den Krieg erklärt hatte, ignorierten: der siamesische Gesandte verblieb nach wie vor in Washington, als ob überhaupt nichts geschehen sei.

Im Jahre 1945 wurden die Forderungen Englands an Siam in einem Ultimatum niedergelegt. Dieses wurde einer siamesischen Abordnung zu einem Frühstück, das Lord Mountbatten, der damalige Befehlshaber der britischen Streitkräfte in Südostasien, eigens zu diesem Zweck veranstaltet hatte, als Überraschung präsentiert. Das Ultimatum enthielt 21 Punkte. England verlangte Monopolrechte auf das Zinn, den Kautschuk, die Waldungen und das Erdöl in Siam, das Recht, in den wichtigsten Provinzen des Landes englische Truppen zu stationieren und Marinestützpunkte anzulegen, das Recht der Kontrolle über die Schifffahrt usw. Die Annahme dieser Forderungen hätte die Umwandlung Siams in eine englische Kolonie bedeutet.

Die USA erhoben hiergegen Einspruch. Wenn die USA-Politiker in dieser Hinsicht einen Druck auf England ausübten, so war ihr Beweggrund natürlich ausschließlich der Wunsch, ihre eigenen wirtschaftlichen und politischen Positionen in Siam zu befestigen. England mußte nachgeben. Das Ultimatum wurde durch einen „Friedensvertrag“ ersetzt. Nach diesem Vertrag kam England wieder in den Vollbesitz der Rechte, die es vor dem Krieg in Siam genoß. Aber auch die USA kamen auf ihre Rechnung. Die Kontrolle über die wichtigsten siamesischen Exportartikel — Reis, Zinn, Kautschuk, Kopra und andere Waren — wird nicht von den englischen Behörden ausgeübt, sondern von einem zu diesem Zweck in Washington gebildeten besonderen englisch-amerikanischen Komitee, das bis auf den heutigen Tag funktioniert.

Von besonderem Interesse im Vertrag ist Artikel 7, laut dem sich die Regierung von Siam verpflichtet, ohne Einverständnis des Vereinigten Königreichs keinen Kanal über den Isthmus von Kra zu bauen. Zu bemerken ist, daß ein solcher Kanal den Weg vom Indischen Ozean in den Stillen Ozean um 2000 km abkürzen würde. Die englischen Monopolherren befürchten jedoch, die Einkünfte von den Zollgebühren, welche die den Kanal befahrenden Schiffe zu entrichten hätten, würden Siam zugute kommen, während die Meerenge von Malakka unter englischer Kontrolle steht und die Zollgebühren von englischen Behörden eingetrieben werden.

Laut dem Vertrag, den England Siam aufgezwungen hat, wurde in Siam die englisch-amerikanische Reiskommission (Combined Siam Rice Commission) gebildet, deren Aufgabe es ist, möglichst viel Reis aus dem Lande herauszupumpen.



Die reaktionäre siamesische Regierung hat ein staatliches Reisankaufs- und -verkaufsmopol errichtet, wobei sie sich nicht darum kümmert, daß die Bevölkerung des Landes sich heute noch mit einer Hungerration begnügen muß.

Das Reismonopol der Regierung ermöglicht es sowohl den englisch-amerikanischen Firmen als auch den siamesischen Geschäftsleuten, die Landwirtschaft Siams auszuplündern. Der Reisproduzent erhält vom Exportpreis nur ein Viertel.

Die halbfeudalen Agrarbeziehungen hemmen die landwirtschaftliche Entwicklung Siams. Der Boden wird auf die primitivste Weise bearbeitet. Es gibt sehr wenig Bauern mit eigenen Parzellen. Der beste Boden, der mit Reis bestellt wird, gehört den Mitgliedern des königlichen Hauses, dem Hofadel und den Großgrundbesitzern. Die Hauptform der Bodennutzung in Siam ist die Pacht. Im Zentralteil des Landes, der rund

60 Prozent des zum Export gelangenden Reises liefert, werden neun Zehntel des gesamten Ackerbodens von Pächtern bearbeitet. Sie müssen dem Gutsbesitzer mehr als die Hälfte des Ertrags abgeben.

Vor dem Krieg wurden aus Siam bis 1 600 000 Tonnen Reis ausgeführt. Im Jahre 1947 wurden nur 455 000 Tonnen exportiert, 1948 aber 810 000 Tonnen, von denen 219 405 Tonnen Tschiangkai-schek für die Verpflegung der Kuomintangarmee zur Verfügung gestellt wurden.

Die Gewinnung von Zinnerz, das als Ausfuhrartikel unmittelbar dem Reis folgt (23 Prozent der gesamten siamesischen Ausfuhr von 1938), liegt hauptsächlich in den Händen englischer Gesellschaften. Der Mittelpunkt der Zinnerzgewinnung ist Puket in Südsiam.

Der Kampf zwischen England und den USA um das Zinn wirkt sich nachteilig auf die Entwicklung seiner Förderung aus. So wurden im Jahre 1941 noch 17 789 Tonnen Zinn ausgeführt, während die Zinnerzausfuhr 1947 nur 1401 Tonnen ausmachte und sich 1948 auf 4420 Tonnen belief. In letzter Zeit waren von 38 vor dem Krieg funktionierenden Erzwäschern nur wenige in Betrieb. Die englischen Monopolherren hemmen die Förderung absichtlich, um die hohen Preise für das in Britisch-Malaya gewonnene Zinn aufrechtzuhalten. Als Besitzer des Weltzinnsmonopols sind sie absolut nicht geneigt, den USA Zinnerz zu niedrigen Preisen zu verkaufen. Außerdem verlangte England nach dem Krieg von der siamesischen Regierung hohe Entschädigungssummen für Verluste, die die Zinngruben angeblich während der japanischen Okkupation erlitten haben. Die Besitzer der Konzessionen erklärten, sie würden die Arbeit nicht wiederaufnehmen, bis sie die volle Entschädigungssumme erhalten hätten.

Siam hat keine eigenen Zinnschmelzbetriebe. Das einzige Werk für die Verarbeitung von Zinnerz, das die Japaner während des zweiten Weltkriegs erbaut hatten, wurde von den Engländern zu Kriegsbeute erklärt; seine Anlagen schaffte man nach Malaya. Die Verlegung dieses Betriebs wie auch die Abneigung Englands und der USA, Siam Maschinen zur Zinnerzverarbeitung zu verkaufen, zeugen von dem Streben der Imperialisten, die industrielle Entwicklung des Landes zu verhindern. Sie ziehen es vor, Siam als Quelle von strategisch wichtigen Rohstoffen, Zinn und Kautschuk, sowie von billigem Reis zu benutzen.

Das Eindringen der USA hat die Monopolstellung des englischen Imperialismus in Siam untergraben. Die Positionen der USA verstärkten sich besonders, nachdem in Siam der Militärklüngel unter Songgram an die Macht gekommen war.

Die fortschrittliche Presse hebt hervor, daß vor diesem Zeitpunkt an die Phase der proamerikanischen Orientierung begann. Die amerikanischen Geschäftsherren bezeichnen das höchst bombastisch als den Anbruch des „goldenen Zeitalters“ in Siam. Im Jahre 1947 beliefen sich die Ankäufe der USA in Siam an Reis, Zinn, Kautschuk und sonstigen Waren auf nur 27 503 000 USA-Dollar. 1948 dagegen erreichten sie schon 80 874 000 Dollar. Die Ausfuhr der USA nach Siam machte im gleichen Jahre 16 Millionen Dollar aus. Im Vergleich zum Vorkriegsstand hat sich der Handelsumsatz zwischen den USA und Siam vervielfacht.

Die siamesische Regierung hat den USA-Monopolen in der Hoffnung auf amerikanische Anleihen das Recht auf Erforschung der natürlichen Hilfsquellen des Landes abgetreten. Das Kupfermonopol Anaconda Copper Mining Co. hat einen Plan zur Erforschung aller Mineralschätze Siams ausgearbeitet. Ein anderes Monopol, General Electric Co., hat das Recht auf die Erforschung der Wasserkraftressourcen erworben, und es beabsichtigt, Wasserkraftwerke zu bauen, deren Kosten sich auf 30—50 Millionen Dollar belaufen sollen. Siam wurde Mitglied der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung sowie des Internationalen Währungsfonds. Die Regierung hat gleichzeitig die Eröffnung einer USA-Bank mit einem Kapital von 500 Millionen Dollar in Bangkok gestattet. Dieses Kapital übertrifft das Kapital aller ausländischen Banken im Lande zusammengekommen.

Vor dem Krieg gab es in Siam nur eine amerikanische Großfirma, International Engineering Co. Jetzt haben sich hier Dutzende amerikanische Firmen niedergelassen. Zu ihnen gehören: William Hunt & Co.; Moore Trading Co., Ltd.; Willis H. Bird, Inc.; Pan-American Airways; Isthmian Steamship Co. u. a. Das USA-Kapital ist stark an den einheimischen siamesischen Gesellschaften beteiligt. Solche siamesischen Firmen wie Vidhayakom Co., Ltd.; Siam General Service Co., Ltd.; Pacific Overseas Airlines Ltd.; Triangle Company, Ltd.; Semco Co., Ltd.; Thonburi Phannich Co., Ltd., und viele andere sind eigentlich nur der Form nach siamesisch.

Siam ist nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch von den USA abhängig. Im siamesischen Außenministerium spricht der amerikanische Ratgeber Patton schon vier Jahre lang in allen Angelegenheiten das entscheidende Wort.

Die durch den Staatsstreich vom 9. November 1947 ans Ruder gekommene reaktionäre Regierung Songgram ist eigentlich nur eine Marionette der USA. Sie hilft den Vereinigten Staaten und England bei der Bekämpfung der nationalen

Freiheitsbewegung in den Nachbarländern, in Malaya, Birma, Vietnam und Indonesien. Im Dezember vergangenen Jahres unterzeichnete die siamesische Regierung ein Abkommen mit England, das Siam verpflichtet, an der Unterdrückung der in Malaya und Birma kämpfenden Partisanen teilzunehmen und an die siamesisch-malaiische sowie die siamesisch-birmanische Grenze Truppen zu schicken. Laut diesem Abkommen wurde eine Gruppe von siamesischen Offizieren unter dem Obersten Virabul zur Unterweisung in der „Dschungelkampfführung“ nach Malaya geschickt. Mit ihrer Ausbildung befaßte sich der englische Oberst Grey, der seine Erfahrungen im Kampf gegen die Partisanenbewegung in Palästina gesammelt hat.

Auf Weisung Washingtons schloß die siamesische Regierung ein gleiches Abkommen mit den französischen Behörden in Indochina über den Kampf gegen die Partisanen in Vietnam.

Im vorigen Jahr wurde Siam von dem englischen Generalkommissar in Südostasien, MacDonald, und dem USA-Senator George Malone besucht. Aufgabe beider prominenten Gäste war die Koordinierung des Kampfes gegen die demokratischen Organisationen und die fortschrittlichen Kräfte. Unter höchstpersönlicher Leitung Pibul Songgram wurde eigens zur „Bekämpfung des Kommunismus“ ein sogenannter zentraler Sicherheitsausschuß mit Filialen in allen Changwats (Provinzen) gebildet. Auch wurde der Versuch unternommen, eine „Loyalitätsprüfung“ nach amerikanischem Muster durchzuführen. Laut Meldung der Zeitung „Siam Nikorn“ vom 12. Oktober 1948 wurden die lokalen Verwaltungsbehörden in einem Geheimrundsreiben der Regierung aufgefordert, dem Ministerrat „Leumundzeugnisse von Angestellten, die mit dem Kommunismus sympathisieren“, sowie entsprechendes Material vorzulegen. Bei den Militärbefehlsstellen wurde Material über „unzuverlässige“ Offiziere angefordert. Gleichzeitig wurde eine Pressekampagne dafür begonnen, daß im Lande „eine Friedensarmee und Militärpolizei zur Bekämpfung der Kommunisten“ organisiert werde. Als praktische Maßnahme wurden neue Polizeikräfte und Truppenteile in die Chinesenviertel von Bangkok geschickt.

Bald zeigte sich, in wessen Interesse der ganze Lärm erhoben worden war. Songgram gab in einer seiner Reden zu, daß von den 18 Millionen Baht, die im Haushalt als Zuwendungen für den „Zentralen Sicherheitsausschuß“ vorgesehen sind, ein großer Teil zum Unterhalt der Polizeikräfte und Truppenteile in den südlichen Changwats, d. h. zur Unterdrückung der Partisanenbewegung in den an Britisch-Malaya grenzenden Distrikten,

verwendet werden soll. Zur Koordinierung der Strafexpeditionen hat die siamesische Regierung die Eröffnung eines englischen Konsulats in Songkla gestattet.

Die englisch-amerikanischen Gegensätze und die inneren Zwistigkeiten unter den siamesischen regierenden Kreisen, denen Machtpositionen vor allem ein Mittel zur persönlichen Bereicherung sind, bilden die Ursache der häufigen politischen Krisen. Nach Kriegsende hatte Siam 8 Kabinette, wurde der König ermordet, wurde ein Staatsstreich verübt, dem schon drei ernst zu nehmende neue Staatsstreichversuche folgten, von denen einer sich zu einem offenen bewaffneten Zusammenstoß zwischen Armee und Marine auswuchs. Die Machtergreifung durch den Militärklüngel unter Songgram führte zu einer weiteren Zuspitzung der innerpolitischen Lage des Landes. Die Reaktion hat sich, auf die ausländischen Imperialisten gestützt, endgültig über alle Hemmungen hinweggesetzt. Zerschlagung demokratischer Organisationen, Verfolgung fortschrittlicher Persönlichkeiten, Schließung fortschrittlicher Zeitungen, Morde aus dem Hinterhalt, Polizeimaßregelung von vier ehemaligen Ministern — das ist der politische Alltag des Landes.

Die chinesische Bevölkerung, die mit ihren fünf Millionen etwas weniger als ein Drittel der gesamten Landesbevölkerung darstellt, ist Verfolgungen ausgesetzt. Darin äußert sich die Furcht vor dem Einfluß der chinesischen volksdemokratischen Bewegung auf die vom Imperialismus unterdrückten Völker der Länder Ostasiens. Hunderte Chinesen, die der Sympathien für den Kommunismus verdächtigt werden, sind nach Kuomintangchina ausgewiesen worden.

Die Zeiten ändern sich jedoch, und zwar ziemlich rasch. In letzter Zeit hat ein „Gegenstrom“ nach Siam eingesetzt: geschlagene Kuomintanggenerale und chinesische Kapitalisten fliehen mit dem geraubten Gut aus China nach Siam. Einem chinesischen Großkapitalisten ist es nach Pressemeldungen sogar gelungen, eine ganze Fabrik mit nach Siam zu bringen. Zur Vermeidung von Komplikationen vertauschen diese chinesischen „Flüchtlinge“ ihre chinesischen Namen eiligst mit siamesischen. Die Songgram-Regierung will das streng geheimhalten, um kein Aufsehen zu erregen.

Wie schwach die Basis von Songgram mit seinem Militär- und Polizeiregime ist, zeigen die im Juni abgehaltenen Wahlen zur Volksvertretung, deren Ergebnisse von der regierenden Clique gefälscht wurden und die nur eine Parodie auf demokratische Zustände waren. Die Bevölkerung boykottierte diese Wahlen einfach: an der

Abstimmung beteiligten sich 12—15 Prozent der Stimmberechtigten.

Das Gegengewicht gegen die volksfeindliche Politik der Reaktionäre ist der Widerstand der werktätigen Massen, denen die elementaren Bürgerrechte geraubt sind. Die siamesische Arbeiterklasse, die von den Auslandsmonopolen grausam ausgebeutet wird, marschiert in der Vorhut des Kampfes für die politischen Rechte und die wirtschaftlichen Interessen des Volkes.

Nach der Befreiung Siams von den japanischen Landräubern nahmen die organisierten Arbeiter den Kampf um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und um demokratische Freiheiten auf. Die Streikbewegung im Lande nahm einen großen Umfang an. Nach amtlichen Angaben endeten 1947 von 67 Streiks 57 mit dem Sieg der Arbeiter.

Besonders stürmisch wurden zu Beginn von 1948 die Streiks, die sich als Protest gegen das Reismonopol entfalteten.

In den Jahren des Weltkriegs ist die siamesische Arbeiterklasse bedeutend gewachsen und

politisch erstarkt. Im Jahre 1947 gab es im Lande 997 000 Lohnarbeiter. Hervorzuheben ist, daß Arbeiterorganisationen in Siam zum erstenmal 1944 entstanden, während des Kriegs und der Okkupation. Der damals gegründete Allgemeine Gewerkschaftsbund Siams — Saha Achiva Karma-korn — hatte 1948 schon mehr als 43 000 Mitglieder. Seine Mitgliederzahl wächst trotz aller Repressalien und Versuche der Reaktionäre, die Gewerkschaftsbewegung durch Organisation gelber Polizei-Pseudogewerkschaften zu untergraben und zu spalten. Die demokratischen Gewerkschaften vereinigen gegenwärtig über 60 000 Arbeiter. In diesem Jahr sind sie der Weltföderation der Gewerkschaften beigetreten.

Die Kommunistische Partei Siams befindet sich faktisch in der Illegalität. Sie wird verfolgt. Aber sie lebt und kämpft und ruft die Werktätigen zum Widerstand gegen die reaktionären Kräfte auf, zur Bildung der nationalen Einheitskampf-front für die Demokratie, für die Unabhängigkeit Siams, für seine Befreiung vom Joch des ausländischen Imperialismus.

GEGEN FALSCHMELDUNGEN UND VERLEUMDUNGEN

Tatsachen schlagen die BBC

Zum zehnten Jahrestag des Kriegsbeginns in Europa hat der Londoner Funk eine Reihe neuer Versuche unternommen, die Tatsachen, die sich auf jene Periode beziehen, zu entstellen und die englischen Münchener rein zu waschen. Der Sinn des umfangreichen Kommentars, den die BBC am 4. September gesendet hat, läuft darauf hinaus, Chamberlain, Daladier und die übrigen Helden von München hätten immer einen tiefen Abscheu gegen Hitler gehegt und seien immer „Anhänger des Bündnisses mit der Sowjetunion“ gewesen.

Sogar bei den Bräuchen der BBC ist eine derart faustdicke Lüge nicht jeden Tag anzutreffen. Es erwies sich als unmöglich, sie durch irgend etwas Tatsachenähnliches zu untermauern. Darum entschloß sich der Londoner Kommentator zu einem ganz unerwarteten Beweisgrund: zu dem Zeugnis der bekannten historischen Richtigstellung des Informationsbüros der Sowjetunion, die den Titel „Geschichtsfälscher“ trägt.

Während einer einzigen Sendung übermittelte der Londoner Funk dreimal ein einziges Zitat aus dieser Richtigstellung, an dem er Gefallen

gefunden hatte und in dem vermerkt wird, daß die Sowjetregierung 1940 auf Grund von Unterredungen, die in Berlin stattgefunden hatten, zu der Schlußfolgerung gelangt war:

„Deutschland ist nicht mit England verbunden und hat auch nicht die Absicht, eine solche Bindung einzugehen — folglich kann die Sowjetunion an England einen verlässlichen Verbündeten gegen Hitlerdeutschland finden.“

Der Londoner Funkkommentator stellt sich, als kenne er nicht die wirkliche Politik der englischen Regierung in der Vorkriegsperiode, und äußert Bedauern darüber, daß die Sowjetregierung nicht 1939 zu einer solchen Schlußfolgerung gelangt sei.

Ohne mit der Wimper zu zucken, behauptet er:

„...im Frühjahr und im Sommer 1939, als die britische und die französische Regierung mit der Sowjetunion ein Bündnis zu schließen versuchten, um der Aggression Hitlers vorzubeugen, war Großbritannien in keiner Weise mit Deutschland verbunden und schickte sich nicht an, mit ihm eine Bindung einzugehen. Auch Frankreich schickte sich hierzu nicht an.“

Indes zeigen die in der historischen Richtstellung „Geschichtsfälscher“ angeführten Tatsachen und die in den sowjetischen Veröffentlichungen deutscher und anderer Archivdokumente enthaltenen Materialien, daß die englischen Münchener mit ungewöhnlicher Hartnäckigkeit eine Annäherung an Hitlerdeutschland und einen Kuhhandel mit diesem auf Kosten der Sowjetunion anstreben, um die Hitleraggression gen Osten zu lenken. Bekanntlich hat die englische Regierung 1939 die Verhandlungen mit der Sowjetunion in eine unnütze Schererei umgewandelt, deren einziges Ziel es war, Deutschland zu erpressen, um von ihm gewisse Zugeständnisse zu erzielen. Bei der Einschätzung dieser Verhandlungen im Sommer 1939 schrieb Lloyd George, ein guter Kenner der englischen politischen Küche, in der französischen Zeitung „Ce Soir“:

„Neville Chamberlain, Halifax und John Simon wünschen kein Übereinkommen mit Rußland.“

Hitlers Botschafter in London, von Dirksen, berichtete seinerseits am 3. August 1939 nach Berlin:

„Hier war wohl das Gefühl vorherrschend, daß gegenüber einem wirklichen Ausgleich mit Deutschland die in den letzten Monaten ins Leben gerufenen Bindungen mit andern Mächten nur Behelfsmittel seien, die hinfällig werden, wenn das allein wichtige und erstrebenswerte Ziel der Einigung mit Deutschland einmal wirklich erreicht sei.“

Und Englands beharrliches Widerstreben, den an der Nordwestgrenze der Sowjetunion gelegenen Ostseerepubliken eine Garantie gegen einen Hitlerschen Einbruch zu bieten, was den Hitlerleuten direkt einen gefahrlosen Weg zum Überfall auf den Osten wies? Und der Beistand, den die englische Diplomatie den damaligen profaschistischen Machthabern Polens leistete, die erklärt hatten, sie würden die Sowjetarmee nicht nach Polen lassen, falls diese eine Zurückweisung Hitlers organisieren wolle? Und die Entsendung William Strangs nach Moskau ohne irgendwelche Völlmachten zur Unterzeichnung eines Abkommens? Und Großbritanniens lächerliches Versprechen, zwecks Zurückweisung einer Hitleraggression fünf Infanteriedivisionen und eine

Division Schnelltruppen zu stellen? Hat all dies etwa bedeutet, daß Großbritannien und Frankreich, wie der Londoner Funk heute versichert, sich vorbereitet hatten, als treue Verbündete der Sowjetunion zu fungieren?

Es gibt schließlich die Originalnotizen der Unterredungen des deutschen Botschafters von Dirksen in London, des deutschen Geschäftsträgers Kordt, Wohlthats und anderer Emissäre Hitlers mit Lord Halifax (nebenbei bemerkt, einem der gegenwärtigen Schutzherren der BBC), mit Minister Hudson, Horace Wilson und anderen englischen Münchenern. Sie bezeugen unwiderleglich, daß es der leidenschaftlichste Traum der regierenden englischen Clique war, sich mit Hitler gegen die Sowjetunion zu einigen.

Selbst nachdem der Kriegsbrand infolge der Münchener Politik der regierenden Kreise der Westmächte die ganze Welt ergriffen hatte, spannen die britischen Reaktionäre nach wie vor niedrige Intrigen gegen ihren sowjetischen Verbündeten. Unter größtem Verstoß gegen ihre bundesgenössischen Verpflichtungen und feierlichen Versprechungen zögerten sie die Eröffnung der zweiten Front in Europa hinaus und trennten sich schweren Herzens von dieser Politik erst, nachdem es klargeworden, daß die Sowjetarmee imstande war, die Zerschmetterung des faschistischen Deutschland allein zu vollenden. Bereits im September 1941, auf dem Höhepunkt des Kriegs, brachten sie in Lissabon eine geheime Unterredung mit Hitlers Vermittlern zustande, um hinter dem Rücken der Sowjetunion die Möglichkeiten eines Separatfriedens mit Deutschland zu erörtern.

Vergebens sucht der Londoner Funk den Jahrestag des Kriegsbeginns in Europa zu neuen sowjetfeindlichen Geschichtsfälschungen auszuschlachten. Die Wahrheit über die Ursachen des Kriegs und über diejenigen, die an ihm schuld sind, ist den Völkern schon hinreichend bekannt. Die Londoner Schwindelsendungen betrügen niemand. Die BBC hat sich ein übriges Mal in den Kampf gegen Tatsachen gestürzt und ist abermals von ihnen geschlagen worden.

N. Maslennikow

AUS DEM BRIEFKASTEN DER REDAKTION

Exzesse der indischen Reaktionäre

In unserer Zeitschrift wurde bereits über die Gewaltmaßnahmen der indischen Behörden gegen fortschrittliche Politiker des Landes, über die Bestialitäten von Gefängniswärtern und über die grauenhaften Bedingungen berichtet, unter denen die politischen Häftlinge in den Gefängnissen Indiens gehalten werden. („Neue Zeit“ Nr. 28 vom 6. Juli 1949.)

Die Nummer der „Neuen Zeit“, in der eine Notiz über die Hungerstreiks der politischen Häftlinge in Indien und über die an ihnen verübten bestialischen Gewalttaten erschienen war, wurde in Bombay von Polizeispitzeln, welche die für die demokratischen Funktionäre eintreffende Post durchschnüffeln, rechtswidrig einbehalten. Infolge der Schlaperei dieser Spitzel fiel ihre Geheimmeldung in die Hände eines Lesers, der sie unserer Redaktion übersandte. Ein gewisser Agent Pawar, der die laufende Post durchmusterte, entdeckte die unter Kreuzband geschickte Nummer der „Neuen Zeit“ und darin die Notiz „Missetaten der indischen Behörden“. Unverzüglich übersandte er der Obrigkeit in seiner Meldung den Wortlaut dieser Notiz und fügte hinzu, er habe 6 oder 7 Nummern der Zeitschrift, die verschiedenen Abonnenten zugehen sollten, einbehalten und erwarte Anordnungen betreffs Einbehaltung weiterer Exemplare.

Diese Tatsache gibt eine Vorstellung von der Sorgfalt, mit der die indischen Behörden ihre Verbrechen vor der zivilisierten Welt zu verbergen trachten. Aber läßt sich die Wahrheit etwa verbergen?! Briefe und Materialien, die in unserer Redaktion einliefen, zeugen von neuen und stets empörenderen Tatsachen des Terrors und der Polizeiwillkür in Indien. Tausende völlig unschuldige Menschen befinden sich in Gefängnissen und Konzentrationslagern. Das Regime dieser Strafanstalten ist, wie die Zeitung „The Student“ schreibt, nur mit dem Regime der scheußlichsten hitlerfaschistischen Folterkammern zu vergleichen.

Die Verfolgung der demokratischen Politiker, insbesondere der Gewerkschaftsfunktionäre, der Arbeiterführer sowie der Bauern- und Studentenorganisationen wird in der Provinz Madras besonders erbittert betrieben. Hiervon zeugen das Memorandum von 350 in dem Cuddalorer Konzentrationslager inhaftierten Kommunisten und eine Erklärung V. Chakkarai Chettiares, des Präsidenten des Allindischen Gewerkschaftskongresses, die der Redaktion vom Madraser Gewerkschaftskongreß zugesandt wurden.

Die Häftlinge des Cuddalorer Konzentrationslagers beschreiben die Foltern, Mißhandlungen und ungeheuerlichen Entbehrungen, denen 10 000 Häftlinge in den Madraser Gefängnissen ausgesetzt sind.

Hunderte Häftlinge werden ein Jahr und länger ohne Gerichtsverhandlung und ohne Untersuchungsverfahren

in Gefängnissen und Konzentrationslagern festgehalten. Die Häftlinge des Cuddalorer Konzentrationslagers schreiben:

„Man hält uns eingesperrt, weil wir Kommunisten sind oder an der Organisation von Gewerkschaften und Bauernbünden teilgenommen oder die Werktätigen in ihrem Streikampf gegen die unmenschliche Ausbeutung verteidigt haben.“

Selbst das Provinzialobergericht war gezwungen, die Rechtswidrigkeit der Verhaftung eines Teils der fortschrittlichen Politiker anzuerkennen, und sprach sie frei. Das Urteil blieb auf dem Papier, Polizisten verhafteten die Freigelassenen von neuem, als diese das Gefängnis verlassen hatten, bzw. erließen gegen sie gleich an Ort und Stelle, im Gefängnis, neue Haftbefehle.

Die Qualen, denen man die politischen Häftlinge aussetzt, sind unbeschreiblich. Wie in dem Memorandum festgestellt wird, sind die Menschen, die wegen demokratischer Anschauungen verfolgt werden, in jedem Gefängnis von den anderen Häftlingen isoliert, sie werden in einem besonderen Kerker gehalten, der ein Gefängnis im Gefängnis darstellt. Sie werden zu fünf und mehr Personen in Einzelzellen gehalten. Die systematischen Mißhandlungen, das Fehlen ärztlichen Beistands, die minderwertige Kost — all dies bewirkt, daß die Häftlinge erkranken und umkommen. Die Exzesse der Gefängnisverwaltung gehen so weit, daß man in vielen Gefängnissen die Kost in den gleichen Kessel zubereitet, der den Häftlingen als Abtritt dient. Die Hungerstreiks, die die politischen Häftlinge in den Gefängnissen der Städte Cannanore, Coimbatore, Vellore, Trichy, Salem, Madura, Rajahmundry, Bellare, Cuddalore und Vizag durchführten, waren Proteste gegen die faschistischen Methoden der Abrechnung mit demokratischen Funktionären. In dem Memorandum heißt es:

„Um den Widerstand der Häftlinge zu unterdrücken hat die Provinzialregierung die Repressalien und den Terror noch verstärkt. In Vizag wurde zur Verprügelung der Häftlinge Polizei ins Gefängnis geholt. In Vellore hielt man uns mit Bajonetten nieder. In Salem wurden hunderte Häftlinge ohne Speise und Trank belassen. Mehrere Häftlinge des Gefängnisses Cannanore starben an Schußwunden und infolge der Weigerung der Behörden, ihnen den erforderlichen ärztlichen Beistand zu gewähren. In dem Gefängnis in Trichy wurden T. Harijan und K. Kuppaswami vergiftet.“

M. Sankaran, I. Subbaiah, U. Ramaiah und 25 weitere Häftlinge im Gefängnis Cannanore sowie viele andere wurden mit Polizeiknüppeln erschlagen.

Die der Ernährer beraubten Familien vieler Häftlinge sind zum Hunger verurteilt. In dem Memorandum wird festgestellt, daß die Zahl der Opfer — Frauen, Kinder und Greise — außerordentlich groß ist.

Am 21. und 22. Juli erfolgten in Vellore grausame Gewalttaten gegen 250 Häftlinge, die sich dem Versuch der Verwaltung, sie in das entlegene Konzentrationslager Deoli zu überführen, widersetzt hatten. In das Gefängnis wurde eine große Polizeiabteilung beordert. Die Häftlinge wurden jeder in eine Einzelzelle gesperrt und bestialisch geschlagen. Man ließ die zu Krüppeln gemachten ohne Kost und ohne ärztlichen Beistand. Zu diesen Häftlingen

gehören in ganz Indien bekannte Funktionäre der Kommunistischen Partei, der Gewerkschaften und der Bauernorganisationen.

Die Regierung hat die Überführung der politischen Häftlinge in Provinzen angeordnet, die von deren Heimat am weitesten entfernt sind, — aus Angst vor der zu ihrer Verteidigung entfalteten Massenbewegung. Denn die nicht nur in den Gefängnissen von Madras, sondern in ganz Indien angewandten faschistischen Methoden des Umgangs mit Häftlingen rufen bei der indischen Öffentlichkeit gewaltige Empörung hervor. Die demokratische Öffentlichkeit aller Länder teilt diese Empörung.

Brief einer jungen Negerin

44, Spruce Street
Buffalo, 4, New York
USA

Geehrter Herr,

Ein glücklicher Zufall spielte mir eine Nummer Ihrer Zeitschrift, der „Neuen Zeit“, in die Hände.

Ich begrüße das Erscheinen des Artikels, der das Los der amerikanischen Neger, speziell im Süden, behandelt.

Viele neigen zu dem Glauben, die Neger im Norden seien glücklich und werden gut behandelt, aber das ist selbstverständlich nicht so.

Ich bin eine junge, neunzehnjährige Negerin, bin mit einem Veteranen des zweiten Weltkriegs verheiratet, und wir haben ein fünf Monate altes Töchterchen. Augenblicklich ist mein Mann, wie die meisten Kriegsveteranen in Buffalo, sowohl die schwarzen wie die weißen, arbeitslos. Ich lebe im Getto von Buffalo, genannt das „fünfte Viertel“. Hier sind die Neger und die armen Juden zu leben gezwungen.

Die Häuser hier sind Ruinen und elende Hütten, sie sind in furchtbar unhygienischem Zustand. Ratten und kleine Kinder leben hier nebeneinander. Die Mieten aber sind die höchsten in der ganzen Stadt. Das einzige, was an diesen „Wohnungen“ sicher ist, ist die regelmäßige Einkassierung der Mieten, entweder wöchentlich oder monatlich.

Die meisten Kinder sind zerlumpt und hungrig. Der größte Teil der Familien muß von Unterstützung leben, was sie beinahe verhungern läßt. Dies, beachten Sie wohl, im Norden.

Es gibt in Buffalo zwei Welten, die Welt der Armut und die des Luxus. Meine Welt ist die erste. Von dieser Welt möchte ich Ihnen erzählen.

Für mich ist Amerika ein Symbol der Hoffnung, obwohl das Leben von Tag zu Tag härter wird, da unsere „Führer“ unserer Flagge und unserer Verfassung Schande machen, indem sie zulassen, daß die Monopolherren und die Profitjäger das Land den Weg zum Faschismus führen.

Wir Neger sind von allen am härtesten betroffen, da wir als erste das Aufkommen des Faschismus fühlen. Wir sind ein zur Verzweiflung getriebenes Volk, und unsere einzige Hoffnung ist der Sozialismus.

Lynchjustiz und Vandalismus sind in den USA heutzutage weit verbreitet. Mit den Menschen, die gelyncht worden sind, könnte man eine große Stadt bevölkern.

Einen Neger in Amerika zu morden, bedeutet nichts. Eine Negerin zu vergewaltigen, bedeutet nichts. Einen Neger zu demütigen und zu verhöhnen, bedeutet nichts. Das Gesetz schützt das alles, die Kirche verzeiht es, weiße Eltern lehren es ihre Kinder. Ist es da ein Wunder, daß wir gemordet werden?

Aber ich habe gehört, daß wir nicht die Hoffnung zu verlieren brauchen, daß es eine Stelle auf Erden gibt, wo die Humanität Gesetz und die Gerechtigkeit Devise ist. Man sagt, in Ihrem großen Land gilt ein Schwarzer als Mensch. Er wird wegen seiner Hautfarbe nicht verachtet, sondern nach seinen persönlichen Eigenschaften beurteilt.

Ich hätte gern, daß Sie meinen Brief und meine Adresse abdrucken und daß irgend jemand von den russischen Männern und Frauen im Alter von 18 bis 29 Jahren mir schreiben.

Ebenso möchte ich den Führern und Staatsmännern Ihres Landes meinen herzlichen Dank für ihren unermüdeten Kampf für den Frieden aussprechen.

Ich hoffe von Ihnen eine Antwort zu erhalten.

Ihre ergebene

Mrs. Margaret Snell James

3. September

In Amsterdam wird der am 31. August eröffnete Kongreß des fortschrittlichen Gewerkschaftsverbands „Eenheidsvakcentrale“ geschlossen. Auf dem Kongreß wurde den Beschlüssen der Weltföderation der Gewerkschaften zugestimmt, die Politik der holländischen Regierung hinsichtlich Indonesiens verurteilt und beschlossen, sich an dem für den 2. Oktober angesetzten Internationalen Tag des Kampfes zum Schutz des Friedens zu beteiligen.

4. September

Das in Paris durchgeführte grandiose Fest der „Humanité“ gestaltet sich zu einer gewaltigen Volksmanifestation zum Schutze des Friedens, an der über 1 Million Menschen teilnehmen.

Beginn eines „Monats der kommunistischen Presse“ in Italien.

5. September

Eröffnung des amerikanischen Kontinentalkongresses zum Schutze des Friedens in Mexico City. An ihm nehmen über 1000 Delegierte aus 19 Ländern Amerikas teil.

Die chinesische Volksbefreiungsarmee besetzt Hsining, die Hauptstadt der Provinz Tschinghai.

Anläßlich des Inkrafttretens der Verfassung der Ungarischen Volksrepublik konstituiert sich die neue Regierung Ungarns. Die Zusammensetzung des Ministerrats bleibt unverändert.

In Bridlington (England) wird der 81. Kongreß der britischen Trade Unions eröffnet.

6. September

Das Ständige Sowjetische Komitee zum Schutze des Friedens bildet

CHRONIK DER INTERNATIONALEN EREIGNISSE

September 1949

sein Präsidium; zum Vorsitzenden wird der Schriftsteller N. S. Tichonow gewählt.

Die Allgemeine Arbeitskonföderation Italiens beschließt, aktiv an dem für den 2. Oktober angesetzten Internationalen Tag des Kampfes zum Schutz des Friedens teilzunehmen.

7. September

Der Sicherheitsrat tritt wieder zur Erörterung der Aufnahme neuer Mitglieder in die UNO zusammen.

Zur Teilnahme an dem Tag der nationalen Befreiung Bulgariens trifft in Sofia eine von Marschall N. A. Bulganin, stellvertretendem Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR, geführte Sowjetdelegation ein.

In Washington beginnen die Finanzverhandlungen zwischen Vertretern der USA, Englands und Kanadas.

Der Kommunist J. Gardner wird aufs neue zum Generalsekretär des Einheitsverbands der Gießereiarbeiter Englands gewählt.

In Bonn (englische Besatzungszone Deutschlands) tritt das westdeutsche Marionetten-„Parlament“ zusammen.

8. September

Abschluß des Weltjugendkongresses in Budapest. Die Tätigkeit der Weltföderation der demokratischen Jugend während der vergangenen 4 Jahre wurde von dem Kongreß einstimmig gebilligt; ferner wurden das Statut der Föderation und ein Manifest beschlossen sowie ein neuer Rat gewählt. Zum Präsidenten der Föderation wurde Guy de Boysson gewählt.

Die Regierung der Republik Polen richtet an die Regierung Tito eine Protestnote gegen die Spionagetätigkeit jugoslawischer Vertreter in Polen.

Eröffnung der 4. Tagung der Obersten Volksvertretung der Volksdemokratischen Republik Korea in P-hjong-jang.

9. September

In Bulgarien wird der Tag der nationalen Befreiung des Landes vom faschistischen Joch festlich begangen.

11. September

Die ungarische Presse veröffentlicht die Anklageschrift in Sachen des ehemaligen ungarischen Außenministers László Rajk und Komplizen, denen Verbrechen zur Last gelegt werden, die auf den Sturz der demokratischen Staatsordnung in Ungarn abzielen.

In Albanien beginnt eine Woche der Freundschaft mit der Sowjetunion.

Eröffnung der 50. Internationalen Jubiläumsmesse in Prag, an der die Sowjetunion, die Länder der Volksdemokratie, Finnland, die Schweiz und andere Länder sowie einzelne Firmen Englands, Frankreichs und Italiens teilnehmen.

VERLAGSANGEZEIGEN

VERLAG „SOWJETSKI PISATEL“ (DER SOWJETSCHRIFTSTELLER)

Neuerscheinungen:

- A. BESYMENSKI — *Zornige Zeilen*. 128 S., Rbl. 3,75
Sammlung satirischer Gedichte.
- S. WURGUN — *Ausgewählte Werke*. Aus dem Aserbaidshanischen. (Serie „Bibliothek ausgewählter Werke der Sowjetliteratur“.) 264 S., Rbl. 8,—
- S. GRIGORJEW — *Der Malachowhügel. Weltreise*. (Serie „Bibliothek ausgewählter Werke der Sowjetliteratur“.) 424 S., Rbl. 9,50
- W. KATAJEW — *Erzählungen*. Buch II. (Serie „Bibliothek ausgewählter Werke der Sowjetliteratur“.) 388 S., Rbl. 9,—
Der Band enthält die Erzählungen „Ein Sohn des Regiments“, „Ich, Sohn des werktätigen Volkes“ und andere Erzählungen.
- S. KIRSANOW — *Ausgewählte Werke*. (Serie „Bibliothek ausgewählter Werke der Sowjetliteratur“.) 272 S., Rbl. 8,50
- W. KOSTYLEW — *Iwan Grosny. Roman*. (Serie „Bibliothek ausgewählter Werke der Sowjetliteratur“.)
Buch I. *Moskau auf dem Feldzug*. 496 S., Rbl. 11,—
Buch II. *Das Meer*. 516 S., Rbl. 10,—
Buch III. *Das Bollwerk an der Newa*. 392 S., Rbl. 9,—
- A. KULESCHOW — *Kommunisten. Gedichte. Neues Flußbett*. Poem. Autorisierte Übertragung aus dem Bjelorussischen. 124 S., Rbl. 4,—
- G. LEBERECHT — *Licht in Koordi*. Mit Illustrationen von W. Kurdow. 208 S., Rbl. 6,50
Erzählung eines estnischen Schriftstellers über die Schaffung einer der ersten Kollektivwirtschaften Estlands.
- M. LUKONIN — *Arbeitstag*. 80 S., Rbl. 4,—
Poem über die heroische Arbeit von Sowjetmenschen, die das Stalingrader Traktorenwerk wiederaufgebaut haben.
- M. MARITSCH — *Nordlicht*. 796 S., Rbl. 21,—
Roman aus der Epoche der Dekabristen.
- I. NOWIKOW — *Puschkin in der Verbannung*. 660 S., Rbl. 22,—
- P. PAWLENKO — *Amerikanische Eindrücke*. 112 S., Rbl. 2,50
- LIED VOM HEERESZUG IGORS — („Dichterbibliothek.“ Kleine Serie.) 208 S., Rbl. 5,—
- DIE VERSE KÄMPFEN WEITER! Werke im Kampf für die Heimat gefallener Dichter. 148 S., Rbl. 6,50
- I. SURIKOW — *Gedichte*. Mit einer Einleitung und mit Anmerkungen herausgegeben von A. L. Dym-schitz. („Dichterbibliothek.“ Kleine Serie.) 200 S., Rbl. 7,—
- A. UPIT — *Grüne Erde*. Roman. Aus dem Lettischen von K. Koslowskaja und J. Kondratjewa. (Serie „Bibliothek ausgewählter Werke der Sowjetliteratur“.) 932 S., Rbl. 20,—
- A. SCHOGENZUKOW — *Poeme*. Aus dem Kabardinischen von S. Lipkin. 172 S., Rbl. 8,50
- A. JUGOW — *Ratoborzi (Recken)*. Epopöe in zwei Büchern. Erstes Buch: Daniil Galizki. Zweites Buch: Alexander Newski. 596 S., Rbl. 16,—

Alles in russischer Sprache.

DIE NEUE ZEIT

ERSCHEINT WÖCHENTLICH IN
RUSSISCHER,
DEUTSCHER,
ENGLISCHER UND
FRANZÖSISCHER SPRACHE.

DIE NEUE ZEIT

BEFASST SICH MIT FRAGEN DER AUSSENPOLITIK
DER UdSSR UND ANDERER LÄNDER UND DEN
AKTUELLEN VORGÄNGEN DES INTERNATIONALEN
LEBENS. SIE INFORMIERT ÜBER DAS LEBEN DER
VÖLKER ALLER LÄNDER UND IHREN KAMPF FÜR
DEMOKRATIE, DAUERHAFTEN FRIEDEN UND SICHER-
HEIT. DIE ZEITSCHRIFT ENTLARVT DIE RÄNKE DER
FEINDE DES FRIEDENS UND DER INTERNATIONALEN
ZUSAMMENARBEIT UND FÜHRT EINEN KAMPF
GEGEN DIE KRIEGSBANDSTIFTER. SIE TRITT GEGEN
FALSCHMELDUNGEN UND VERLEUMDUNGEN DER
REAKTIONÄREN PRESSE AUF.

DIE NEUE ZEIT

ENTHÄLT BEITRÄGE VON GELEHRTEN, SCHRIFT-
STELLERN, PUBLIZISTEN, GEWERKSCHAFTSFÜHRERN
UND ANDEREN PERSÖNLICHKEITEN DES ÖFFENT-
LICHEN LEBENS.